

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Jürgen W. Falter

Wer verhalf der NSDAP
zum Sieg?

Detlev Peukert

Der deutsche Arbeiterwiderstand
1933 — 1945

Alfred M. de Zayas

Deutsch-amerikanische
Schulbuchrevision

ISSN 0479-611 X

B 28-29/79
14. Juli 1979

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944 in Heppenheim a. d. B.; Studium der Politikwissenschaft und Neueren Geschichte in Heidelberg, Berlin und Berkeley; 1970—1973 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken; seit 1973 Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre und Politische Soziologie an der Hochschule der Bundeswehr München; 1977/78 Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University, Cambridge, Mass.

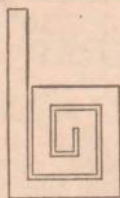
Veröffentlichungen u. a.: Psychische und soziale Determinanten des politischen Verhaltens im Saarland (zusammen mit Volker Trommsdorff), Saarbrücken 1972; Faktoren der Wahlentscheidung — Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970, Köln 1973; Wählerwanderung vom Liberalismus zu rechtsextremen Parteien — Ein Forschungsbericht am Beispiel des NSDAP-Aufstiegs 1928—1933 und der NPD-Erfolge 1965—1970, in: Lothar Albertin, Hrsg., Der Liberalismus im politischen System Deutschlands (erscheint 1979).

Detlev Peukert, geb. 1950 in Gütersloh; wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich 1 / Geschichte der Universität Essen — Gesamthochschule; Mitarbeit an Ausstellungen und Weiterbildungsprojekten zu Widerstand und Nationalsozialismus.

Veröffentlichungen: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Frankfurt 1976; Die KPD im Widerstand, phil. Diss., Bochum 1979; Zeitschriftenaufsätze zum Themenbereich Faschismus, Widerstand, Arbeitergeschichte.

Alfred M. de Zayas, Dr. phil., Jur. Dr. (USA); geb. 1947; 1970—1973 Rechtsanwalt in New York; 1974—1979 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen.

Veröffentlichung u. a.: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1978³; Nemesis at Potsdam, London und Boston 1979²; zahlreiche Aufsätze zu historischen und völkerrechtlichen Themen in Harvard International Law Journal, Comparative Juridical Review, East European Quarterly, Kulturpolitische Korrespondenz, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht; Beiträge in Th. Veiter (Hrsg.), 25 Jahre Flüchtlingsforschung, Wien 1975; Th. Veiter (Hrsg.), Entwurzelung und Integration, Wien 1979; H. J. von Merkatz (Hrsg.), Aus Trümmern wurden Fundamente, Düsseldorf 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?

Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924—1933

Kaum ein anderer Abschnitt der deutschen Vergangenheit wurde von der Geschichtsforschung so intensiv durchleuchtet wie die Auflösungsphase der Weimarer Republik. Die wissenschaftliche Literatur über die Jahre 1928 bis 1933 würde inzwischen, stellte man sie zusammen auf, die Regale einer kleineren Stadtbibliothek zum Überquellen bringen. Erstaunlich ist angesichts der Flut von Abhandlungen über die letzten Jahre der Weimarer Republik, daß die im einschlägigen Schrifttum vermittelten „Erkenntnisse“ über eine der wichtigsten Bedingungen der nationalsozialistischen Machtübernahme, die Wählerbewegungen zur NSDAP, noch immer sehr dürftig, ja stellenweise sogar schlichtweg falsch sind. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß viele der in historischen Abhandlungen und in deren Gefolge auch in Schulbüchern gemachten Aussagen über die Bedingungen nationalsozialistischen Wählerverhaltens bloße Annahmen darstellen, die entweder nie einer strengen erfahrungswissen-

schaftlichen Überprüfung unterzogen worden sind, obwohl ihr Vermutungscharakter nur selten offen gelegt wird, oder daß sie (wenn auch in gutem Glauben) auf methodisch und empirisch unzureichenden Analysen beruhen. Neuere historische Wahlanalysen über den Aufstieg der NSDAP, die diesem Mangel abhelfen könnten, werden hingegen nur selten herangezogen. Vielfach sind sie hierzulande auch ganz einfach unbekannt, was nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben ist, daß sie vor allem aus den USA stammen und größtenteils nur als Mikrofilm oder Fotokopie zugänglich sind. Aber auch die relativ intensive Diskussion, die seit rund zwanzig Jahren im internationalen Schrifttum über das sozialstrukturelle Profil und die parteipolitische Herkunft der verschiedenen Zuwandererwellen zum Nationalsozialismus ausgetragen wird, ist von der deutschen Geschichtswissenschaft nur zögernd zur Kenntnis genommen worden¹⁾.

I. Zur Zielsetzung der Arbeit

Aufgabe dieses Beitrages ist es, wie sein Untertitel deutlich zu machen versucht, die neueren, hauptsächlich nach 1970 erarbeiteten Forschungsergebnisse zum nationalsozia-

listischen Wählerverhalten zusammenzustellen, um unzutreffende Vermutungen zu decouvrieren, offene Fragen, von denen es noch immer mehr als genug gibt, aufzuzeigen und künftigen Forschungsvorhaben den Weg zu weisen. Hierzu erscheint es notwendig, eingangs in der gebotenen Kürze und Einfachheit auf einige methodische Probleme einzugehen, die nicht nur dem *historischen Wahlforscher* das Leben schwer machen, sondern auch seine Resultate zwangsläufig relativieren. Erst wenn diese in der Natur der verfügbaren Daten liegenden Beschränkungen der Erforschung historischen Wählerverhaltens verdeutlicht worden sind, ist es möglich, die Aussagen über die soziale und parteipolitische Herkunft der NSDAP-Wähler angemess-

¹⁾ Als bemerkenswerte Ausnahme von dieser Regel ist vor allem Heinrich August Winkler zu nennen, der in seinen verschiedenen Beiträgen zur Soziologie der NSDAP-Wähler das einschlägige Schrifttum bis ca. 1970 relativ lückenlos verarbeitet hat; vgl. u. a. H. A. Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*, Köln 1972, S. 164 ff., 171 ff. etc., sowie ders., *Mittelstandsbevögerung oder Volkspartei: Zur sozialen Basis der NSDAP*, in: W. Schieder (Hrsg.), *Faschismus als soziale Bewegung*, Hamburg 1976; ders., *Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1972, S. 175—191.

sen zu interpretieren und die dringend nötige Entmythologisierung der „wahlhistorischen Folklore“ über den Nationalsozialismus voranzutreiben.

Alle referierten Ergebnisse beziehen sich dabei, falls nicht ausdrücklich anders kenntlich gemacht, auf das Deutsche Reich als Ganzes, nicht auf regionale oder gar lokale Gegebenheiten, die sich durchaus vom Reichsdurchschnitt unterscheiden können. Derartige örtliche Besonderheiten wie etwa das frühzeitige Überschwenken einiger streng katholischer Dörfer (z. B. im Allgäu oder in Niederbayern) zur NSDAP scheinen bei der Betrachtung auf Reichsebene nicht auf. Aus diesem Grunde können sie auch nicht als Gegenbeispiel für die hier geschilderten Tendenzen verwendet werden. Von der Durchschnittsbetrachtung auf Reichsebene her gesehen stellen sie nichts anderes dar als abweichende Fälle, die eher mit den Mitteln traditioneller historischer Lokal- und Regionalstudien als mit dem auf größere Datenmengen zugeschnittenen statistischen Instrumentarium des Wahlforschers untersucht gehören. Daß beide Ansätze wissenschaftlich legitim sind und sich gegenseitig ergänzen, steht außer Frage.

Wie aktuell die im folgenden angeschnittenen Probleme auch heute noch sind, zeigt die Haushaltsdebatte vom Herbst 1978 im Deutschen Bundestag, wo sich prominente Politiker aller drei Fraktionen die politische Abstammung ihrer Parteien und insbesondere

die personelle Verquickung sowohl auf der Führungs- als auch auf der Wählerebene mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus vorzuhalten versuchten. Dabei wurde natürlich auch allerlei historisch recht Gewagtes zum Besten gegeben. Vielleicht gelingt es mit diesem Aufsatz, einen kleinen Beitrag zur Versachlichung der politischen Ahnenforschung zu leisten. Daß die Untersuchung des nationalsozialistischen Wählerverhaltens jedoch ernsthafteren Zwecken dient, als Informationen für tagespolitische Auseinandersetzungen zu liefern, dürfte offenkundig sein: erfahren zu wollen, was weit über ein Drittel der deutschen Wahlberechtigten dazu getrieben hat, für die bisher unmenschlichste aller totalitären Parteien zu stimmen und den sozialen und parteipolitischen Hintergrund des NSDAP-Wahlverhaltens aufzudecken versuchen, sollte keiner besonderen Legitimation bedürfen.

Neben der Befriedigung historischer Wißbegier dient die Beantwortung dieser Fragen jedoch auch demokratietheoretischen Zwecken. Sie vermittelt uns wichtige Informationen über die Bedingungen politischer Stabilität und Instabilität von demokratischen Systemen und trägt damit zur sozialwissenschaftlichen Theoriebildung bei. Nicht zuletzt aus solchen Erwägungen heraus sind einige der wichtigsten, weiter unten ausführlicher referierten Untersuchungen des nationalsozialistischen Wählerverhaltens entstanden.

II. Methodische Probleme historischer Wahlanalysen

Die eingangs getroffene Feststellung, daß die in vielen Darstellungen über das Ende der Weimarer Republik vermittelten wahlsoziologischen „Erkenntnisse“ dürftig, ja teilweise sogar falsch seien, wird den Kenner des Schrifttums überraschen. Immerhin hat sich schon relativ früh eine weitreichende, wenn auch bei genauerem Hinsehen recht brüchige und in sich widersprüchliche Übereinkunft über die politische Heimat und den sozialstrukturellen Hintergrund der NSDAP-Wähler herausgebildet. Unter Berufung auf zeitgenössische Wahlanalysen und auf Untersuchungen vor allem der Nachkriegszeit und der fünfziger Jahre erweckt dieser Konsens den Eindruck, als ob praktisch alle wichtigen Fragen zum nationalsozialistischen Wähler-

verhalten zufriedenstellend geklärt seien²⁾. Neuere deutsche Untersuchungen sind entsprechend selten und beschränken sich im

²⁾ Wichtige Analysen der dreißiger Jahre sind u. a.: Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 1930, S. 637—654; Carl Mierendorff, Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 1930/31, S. 489—504; Hermann Mulert, Konfession und politische Parteistellung in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik 1932, S. 334—354; Hans Neisser, Sozialstatistische Analyse der Wahlergebnisse, in: Die Arbeit 1930/31, S. 654—659; Werner Stephan, Zur Soziologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: Zeitschrift für Politik 1931, S. 793—800; ders., Die Parteien nach den großen Frühjahrswahlkämpfen — Eine Analyse der Wahlziffern des Jahres 1932, in: Zeitschrift für Politik

allgemeinen auf lokale und regionale Aspekte³⁾).

Tatsächlich sind jedoch die meisten der Studien, auf die sich die erwähnte Ubereinkunft beruft, methodisch so bieder und statistisch unaufgeklärt, daß ihre Ergebnisse nur als eine Art wahlhistorischer Folklore angesehen werden können, die, wie alle Volksweisheiten, wahre, halb wahre und ganz falsche Aussagen umschließt. So werden zum Beispiel Veränderungen der Parteien auf Reichsebene zwischen zwei Reichstagswahlen nicht selten in einer Weise gedeutet, als schlugen sich in ihnen die stattfindenden Wählerwanderungen stets eindeutig und im Wahlergebnis direkt ablesbar nieder; die Möglichkeit unterirdischer, sich im Saldo teilweise ausgleichender und daher im Wahlresultat nur unvollständig aufscheinender Wählerströme wird in den meisten dieser Studien erst gar nicht erwogen. Eine gewisse wahlsoziologische Uninformiertheit kennzeichnet denn auch die meisten der vorliegenden wahlhistorischen Analysen zur NSDAP. Die Schwierigkeiten, auf die praktisch alle historischen Wahluntersuchungen stoßen, sind einem Großteil der Au-

1932, S. 110—118; Herbert Tingsten, *Political Behavior*, London 1937 etc.

Wichtige Analysen der vierziger und fünfziger Jahre sind u. a.: Reinhard Bendix, *Social Stratification and Political Power*, in: *American Political Science Review* 1952, S. 357—375; Karl-Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik — Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1955, S. 645—656; Wilhelm Dittmann, *Das politische Deutschland vor Hitler*, Zürich 1945; Meinrad Hagmann, *Der Weg ins Verhängnis — Reichstagswahlergebnisse 1919—1933*, München 1946; Seymour Martin Lipset, „Fascism“ — Left, Right, and Center, in: ders., *Political Man — The Social Bases of Politics*, Garden City 1960, S. 127—179; Charles P. Loomis und J. Allen Beegle, *The Spread of German Nazism in Rural Areas*, in: *American Sociological Review* 1946, S. 724—734; Sten Nilson, *Wahlsoziologische Probleme des Nationalsozialismus*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 1954, S. 279—311; James K. Pollock, *An Areal Study of the German Electorate*, in: *American Political Science Review* 1944, S. 89—95; Samuel Pratt, *The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany*, M. A.-Arbeit (unveröff.), Dept. of Sociology, Michigan State University, East Lansing, 1948; Heinrich Strielfer, *Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen*, Düsseldorf 1946 u. a. m.

³⁾ Aus den sechziger Jahren seien lediglich zwei vielzitierte Untersuchungen genannt:

Alfred Milatz, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*, Bonn 1965; Werner Kaltefleiter, *Wirtschaft und Politik in Deutschland*, Köln und Opladen 1966. Insgesamt ist der Forschungsertrag der sechziger Jahre sehr viel geringer als in der Zeit davor und danach.

toren, die über die Bedingungen nationalsozialistischen Wählerverhaltens geforscht haben, anscheinend gar nicht bewußt⁴⁾. Sie sollen deshalb, wenn auch zwangsläufig stark verkürzt, im folgenden wenigstens soweit angesprochen werden, daß der mit ihnen nicht vertraute Leser einen Eindruck von den Problemen gewinnt, denen sich Analysen zeitlich weiter zurückliegenden Wahlverhaltens gegenübersehen.

Neben der oft schwierigen Quellenlage ist das Hauptproblem bei der Untersuchung historischen Wählerverhaltens die Tatsache, daß die verfügbaren Daten für Wahlanalysen konventionellen Zuschnitts, wie sie uns die demoskopischen Institute liefern, relativ ungeeignet sind. Technisch gesprochen: Untersuchungs- und Aussagenebene klaffen bei der Analyse nationalsozialistischen Wählerverhaltens auseinander. Während für nahezu alle Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg Umfragedaten vorliegen, die es uns ermöglichen, über das Wahlverhalten der uns interessierenden sozialen Gruppen direkte Aussagen zu machen (die etwa die Form annehmen können: katholische Arbeiter in Bayern haben zur Hälfte für die CSU gestimmt, katholische Landwirte hingegen zu 90 %), stehen uns für die Zeit davor lediglich die Daten der offiziellen Statistik zu Verfügung^{4a)}. Diese Daten jedoch sind stets schon von den statistischen Ämtern verarbeitet. So liegen Informationen über das Wahlverhalten immer nur auf der Ebene bestimmter Gebietseinheiten — wie z. B. Gemeinden, Landkreisen oder anderen Verwaltungsgliederungen — vor. Das gleiche gilt für die Daten der verschiedenen Volkszählungen und der Wirtschaftsstatistik, die mit den Wahldaten in Beziehung gesetzt werden, um Informationen über das Wahlverhalten der verschiedenen sozialen Gruppen zu erhalten.

Strenggenommen kann der historische Wahlforscher daher keine Aussagen darüber machen, wie etwa die evangelischen Selbständi-

⁴⁾ Nähere Ausführungen hierzu und zu den methodologischen Problemen historischer Wahlanalysen in meinem Beitrag: *Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus 1924—1933 — Methodische Probleme, empirisch abgesicherte Ergebnisse, offene Fragen*, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte*, Berlin 1979 (im Druck).

^{4a)} Vgl. zu diesen und weiteren Ergebnissen meinen Aufsatz „Die bayerischen Landtagswahlen vom 15. Oktober 1978: Anti-Strauß-Wahl oder Mobilisierungsschwäche einer ‚Staatspartei‘?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/1979, S. 50—64.

gen in norddeutschen Mittelstädten abgestimmt haben — ein Ergebnis, das uns die Umfrageforschung ohne große Umstände liefern könnte, hätte es sie damals schon gegeben. Was die historische Wahlanalyse nur zu leisten vermag, sind Angaben über das Wahlverhalten in Gemeinden mit z. B. einem geringen Anteil von protestantischen Selbständigen an der Wohnbevölkerung ect. Stellt sie fest, daß 1930 in derartigen Gemeinden die NSDAP sehr viel schlechter abgeschnitten hat als in Gemeinden mit einem hohen Prozentsatz von evangelischen Selbständigen, so bedeutet das nicht zwangsläufig, daß es tatsächlich diese Bevölkerungsgruppe war, die für die nationalsozialistischen Wahlerfolge verantwortlich zu machen ist. Ebenso gut könnten, rein rechnerisch gesehen, die nationalsozialistischen Stimmen in den Gemeinden mit sehr viel protestantischen Selbständigen von Angestellten und Beamten oder gar Arbeitern kommen. Ohne zusätzliche Informationen oder statistische Annahmen ist diese Frage nicht zu entscheiden.

Das Gleiche gilt für die Analyse von Wählerwanderungen. Die Tatsache, daß die NSDAP bei der Juliwahl von 1932 dort besonders hohe Stimmengewinne erzielen konnte, wo die bürgerlichen Mittelparteien gegenüber 1930 besonders hohe Verluste hinnehmen mußten, erlaubt in einem Vielparteiensystem nur dann den Schluß, daß es vor allem die bürgerlichen Wähler waren, die 1932 zum Nationalsozialismus überliefen, wenn ganz bestimmte statistische Verteilungsannahmen erfüllt sind. Deren wichtigste ist die Voraussetzung, daß (unabhängig von der absoluten Größenordnung der bürgerlichen Verluste) die *relative* Tendenz dieser Abwanderer, für die NSDAP zu stimmen, stets gleich groß war oder doch nur gewissen, über alle Gemeinden sich gegenseitig aufhebenden Schwankungen unterlag. Die statistischen Gründe für diese Forderung zu erläutern, würde zu weit führen; Interessierte seien auf das einschlägige Schrifttum verwiesen⁵⁾. Bedeutsam für die Zwecke dieses Beitrages ist jedoch die Feststellung, daß von einer Erfüllung der genannten Voraussetzung nicht immer ausgegangen

⁵⁾ Eine ausführliche und sehr klare Darstellung der statistischen Schwierigkeiten bei: Franz Urban Pappi, Aggregatdatenanalyse, in: Jürgen van Koolwijk und Maria Wicken-Mayser (Hrsg.), Techniken der empirischen Sozialforschung, Bd. 7, S. 78—110, München 1977. Weiterführende Bemerkungen bei Michael Hannan, Aggregation and Disaggregation in Sociology, Lexington, Mass. 1971.

werden kann. Schwerwiegende Fehlschlüsse können dann die Folge sein.

Weiter ist es wichtig, mögliche „Störfaktoren“ wie z. B. die Konfessionsverteilung oder die Agrarverschuldung statistisch zu kontrollieren, wenn man etwa den Zusammenhang zwischen Berufsstruktur und NSDAP-Stimmenanteil feststellen will. Dies jedoch ist, vor allem wenn es sich um die Kontrolle mehrerer potentieller „Störfaktoren“ handelt, nur möglich, falls geeignete statistische Verfahren eingesetzt werden. Diese Verfahren, zu denen beispielsweise die multiple Regressionsanalyse zählt, liegen seit geraumer Zeit vor; in wahlhistorischen Untersuchungen jedoch werden sie nur höchst selten eingesetzt^{5a)}. So verwenden von den mir bekannten rund fünfzig empirischen Untersuchungen zum nationalsozialistischen Wählerverhalten nur ganze fünf oder sechs derartige Verfahren. Auf sie werden sich die nachfolgenden Ausführungen in der Hauptsache stützen.

Festzuhalten bleibt als Ergebnis dieser knappen Ausführungen über die methodischen Probleme historischer Wahlanalysen, daß sich — strenggenommen — aufgrund des verfügbaren Datenmaterials nur Aussagen machen lassen, die sich auf der Ebene von Gebietseinheiten bewegen, also z. B. Auskunft darüber geben, welche Erfolge der Nationalsozialismus in Gemeinden mit einer gegebenen Arbeitslosenquote erzielen konnte, oder wie sich die NSDAP in Gebieten mit hohen oder niedrigen Verlusten der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) entwickelte.

Aussagen hingegen, die aus der Tatsache eines positiven Zusammenhangs zwischen Arbeitslosenanteil und NSDAP-Gewinnen schließen, daß die NSDAP besonders stark von Arbeitslosen gewählt worden sei, sind stets risikobehaftet. Wenn ich im folgenden daher solche Aussagen selber treffe, sind sie stets mit der Einschränkung zu betrachten, daß sie nur gelten, falls bestimmte Verteilungsannahmen zutreffen oder spezielle statistische Kontrollverfahren durchgeführt wur-

^{5a)} Bei der multiplen (oder mehrfachen) Regression handelt es sich um ein statistisches Verfahren zur Errechnung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen (d. h. erklärenden) und einer abhängigen (d. h. zu erklärenden) Variablen; auf Grund der damit gewonnenen Regressionsgleichung läßt sich der Wert der abhängigen Variablen durch die Kenntnis der jeweiligen Ausprägungen der unabhängigen Variablen mehr oder minder genau rekonstruieren.

den, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, die aber in meinem oben erwähnten Aufsatz eingehender behandelt werden (vgl. Anmerkung 4). Diese Kontrollver-

fahren werden jedoch in praktisch keiner der mir vorliegenden Untersuchungen des nationalsozialistischen Wählerverhaltens verwendet.

III. Zur „wahlhistorischen Folklore“ des NS-Wählerverhaltens

Wie alle „Volksüberlieferungen“ (Duden) enthält Folklore Wahres und Falsches, Überholtes und noch Gültiges, Erkenntnisse und Vorurteile. So gesehen trifft die Charakterisierung der wahlhistorischen Ubereinkunft über das nationalsozialistische Wählerverhalten als „Folklore“ diese recht genau. Eines der Hauptanliegen dieses Aufsatzes ist es, diese Folklore im Lichte der neueren, auch härteren methodologischen Maßstäben stehhaltenden Untersuchungen zu überprüfen und, soweit möglich, das Richtige vom Unrichtigen zu trennen. Hierzu habe ich im folgenden einige Aussagen der „wahlhistorischen Folklore“ zum Nationalsozialismus zusammengestellt. Sie sieht wie folgt aus:

Der Aufstieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1930 aus der Obskurität einer rechtsradikalen Splitterpartei zur zweitstärksten Partei des Reichstags erfolgte für viele Betrachter der politischen Szene überraschend wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Sprung von 2,6 % auf 18,3 % der gültigen Stimmen sei dabei in erster Linie der Auflösung des bürgerlich-liberalen Lagers zu verdanken gewesen, dessen Anhänger als erste der NSDAP zuströmten. Von ehemaligen DNVP-Wählern und Nichtwählern hingegen habe die NSDAP ebensowenig in nennenswertem Ausmaße profitieren können wie von den Jungwählern. Um die politisch bekanntermaßen apathischen Nichtwähler und Jungwähler für sich zu mobilisieren, sei sie 1930 noch nicht bekannt genug gewesen. Dies sei ihr erst bei der Juliwahl 1932 gelungen, wo sie ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln konnte und auf 37,4 % der gültigen Stimmen anwuchs (Lipset). Die NSDAP war nun mit weitem Abstand die stärkste politische Kraft im Reich. Bei der Novemberwahl des gleichen Jahres, wo die Wahlbeteiligung von 84 % auf 80,6 % zurückging, habe sie natürlich einen Teil dieser ehemaligen Nichtwähler wieder verloren; sie schrumpfte auf 33,1 % der Stimmen. Doch schon im März 1933, wo es ihr schließlich bei einer bis dahin unerreicht hohen Wahlbeteiligung von 88,7 % gelang, 43,9 % der Stimmen auf sich

zu vereinigen und zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der DNVP, die absolute Mehrheit zu erringen, seien ihr diese und weitere Nichtwähler von 1932 wieder zugeströmt. Angesichts der Parallelität der Schwankungen von Wahlbeteiligung und NSDAP-Stimmen könne daher davon ausgegangen werden, daß die NSDAP einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Wahlerfolge der gestiegenen Wahlbeteiligung zu verdanken gehabt hätte.

Die ehemaligen Wähler der bürgerlichen Mittelparteien wie auch die früheren Anhänger der verschiedenen Regional- und Interessensparteien seien nahezu geschlossen zur NSDAP abgewandert. Die DNVP hingegen konnte ihren Wählerstamm von 1930 in etwa halten. Die beiden katholischen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, blieben sogar nahezu vollständig intakt. Das gleiche gilt für den Block der beiden sozialistischen Parteien SPD und KPD; die Anteile, die die SPD verloren habe, seien fast vollständig der KPD zugute gekommen. Die NSDAP habe von der SPD-Abwanderung daher nicht in nennenswertem Ausmaße profitieren können. Hingegen lasse sich vor allem 1932 ein nicht zu übersehender Wähleraustausch zwischen KPD und NSDAP beobachten; auch 1933 sei es der NSDAP nochmals gelungen, kommunistische Abwanderer zu sich herüberzuziehen. Angesichts der gemeinsamen Wesenszüge der beiden *totalitären* Parteien sei die psychologische Barriere für viele politisch und sozial entwurzelte kommunistische Protestwähler zur NSDAP anscheinend doch geringer gewesen, als das die weltanschauliche Distanz der beiden Parteien habe erwarten lassen (Milatz).

Erhebliche Mitverantwortung für den raschen Aufstieg der NSDAP nach 1928 trügen die deutschen Frauen, die Hitler und seiner Bewegung schon früh in hellen Scharen zugeströmt seien, was auf ihre generell niedrige Parteibindung und die damit einhergehende geringere Immunisierung gegenüber radikalen Strömungen zurückgeführt werden könne. Die Männer hingegen, die ja schon wesent-

lich länger das allgemeine Wahlrecht besaßen und daher mehr Zeit fanden, sich in das traditionelle Parteiensystem zu integrieren, hätten ihren angestammten Parteien, die für sie lange Jahre eine Art politischer Heimat bedeuteten, erheblich länger die Treue gehalten (Geiger).

Der Nationalsozialismus wuchs in erster Linie unter ländlichen und mittelklasseorientierten Bedingungen. Bei Arbeitern und in den Städten hingegen hatte er sehr viel weniger Erfolg. In den größeren Städten nahm sein Anteil mit wachsender Einwohnerzahl sogar ab. Allerdings sei er im Gefolge der Weltwirtschaftskrise gerade dort von vielen arbeitslosen Arbeitern und Angestellten gewählt worden. Ganz generell hätten die Wähler der NSDAP stärker als andere unter der Krise zu leiden gehabt. Dies zeige nicht nur der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und NS-Wahlverhalten, sondern auch die Tatsache, daß die NSDAP in Gebieten mit hoher Agrarverschuldung deutlich stärkere Gewinne habe erzielen können als in Regionen mit geringerer landwirtschaftlicher Verschuldung (Heberle; Kaltefleiter).

Am stärksten sei die NSDAP von Angehörigen des alten und des neuen Mittelstandes — also von Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten, mittelständischen Bauern sowie von Angestellten, Beamten und Freiberuflern — gewählt worden. Dies gelte in besonders ausgeprägtem Maße für Mitglieder des kleinen Mittelstandes. Der obere Mittelstand hingegen und die Oberschicht hätten sich als weit aus resistenter gegenüber dem Nationalsozialismus erwiesen; ihre Angehörigen seien bei ihren traditionellen konservativen Parteien geblieben, d. h. in erster Linie bei der DNVP (Lipset).

IV. Die parteipolitische Herkunft der NSDAP-Wähler

Es ist nicht erstaunlich, daß sich die meisten Untersuchungen des nationalsozialistischen Wählerverhaltens auf den Zeitraum zwischen 1930 und 1933 konzentrieren, da erst nach 1928 die NSDAP aus ihrem Schattendasein hervortrat. Verwunderlich ist jedoch die Tatsache, daß nur eine einzige der mir bekannten eingehenderen wahlhistorischen Analysen auf Reichsebene die *Veränderung der NSDAP-Anhängerschaft zwischen 1924 und*

Die beiden wichtigsten Resistenzfaktoren überhaupt seien jedoch die Bindung an die katholische Kirche und die Mitgliedschaft in einer sozialistischen Gewerkschaft gewesen. Kirchentreue Katholiken blieben bis ins Jahr 1933 dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei verbunden, während die Gewerkschaftsmitglieder ihre Stimme der SPD oder der KPD gegeben hätten.

Alles zusammengenommen war der idealtypische NSDAP-Wähler, der dem typischen NSDAP-Mitglied in dieser Hinsicht sehr ähnlich gewesen sei, nach Ansicht der „wahlhistorischen Folklore“ „ein selbständiger protestantischer Angehöriger des Mittelstandes, der entweder auf einem Hof oder in einer kleinen Ortschaft lebte und der früher für eine Partei der politischen Mitte oder für eine regionale Partei gestimmt hatte, die sich der Macht und dem Einfluß von Großindustrie und Gewerkschaften widersetzte“⁶⁾.

Soweit die Darstellung des Bildes, das sich die „wahlhistorische Folklore“ vom nationalsozialistischen Wähler macht; naturgemäß handelt es sich hierbei um eine Auswahl von Aussagen, die sich durch andere, teilweise diametral entgegengesetzte, ersetzen ließen. Dies deutet auf die ungenügende empirische Absicherung der meisten dieser Aussagen hin; tatsächlich überwiegt, wie schon erwähnt, der Vermutungscharakter.

Einige der Aussagen sind richtig, andere zumindest nicht völlig falsch, sondern lediglich zu undifferenziert; viele jedoch halten einer genaueren Nachprüfung nicht stand. Sie müssen im Lichte der neueren Erkenntnisse, die im folgenden eingehender dargestellt werden sollen, gründlich revidiert werden.

1932 untersucht. Es handelt sich hierbei um eine bisher unveröffentlichte und auch nicht allgemein zugängliche Arbeit von Thomas Childers, deren wichtigste Ergebnisse 1976 in einem Aufsatz im „Journal of Contemporary

⁶⁾ Seymour Martin Lipset, Nationalsozialismus — ein Faschismus der Mitte (dt. Fassung seines in Anm. 2 genannten Beitrags), hier zitiert nach: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930—1933, Köln 1968, S. 114 f.

History" zusammengefaßt worden sind⁷⁾. Sein für unsere Zwecke vielleicht bedeutsamstes Resultat ist die Erkenntnis, daß zwischen den NSDAP-Wählern der zwanziger und denen der dreißiger Jahre weitreichende Unterschiede festzustellen sind. Daher erscheint es als nicht zulässig, aus unseren Kenntnissen über die Zusammensetzung der NSDAP-Anhängerschaft der dreißiger Jahre auf die der zwanziger Jahre zurückzuschließen.

Ein anderer Autor, Loren K. Waldman, deckt in seiner gewichtigen, methodisch und theoretisch hochentwickelten, aber leider ebenfalls bisher unveröffentlichten Untersuchung des nationalsozialistischen Wählerverhaltens auf, daß zwischen den Mitgliedern und den Anhängern der NSDAP gravierende Unterschiede bestehen (z. B. ist die Landbevölkerung unter den Mitgliedern unterrepräsentiert, während sie unter den Anhängern überdurchschnittlich häufig vertreten ist); es ist daher nicht zulässig, die Informationen, die wir über die soziale Zusammensetzung und die Entwicklung der NSDAP-Mitglieder besitzen, pauschal auf die Wähler der NSDAP zu übertragen⁸⁾.

Leider befaßt sich Childers Studie nicht mit der parteipolitischen Herkunft, sondern nur mit dem sozialstrukturellen Hintergrund der NSDAP-Anhänger. Umfassendere Informationen über Wählerwanderungen zwischen den Parteien und das Verhalten der Nichtwähler

⁷⁾ Thomas Childers, *The Social Bases of Electoral Politics in Urban Germany 1919—1933 — A Sociological Analysis of Voting Behavior in the Weimar Republic*, Cambridge, Mass. 1976 (unveröff. und nicht allgemein zugängliche Ph. D.-Diss., Dept. of History, Harvard University); ders., *The Social Bases of the National Socialist Vote*, in: *Journal of Contemporary History* 1976, S. 17—42.

⁸⁾ Loren K. Waldman, *Models of Mass Movements — The Case of the Nazis*, Diss. 1973, University of Chicago, Dept. of Political Science (unveröff., über die General Library der University of Chicago als Mikofilm beziehbar), S. 253; s. auch Dee Richard Wernette, *Political Violence and German Elections: 1930 and July, 1932*, Ph. D.-Diss., University of Michigan, Dept. of Sociology, Ann Arbor, Mich. 1974 (unveröff., zu beziehen über University Microfilms, Ann Arbor und London); J. Paul Madden, *The Social Composition of the Nazi Party, 1919—1930*, Ph. D.-Diss., University of Oklahoma 1976 (unveröff., über University Microfilms, Ann Arbor, Mich. beziehbar; Maddens Mitgliederanalyse weist allerdings für die Jahre 1925—1930 ein relatives Übergewicht der Bauern unter den in diesem Zeitraum neueingetretenen NSDAP-Mitgliedern aus (vgl. Madden 1976, S. 238); Michael H. Kater, *Zur Soziographie der frühen NSDAP*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1971, S. 124—159.

liegen dagegen erst für die Reichstagswahlen von 1930—1933 vor. Die Untersuchung der politischen Herkunft der NSDAP-Anhänger vor 1930 steht noch aus; für den statistisch versierten Wahlhistoriker bietet sich hier ein lohnendes Forschungsfeld. Es verdient jedoch an dieser Stelle festgehalten zu werden, daß der Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1930 nicht ganz so überraschend und aus heiterem Himmel kam, wie das manchmal zu lesen ist; denn bereits in den 1929 stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen, Baden und Thüringen sowie in den Kommunalwahlen in Preußen und Hessen konnte sie ihre Stimmen „geradezu sensationell“ vervielfachen, wie Carl Mierendorff in seinem helllichtigen Aufsatz über „Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung“ schon 1930 schreibt. In diesem Aufsatz weist er darauf hin, daß bereits bei den Reichstagswahlen von 1928, trotz eines nominellen Stimmenrückgangs der Nationalsozialisten gegenüber 1924 — der in erster Linie in den nord- und ostdeutschen Wahlkreisen zu verzeichnen war und ein Resultat der Abspaltung der „völkischen“ Wähler der rechtsradikalen Freiheitspartei darstellte —, „die eigentliche Hitler-Bewegung von Schleswig-Holstein bis zum Bodensee und der Zugspitze wieder im Vormarsch (war), der dann in den Kommunalwahlen Herbst 1929 seine natürliche Fortsetzung fand“⁹⁾.

Das häufig in der historischen Literatur anzutreffende Argument: erst das Zusammengehen mit rechtsbürgerlichen Kreisen um Hugenberg und den Stahlhelmführer Seldte im Kampf gegen den Young-Plan habe Hitler quasi hoffähig und damit für Anhänger der bürgerlichen Parteien wählbar gemacht, was letztlich den Stimmenzuwachs von 1930 überhaupt erst ermöglicht habe, wird durch diese Diagnose, die auch von dem polnischen Historiker Jerzy Holzer in seinem Buch über die zwischen 1928 und 1930 stattfindenden Wahlen unterstützt wird, in seiner Bedeutung zumindest relativiert. Immerhin gelang es der NSDAP bereits in der sächsischen Landtagswahl vom Mai 1929, also vor dem Eintritt der NSDAP in den Ausschuß gegen den Young-Plan, ihren Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl 1926 zu verdreifachen und gegenüber der Reichstagswahl 1928 nahezu zu verdoppeln. Auch wurde die NSDAP schon vor 1928 von Teilen des alten Mittelstandes durchaus als wählbar angesehen; bereits 1924

⁹⁾ Mierendorff 1930 (vgl. Anm. 2), S. 493.

konnte sie im Gefolge der Inflation auch bei Beamten und Pensionären relativ starke Erfolge erzielen. Dies zeigt, daß es für weite bürgerliche Kreise nicht erst des Zusammengehens mit Hugenberg und Seldte bedurfte, um Vorbehalte gegenüber Hitler und seiner Bewegung abzulegen¹⁰⁾. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den raschen Aufstieg der NSDAP nach 1928 war vermutlich zum einen die bereits von Carl Mierendorff erwähnte organisatorische Konsolidierung der Partei, zum anderen die ab 1928 erfolgende Umorientierung der Propaganda auf eine neue Klientel, die sich im Gefolge der Agrar- und der allgemeinen Wirtschaftskrise gegenüber dem Nationalsozialismus sehr viel aufgeschlossener erwies als die ursprünglich angezielten deutschen Arbeiter: die Bauern und der Mittelstand¹¹⁾.

Wahlbeteiligung und NSDAP-Erfolge

Die Vermutung, daß die NSDAP besonders häufig von ehemaligen Nichtwählern die Stimme bekommen habe und dadurch einen erheblichen Teil ihres Zuwachses der gestiegenen Wahlbeteiligung zu verdanken habe, wurde schon früh geäußert¹²⁾; sie fand folgerichtig dann auch Aufnahme in das Repertoire der deutschen Geschichtsschreibung über das Ende der Weimarer Republik. So ist etwa Milatz¹³⁾ der Ansicht, daß der NSDAP-Aufstieg von 1930 hauptsächlich von ehemaligen Nichtwählern der Reichstagswahl von 1928 verursacht worden sei. Bei der Juliwahl 1932 hingegen sei der nochmalige dramatische Zuwachs der NSDAP eher auf den Zugang von ehemaligen Anhängern der Mittel- und Rechtsparteien zurückzuführen. Genau

die entgegengesetzte Auffassung vertritt Lipset mit seiner bereits skizzierten Hypothese über den Faschismus als Extremismus der Mitte. Seiner Ansicht nach konnte die NSDAP erst bei den Juliwahlen 1932 in größerem Ausmaße von ehemaligen Nichtwählern profitieren; der Löwenanteil ihres Zuwachses von 1930 komme von radikalisierten ehemaligen Wählern der liberalen Parteien.

Während Milatz nicht angibt, worauf er seine These gründet, stützt sich Lipset bei seiner empirischen Analyse auf zu große Gebiets-einheiten, die 35 Wahlkreise des Reiches, und verwendet extrem fehlschlußgefährdete statistische Auswertungsverfahren, die seine These nur bedingt zu untermauern vermögen. Es ist daher nur konsequent, daß sich über die Stichhaltigkeit beider Annahmen eine intensive wissenschaftliche Diskussion mit zum Teil sehr kontroversen Ergebnissen entspann, die bis heute die umstrittenen Einzelheiten nicht restlos klären konnte.

Als gesichert angesehen werden kann, daß beide Positionen, deren eine in der internationalen Diskussion eher mit dem Namen von Reinhard Bendix als mit dem von Alfred Milatz verbunden ist, weder ganz richtig noch ganz falsch sind, sondern jeweils Aspekte verabsolutieren. Hinzu kommt, daß beide für eine strenge empirische Überprüfung nicht ausreichend präzise formuliert worden sind: Wählten die meisten Nichtwähler von 1928, die 1930 abgestimmt haben, NSDAP? Oder erhielt die NSDAP aus dieser Gruppe lediglich mehr Stimmen als jede andere Partei? Kam gar die Mehrzahl der NSDAP-Anhänger von 1930 aus dem Kreis der Nichtwähler von 1928? Oder waren die Nichtwähler von 1928, die 1930 zur Wahl gingen, nur die größte Einzelquelle des NSDAP-Zuwachses? Analog lassen sich diese Fragen natürlich auch auf die Wahlen der Jahre 1932 und 1933 übertragen^{14a)}.

Die erwähnten neueren Untersuchungen Waldmans, Wernettes und Meckstroths zu diesem Fragenkomplex stimmen darin überein, daß der Übergang vom Nichtwählen zum

¹⁰⁾ Vgl. Childers 1976 (ich zitiere im folgenden immer nur seinen Aufsatz, da das Buchmanuskript seiner Dissertation noch nicht vorliegt); Jerzy Holzer, Parteien und Massen — Die politische Krise in Deutschland 1928—1930, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abtlg. Universalgeschichte, Beiheft 1, Wiesbaden 1975.

¹¹⁾ Vgl. Childers 1976 (Anm. 7); David Andrew Hackett, The Nazi Party in the Reichstag Election of 1930, Ph.D.-Diss. University of Wisconsin, Dept. of History, Madison, Wisconsin 1971 (unveröff., zu beziehen über University Microfilms, Ann Arbor, Mich.), S. 80 ff., S. 114 ff. etc.; Peter D. Stachura, Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1978, S. 66—99.

¹²⁾ Vgl. z. B. Mierendorff (Anm. 2), S. 500; Geiger (Anm. 2) etc.

¹³⁾ Milatz 1965 (Anm. 3), S. 133.

^{14a)} Vgl. hierzu jetzt ausführlicher meine kritische Analyse der Lipsetschen Klassen- und der Bendixschen Massenhypothese: Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse erscheinen voraussichtlich in: Peter Steinbach (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1980 (Klett).

Wählen und umgekehrt erheblich komplexer verlief, als das die beiden Ausgangshypothesen vermuten lassen. Sie zeigen ferner, daß die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930, 1932 (Juli) und 1933 vom Anstieg der Wahlbeteiligung profitieren konnte und umgekehrt bei den Novemberwahlen 1932 auch wieder Wähler ans Nichtwählerlager verlor, als die Wahlbeteiligung zurückging. Und schließlich sind sich die drei Untersuchungen darin einig, daß die NSDAP 1933 am stärksten und 1930 am geringsten aus dem Anstieg der Wahlbeteiligung Gewinn ziehen konnte. Hingegen unterscheiden sich die drei Arbeiten in den errechneten Größenordnungen des Zustroms von Nichtwählern zur NSDAP.

Als relativ gesichert kann weiter angesehen werden, daß von den Nichtwählern der jeweils vorangegangenen Wahl mehr Stimmen für die NSDAP als für irgendeine andere Partei abgegeben wurden. Doch stellten die NSDAP-Anhänger unter den ehemaligen Nichtwählern 1930 vermutlich noch nicht einmal die Hälfte und 1932 nur knapp mehr als die Hälfte aller Wähler, die bei der jeweils vorausgegangenen Wahl nicht abgestimmt hatten; nur 1933 entschieden sich die weitaus meisten Nichtwähler vom November 1932 für die Liste Hitlers. Aus diesen Ergebnissen läßt sich ablesen, daß nicht nur die NSDAP vom Anstieg der Wahlbeteiligung profitieren konnte, sondern auch die übrigen Parteien; dies vor allem, wenn sie, wie die NSDAP, in Opposition standen. Deutlich geworden sein sollte aus diesen Resultaten, daß beide Hypothesen in der beschriebenen Form nicht aufrechterhalten werden können, obwohl einiges darauf hindeutet, daß Lipset den Trend der Nichtwähler zur NSDAP insgesamt etwas besser eingeschätzt hat als Bendix oder Milatz¹⁴⁾.

Bei den Märzahlen 1933 wuchs die Wahlbeteiligung nochmals beträchtlich; insgesamt gingen rund 3,5 Millionen Wähler mehr als im November 1932 zur Abstimmung. Die NSDAP nahm um rund 5,5 Millionen Stimmen zu. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sie stärker als die anderen Parteien von der ge-

stiegenen Wahlbeteiligung profitieren konnte, wird klar, daß die NSDAP, wie schon bei den vorangegangenen Wahlen, ihre Erfolge nicht nur dem Zuzug ehemaliger Nichtwähler, sondern auch (und vor allem) der Zuwanderung ehemaliger Anhänger der übrigen Parteien zu verdanken hatte. Von den Stimmengewinnen der NSDAP gegenüber der jeweils vorangegangenen Reichstagswahl kam nach den Schätzungen Meckstroths 1930 nur jede vierte und im Juli 1932 sogar nur jede fünfte Stimme aus dem Lager der Nichtwähler¹⁵⁾.

Von welchen Parteien kamen die NSDAP-Zuwanderer? Welche Gruppierungen erwiesen sich gegenüber dem Sog des Nationalsozialismus als relativ immun? Bevor wir uns im nächsten Abschnitt diesen Fragen zuwenden, sollten die Resultate der vorstehenden Sektion nochmals thesenförmig zusammengefaßt werden:

Die NSDAP konnte bei den Reichstagswahlen von 1930, 1932 (Juli) und 1933 stärker als jede andere Partei Wähler zu sich herüberziehen, die bei der jeweils vorausgegangenen Wahl nicht abgestimmt hatten. Aber auch die anderen Oppositionsparteien konnten aus dem Nichtwählerlager Zuzug verzeichnen. Die weitaus meisten Zuwanderer der NSDAP hatten jedoch in früheren Wahlen für andere Parteien gestimmt.

Der parteipolitische Hintergrund der NSDAP-Wähler

Die beiden erwähnten Hypothesen von Bendix und Lipset über die verschiedenen Zuwandererwellen zur NSDAP unterscheiden sich nicht nur bezüglich ihrer Einschätzung der Rolle der Nichtwähler, sondern auch der Parteien, die von den Wechselwählern zur NSDAP früher gewählt worden waren. Während Bendix davon ausgeht, daß neben den Nichtwählern 1930 vor allem radikalisierte DNVP-Wähler zur NSDAP übergewechselt seien, von den Parteien der bürgerlichen Mit-

¹⁴⁾ Vgl. vor allem Theodore W. Meckstroth, *Conditions of Partisan Realignments: A Study of Electoral Change*, Ph. D.-Diss. University of Minnesota, 1971, S. 140; Wernette 1974 (Anm. 8), S. 63, 81, 90 und 93; Waldman 1973 (Anm. 8), S. 149–252, sowie David R. Cameron, *The Mobilization of Nazism: Middle-Class Party or Catch-All Party*, Paper Delivered at the Annual Meeting of the Social Science History Association, October 1977 (als Manuskript vervielfältigt).

¹⁵⁾ Meckstroth 1971, S. 178; eine erheblich höhere Schätzung bei Waldman 1973, S. 252, für die Juliwahl 1932; nach Waldmans Berechnung kam jeder dritte NSDAP-Zuwanderer der Juliwahl 1932 aus dem Nichtwählerlager. Die Differenzen zwischen Meckstroth und Waldman sind eventuell auf (wegen Genzverschiebungen) ausgelassene Gebiets-einheiten bei Meckstroth zurückzuführen. Für 1930 hingegen besteht zwischen beiden Autoren vollständige Übereinstimmung; dies gilt auch für die Novemberwahl 1932.

te dagegen kein nennenswerter Zufluß zur NSDAP stattgefunden habe, vertritt Lipset auch in dieser Hinsicht eine genau entgegengesetzte Position. Er geht davon aus, daß die NSDAP-Zuwanderer von 1930 weder in erster Linie aus den Nichtwählerschichten noch aus dem DNVP-Wählerlager stammten, sondern Mittelschichtenangehörige seien, die früher für die liberalen, nichtkatholischen Mittelparteien gestimmt hätten. Die gestiegene Wahlbeteiligung sei der NSDAP erst ab Juli 1932 zugute gekommen. Angehörig der Arbeiterklasse, des katholischen Milieus und der hauptsächlich durch die DNVP repräsentierten Oberschicht gehörten nicht zum NSDAP-Wählerpotential.

Allgemein kann aufgrund der auch hierin übereinstimmenden Resultate der drei Studien festgehalten werden, daß die Wechselwähler zur NSDAP weder 1930 noch 1932 aus einem einzelnen politischen Lager kamen. Zwar mußten die bürgerlichen Mittelparteien bei beiden Wahlen zusammengenommen mehr Wähler an die NSDAP abgeben als irgendeine andere Gruppierung, doch stellten sie nicht die Mehrheit der NSDAP-Zuwanderer zwischen 1930 und 1933. Auch muß hervorgehoben werden, daß zwischen den einzelnen Parteien der Mitte und der rechten Mitte starke Unterschiede im Abwanderungsverhalten ihrer Anhänger bestanden. Wie sich die Wähler von DDP, DVP, Wirtschaftspartei oder Bayerischem Bauernbund tatsächlich im einzelnen verhalten haben, bedarf noch der näheren Erforschung. Es gibt jedoch Indizien, die darauf hindeuten, daß wesentlich weniger DDP- und auch möglicherweise sogar weniger DVP-Anhänger 1930 und 1932 (Juli) zur NSDAP überliefen, als allgemein angenommen wird. Doch muß auch diese Frage noch weiter geklärt werden, bevor die Antworten darauf in das Repertoire unserer Erkenntnisse über das nationalsozialistische Wählerverhalten aufgenommen werden können¹⁶⁾.

Von den erwähnten bürgerlichen Parteien der Mitte und der rechten Mitte, die bei Meck-

stroth bedauerlicherweise nur als Block behandelt werden, so daß zwischen ihnen nicht differenziert werden kann, gingen seinen Schätzungen zufolge 1930 rund ein Drittel und im Juli 1932 nochmals etwa 40 Prozent zur NSDAP über. Dies würde bedeuten, daß 1930 jeder dritte und 1932 jeder vierte NSDAP-Zuwanderer aus diesem Bereich gekommen wäre. Nicht viel weniger Wähler wanderten von der DNVP zur NSDAP über: 1930 votierte jeder vierte und im Juli 1932 sogar jeder dritte DNVP-Wähler der jeweils vorangegangenen Reichstagswahl für die NSDAP. Stimmen diese Zahlen, so heißt das, daß 1930 jeder vierte und 1932 jeder zehnte NSDAP-Zuwanderer von der DNVP zum Nationalsozialismus gestoßen wäre. Ueberdies scheint die DNVP im Jahre 1930 jeden fünften ihrer Wähler von 1928 an eine der kleineren Interessen- und Regionalparteien verloren zu haben; von diesen stimmte im Juli wiederum jeder zweite Wähler für die NSDAP. Dies deutet darauf hin, daß die DNVP auch auf diesem Umwege noch Wähler an die NSDAP abgab. Ob die Deutschnationalen im Juli 1932 oder danach wenigstens einen Teil dieser Abwanderer zu den kleineren Parteien wieder zurückgewinnen konnten, geht aus den hier referierten Untersuchungen nicht hervor. Jedoch deutet vieles darauf hin, daß die Interessen- und Regionalparteien nicht nur für die Wähler der DNVP, sondern auch für ehemalige Anhänger der Mittelparteien eine Durchgangsstation auf dem Wege zur NSDAP darstellten¹⁷⁾.

Noch eine andere, in der einschlägigen Literatur im allgemeinen nicht genannten Quelle des nationalsozialistischen Zuwachses wird durch die Analyse Meckstroths aufgedeckt: Die Wechselwähler von der SPD, die nicht nur zur KPD, sondern auch in beachtenswertem Ausmaße zur NSDAP abwanderten. 1930 wie auch bei der Juliwahl 1932 verlor die SPD jeden zwanzigsten ihrer Wähler der unmittelbar vorangegangenen Reichstagswahl an den Nationalsozialismus; dies bedeutet, daß sie etwa gleichviele Stimmen an KPD und NSDAP abgeben mußte. Falls die Berechnungen Meckstroths, die durch ähnliche Ergebnisse Wernettes unterstützt werden, zutreffen, kam 1930 wie 1932 (Juli) jeder zehnte Wechselwähler zur NSDAP von der SPD¹⁸⁾.

¹⁶⁾ Vgl. Wernette 1974 (Anm. 8), S. 63 und 81, sowie Cameron 1977 (Anm. 14), Tabelle 2. Allerdings besteht zwischen Wernette und Cameron im Falle der DVP eine gravierende Unstimmigkeit: Während Wernette keinen Zusammenhang zwischen DVP-Abnahme und NSDAP-Zunahme feststellen konnte, berichtet Cameron, der seine Analyse auf der Ebene der 35 Wahlkreise des Reiches durchführte, sogar von einer sehr deutlichen statistischen Beziehung. Diese Frage bedarf dringend der weiteren Klärung.

¹⁷⁾ Vgl. Meckstroth 1971 (Anm. 14), S. 169; Heinrich August Winkler 1972, Extremismus der Mitte (Anm. 1).

¹⁸⁾ Vgl. Meckstroth 1971, S. 149/50, S. 178; Wernette 1974, S. 63 und 81; Cameron 1977, Tabelle 2.

Als praktisch völlig resistent gegenüber dem Nationalsozialismus zeigte sich neben den beiden katholischen Parteien auch die KPD. Der oft beschworene Zentrums-Turm erwies sich zumindest bis zum November 1932 gegenüber dem nationalsozialistischen Ansturm als ebenso widerstandsfähig wie die Industriebastionen der KPD. Erst 1933 scheint es der NSDAP gelungen zu sein, erste (wenn auch nicht sehr große) Einbrüche in den katholischen Stimmenblock zu erzielen. Vor allem kirchlich nicht gebundene Bewohner katholischer Regionen gingen hierbei, wie es scheint, zum Nationalsozialismus über. Ob 1933 die NSDAP auch Erfolge bei ehemaligen KPD-Wählern erzielen konnte, läßt sich nicht mit Bestimmtheit behaupten, da über die Reichstagswahl von 1933 bisher erheblich weniger gesicherte Ergebnisse vorliegen als über die Wahlen davor; auch hier öffnet sich der künftigen Forschung noch ein wichtiges Gebiet. Als relativ sicher kann jedoch angesehen werden, daß die etwa bei Milatz wiederholt geäußerte Nähe der politischen Extreme nicht zu den behaupteten Wählerwanderungen von der KPD zur NSDAP geführt hat. Mit Ausnahme der Wählerschaft der beiden katholischen Parteien erwies sich keine politische Gruppierung als so unempfindlich gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda wie die KPD.

Die NSDAP hatte — was oft bei Interpretationen der Reichstagswahlen zwischen 1930 und 1933 übersehen wird — ungeachtet ihres dramatischen Zuwachses nicht nur Gewinne, sondern auch Wählerverluste zu verzeichnen. So verlor sie zwischen 1930 und Juli 1932 sowie zwischen Juli und November 1932 jeweils ein Sechstel bis ein Siebtel ihrer Anhänger der vorangegangenen Wahl. Die meisten davon, jeweils rund die Hälfte, scheinen zur DNVP gewandert zu sein, einige auch zur SPD und zu den bürgerlichen Mittelparteien sowie zu den Nichtwählern. Mit Ausnahme der Novemberwahl 1932 wurden diese Verluste jedoch durch die weit größeren Wählergewinne der NSDAP mehr als ausgeglichen.

Diese Resultate zeigen sehr deutlich, daß es mit einfachen Erklärungen der nationalsozialistischen Wahlerfolge nicht getan ist. *Der NSDAP gelang es, sowohl Nichtwähler als auch ehemalige Anhänger der bürgerlichen Mittelparteien, der Interessen- und Regionalparteien, ja sogar der SPD und zu einem erheblichen Ausmaße auch der DNVP schon von 1930 an zu sich herüberzuziehen. Lediglich die beiden katholischen Parteien und die KPD konnten sich gegenüber ihrem Ansturm bis ins Jahr 1933 behaupten. Im Lichte dieser Ergebnisse müssen sowohl die Theorie Lipsets als auch die Theorie von Bendix als unvollständig und teilweise den Fakten widersprechend bezeichnet werden.*

V. Das sozialstrukturelle Profil der NSDAP-Wähler

Die schon mehrfach angesprochene Bendixsche Hypothese betrachtet den Nationalsozialismus als eine klassenspezifische Massenerscheinung. Der Aufstieg der NSDAP nach 1928 sei nicht auf sozialstrukturelle Faktoren, sondern vielmehr auf die zusammenbrechende soziale Integration und die fortschreitende politische Isolierung von Wählern aus allen sozialen Schichten im Gefolge der Landwirtschaftskrise und der Großen Depression zurückzuführen. Das rasche Anwachsen der NSDAP sei eher eine Folge des Eintritts neuer Wählerschichten in die Politik und der Abwanderung radikalisierten DNVP-Anhängers zum Nationalsozialismus als das Ergebnis einer politischen Neuorientierung verunsicherter Mittelschichtenwähler. Sozialstrukturelle Erklärungsversuche trügen daher wenig

zum Verständnis der nationalsozialistischen Wahlerfolge bei¹⁹⁾.

Lipset hingegen interpretiert den Nationalsozialismus als Extremismus der Mitte, als die Flucht verunsicherter, politisch heimatlos gewordener und sich durch Großindustrie, Gewerkschaften und Industrialisierung bedroht fühlender Angehöriger der Mittelschichten in den Faschismus. Speziell der alte bäuerliche sowie der handwerkliche und gewerbliche protestantische Mittelstand werde sowohl strukturell durch die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft als auch aktuell durch die Agrar- und Wirtschaftskrise derart verunsichert, daß er bei Bewegungen Zuflucht suche, die ihm durch die Wiederher-

¹⁹⁾ Vgl. Bendix 1952 (Anm. 2); Wernet 1974, S. 177.

stellung früherer Zustände soziale und wirtschaftliche Sicherheit versprechen und sowohl antikapitalistisch als auch antigewerkschaftlich aufzutreten. In der Weimarer Republik sei dies der Nationalsozialismus gewesen, in Italien der Faschismus, im Frankreich der fünfziger Jahre der Poujadismus und in Österreich der Austrofaschismus. Der Wahlerfolg der NSDAP 1930 sei daher in erster Linie durch den Zulauf radikalisierter Mittelschichtenwähler zu erklären, die früher für die liberalen bürgerlichen Parteien gestimmt hätten. Ehemalige Nichtwähler dagegen seien erst bei der Juliwahl von 1932 in nennenswertem Maße zur NSDAP geströmt²⁰⁾.

Wie ich zu zeigen versucht habe, stimmen beide Hypothesen, was die parteipolitische Herkunft der NSDAP-Wähler angeht, in ihren positiven Aussagen mit den Daten einigermaßen überein; in ihren negativen Aussagen, also mit dem, was sie ausschließen, werden sie von den Ergebnissen der neueren Forschung nicht bestätigt. Es waren sowohl Nichtwähler und ehemalige DNVP-Anhänger als auch frühere Wähler der bürgerlichen Mittelparteien, die 1930—1933 der NSDAP zum Sieg verhalfen. Im folgenden wollen wir uns der Frage zuwenden, ob es sich mit den sozialstrukturellen Aussagen, die beide Positionen machen, ähnlich verhält.

Die Wandlung des NSDAP-Wählerprofils nach 1928.

Der amerikanische Historiker Thomas Childers hat in seiner Untersuchung über die sozialen Grundlagen des nationalsozialistischen Wählerverhaltens 1924—1933, wie schon erwähnt, die Veränderungen herausgearbeitet, denen das sozialstrukturelle Profil der NSDAP-Wählerschaft unterlag. So zeigt sich beispielweise, daß die Anhängerschaft der NSDAP auch schon vor 1930 eher protestantisch als katholisch war; doch war dies erheblich weniger ausgeprägt als 1930 und danach. Bis zur Novemberwahl 1932 entwickelte sich die NSDAP in immer stärkerem Maße zu einer vor allem beim protestanti-

schen Bevölkerungsteil erfolgreichen Partei. Ähnliches ist vom Anteil der Selbständigen unter den NSDAP-Anhängern zu berichten: Zwar waren auch diese bereits vor 1930 unter den nationalsozialistischen Wählern überrepräsentiert; im Gefolge der Wirtschaftskrise jedoch stieg der Anteil der Selbständigen unter den NSDAP-Anhängern in Relation zur Zahl der Selbständigen in der Bevölkerung weiter an, während der Arbeiteranteil, der ohnehin schon unter dem Bevölkerungsdurchschnitt lag, eher noch abnahm. Doch davon gleich mehr.

Die für unsere Zwecke vielleicht wichtigste Erkenntnis der Childerschen Analyse ist, daß zwischen der NSDAP-Wählerschaft der zwanziger und der dreißiger Jahre so große Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung bestehen, daß der Wählerstamm der frühen NSDAP (bis 1928) nicht aus unseren inzwischen recht guten Kenntnissen über die NSDAP-Wähler von 1930 und danach extrapoliert werden darf. *Festzuhalten bleibt daher, daß der dynamische Aspekt der Veränderung des Sozialprofils der NSDAP-Wählerschaft von Wahl zu Wahl nicht vernachlässigt werden darf. Vor allem die etwa 1928 einzusetzende Umorientierung der nationalsozialistischen Propaganda auf den Mittelschichten- und Agrarbereich führte im Zusammenspiel mit der wachsenden Verunsicherung dieser Kreise im Gefolge der Agrarkrise und der Großen Depression zu derart weitreichenden Verschiebungen unter der NSDAP-Wählerschaft, daß von der Anhängerperspektive her gesehen die nationalsozialistische Bewegung geradezu einen neuen Charakter bekam.*

Die oft zu hörende Ansicht, die durchdringenden blauen Augen Adolf Hitlers oder seine männliche Ausstrahlung hätten schon früh weibliche Wähler in hellen Scharen in die Arme der NSDAP gelockt, wird von den verfügbaren Daten nicht bestätigt. Aus Sonderauszählungen der Wählerstimmen nach dem Geschlecht, die in einer Reihe von Gemeinden ganz unterschiedlichen Typs durchgeführt wurden, wissen wir, daß auch in der Weimarer Republik, ähnlich wie später in der Bundesrepublik, Frauen eher für religiöse und konservative Parteien — wie das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, den Christlich-Sozialen Volksdienst oder die DNVP — stimmten als für extremistische Parteien wie die KPD und die NSDAP. Zwischen 1924 und 1930 wurde die NSDAP daher von Frauen deutlich seltener gewählt als von Männern. Selbst bei den Reichspräsidentenwahlen von

²⁰⁾ Lipset 1960 (Anm. 2); Wernette 1974; Karl O'Lessker, Who Voted for Hitler? A New Look at the Class Basis of Nazism, in: The American Journal of Sociology 1968, S. 63—69; Allan Schnaiberg, A Critique of Karl O'Lesskers „Who Voted for Hitler?“, in: The American Journal of Sociology 1968, S. 732—735; W. Phillips Shiveley, Party Choice, and Voting Stability: The Weimar Case, in: American Political Science Review 1972, S. 1203—1225; Weber 1969 (Anm. 3).

1932 ist diese Tendenz noch zu beobachten, obwohl sich hier bereits sehr klar eine Angleichung des Wahlverhaltens der Geschlechter gegenüber Hitler abzuzeichnen beginnt. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1932 sind dann auf Reichsebene kaum noch Unterschiede in der NS-Präferenz von Männern und Frauen feststellbar, wohl aber noch immer auf regionaler Ebene. Während in den katholischen Städten und Landkreisen bis 1933 die NSDAP durchweg stärker von Männern als von Frauen gewählt wurde, überholten in den protestantischen Städten die weiblichen die männlichen Wähler bereits 1932 in der NS-Sympathie. Bei den Märzwahlen von 1933 schließlich ist in diesen Städten ein deutliches Übergewicht der Frauen unter den NSDAP-Wählern festzustellen²¹⁾.

Zwei Beispiele mögen diesen Trend illustrieren. Im katholischen Regensburg stimmten 1930 rund 20 %, im Juli 1932 rund 23 %, im November 1932 wiederum 20 % und im März 1933 sogar 33 % der männlichen Wähler für die NSDAP. Weibliche Wähler stimmten 1930 mit rund 13, 1932 mit 17 und 15 und 1933 mit 29 % für die NSDAP. Im evangelischen Bremen hingegen votierten von den männlichen Wählern 1930 rund 13 %, im Juli 1932 rund 30 %, im November 1932 etwa 21 % und im März 1933 schließlich 31 % für die NSDAP, während von den weiblichen Wählern 1930 etwa 11 %, 1932 im Juli 31 %, im November rund 21 % und 1933 dann sogar 34 % NSDAP wählten. Ähnliche Größenordnungen des geschlechterspezifischen Wahlverhaltens liegen für die ebenfalls überwiegend evangelischen Städte Magdeburg, Leipzig und Wiesbaden vor, um nur einige wenige herauszugreifen.

Auf Reichsebene überflügelten also erst 1933 die Frauen die Männer in ihrer Sympathie für den Nationalsozialismus, was nicht zuletzt der Mobilisierung bisheriger Nichtwähler zuschreiben sein dürfte, unter denen Frauen erfahrungsgemäß besonders häufig vertreten sind²²⁾.

Heute bezieht die amtliche Repräsentativstatistik auch das Alter als Merkmal in ihre Sonderauszählungen mit ein. Während der Weimarer Republik war dies m. W. noch nicht der Fall. Amtliche Angaben liegen daher lediglich über die Wahlbeteiligung der verschiedenen Altersklassen vor. Sie zeigen, daß unter den Jungwählern, nicht viel anders als auch heute noch, die Wahlbeteiligung

von allen Altersgruppen am niedrigsten war. Sie stieg dann bis zum fünfzigsten Jahr stetig an, um danach wieder stark abzusinken.

Zwischen 1928 und 1930 erfolgte der Anstieg der Wahlbeteiligung vor allem auch bei den Jungwählern zwischen 20 und 25 Jahren. Ob dieser Anstieg hauptsächlich der NSDAP zugute kam, wie einige Wahlinterpreten dieser Jahre meinen, ist statistisch nicht eindeutig zu beweisen. Es sollte jedoch der zukünftigen Forschung möglich sein, für diejenigen Gemeinden, über die Sonderauszählungen vorliegen, nachzurechnen, ob ein ungewöhnlich starker Anstieg der Wahlbeteiligung bei den Jungwählern mit einem überdurchschnittlichen Anwachsen der NSDAP verbunden war oder nicht. Eine solche Berechnung ist meiner Kenntnis nach bisher noch nicht durchgeführt worden.

Generell darf aufgrund von Erfahrungen aus anderen Ländern und Zeitabschnitten vermutet werden, daß ältere Wähler eher für konfessionelle und konservative Parteien gestimmt haben, während jüngere Wähler vermutlich eher für radikale Strömungen der politischen Linken und Rechten offen waren. Aus der uns bekannten Altersstruktur der NSDAP-Mitglieder, unter denen jüngere Personen stark überrepräsentiert waren, auf den Altersaufbau der NSDAP-Wähler zu schließen, wie das manchmal in der Literatur versucht wird, ist problematisch, da hinsichtlich anderer Merkmale zwischen den Mitgliedern und den Wählern der NS-Bewegung deutliche soziale Unterschiede bestehen. So waren nicht nur, wie schon erwähnt, unter den Parteimitgliedern der NSDAP die Bauern im Vergleich zu ihrem Anteil an den NSDAP-Wählern eher unterrepräsentiert, sondern die Arbeiter als Mitglieder (wiederum im Vergleich zu ihrem Anteil an den NSDAP-Wählern) möglicherweise sogar überrepräsentiert^{22a)}.

^{22a)} Vgl. Madden 1976 (Anm. 8), S. 237—239; Waldman 1973 (Anm. 8), S. 232 f.; Lipset 1960 verweist in Anlehnung an Hans Gerth, *The Nazi Party: Its Leadership and Composition*, in: Robert K. Merton et al. (Hrsg), *Reader in Bureaucracy*, Glencoe 1952, auf die starke Überrepräsentation von Mittelschichtangehörigen unter den NSDAP-Mitgliedern. Es ist jedoch unverständlich, daß weder Lipset noch die eigentlichen NSDAP-Mitgliedschaftsforscher diese Daten vor dem Hintergrund der allgemeinen Partizipationsneigung der verschiedenen Sozialschichten interpretieren. Sollte sich etwa zeigen, daß ähnlich wie in der Bundesrepublik und in praktisch allen anderen westlichen Staaten Mittelschichtangehörige auch in der Weimarer Republik tendenziell partizipationseifriger waren als die Arbeiter, würde das ihre außer Frage stehende Überrepräsentation unter den NSDAP-Mitgliedern etwas relativieren.

²¹⁾ Vgl. Tingsten 1937 (Anm. 2), S. 52—58.

²²⁾ Vgl. Shiveley 1972 (Anm. 20).

Solange keine eingehenderen Untersuchungen darüber vorliegen, wie der Altersaufbau der NSDAP-Wähler aussah, sind wir in dieser Frage weiterhin auf Vermutungen angewiesen.

Stadt-Land-Unterschiede

War die NSDAP während der zwanziger Jahre noch eher eine Partei der städtischen Wähler, so veränderte sich dies seit 1928 stark. Bereits bei der Reichstagswahl 1930 war die NSDAP zu einer — wenn auch vorerst geringfügig — stärker auf dem Lande als in den Städten erfolgreichen Partei geworden. Diese Aussage gilt vor allem für die protestantischen Landkreise, in denen der Nationalsozialismus bis 1933 seine Position stetig ausbauen konnte. In den katholischen Landgemeinden dagegen gelang es der NSDAP erst 1933, gewisse Einbrüche zu erzielen, die vermutlich in erster Linie bei den kirchlich nicht integrierten Katholiken erfolgten²³⁾.

Der Erfolg der NSDAP nach 1930 ist, so gesehen, geradezu auf einer kontinuierlich verlaufenden Skala abbildbar, deren höchste Ausprägung von den protestantischen Landgemeinden gebildet wird. Die niedrigste Ausprägung ist von den katholischen Landgebieten besetzt; die katholischen und evangelischen Städte liegen zwischen diesen beiden Extremausprägungen. Doch selbst wenn man den Konfessionsfaktor, der einer der wichtigsten Einflüsse des nationalsozialistischen Wählerverhaltens darstellt, ausschaltet, läßt sich feststellen, daß die Wahlchancen der NSDAP um so kleiner wurden, je größer die Gemeinde war. Diese negative Beziehung von Einwohnerzahl und NSDAP-Stimmenanteil wird um so stärker, je mehr man sich der Märzwahl von 1933 nähert. Dies gilt selbst dann, wenn man andere mögliche Einflußfaktoren des nationalsozialistischen Wählerverhaltens, wie z. B. die soziale Zusammensetzung oder die wirtschaftliche Lage der Gemeinden, zusätzlich mit statistischen Mitteln kontrolliert. Worauf diese negative Beziehung von Einwohnerzahl und NSDAP-Stimmen zurückzuführen ist, wird dabei aus den bisher vorliegenden Untersuchungen nicht vollständig klar²⁴⁾.

²³⁾ Vgl. Loren K. Waldman, *Strain-Producing Situations and Support for Social Movements: The Case of the Nazis*, Ohio State University 1975 (als Manuskript vervielfältigt), S. 32.

²⁴⁾ Waldman 1973 (Anm. 8), Kap. V; Wernette 1974 (Anm. 8), Kap. 2.

Konfession und NSDAP-Wahl

Zwischen 1924 und 1933 war die NSDAP von ihren Wählern her gesehen stets eher eine protestantische als eine katholische Partei. Zwar ist der Zusammenhang von Protestantenteil und NSDAP-Erfolgen vor 1930 auf Reichsebene noch relativ unbedeutend; innerhalb der einzelnen Wahlkreise jedoch lassen sich auch schon im Zeitraum von 1924—1930, wenn auch mit erheblichen regionalen Schwankungen, gleichlaufende Veränderungen zwischen der Zahl der Protestanten und den Stimmen für die NSDAP beobachten. Diese Beziehung bleibt selbst dann erhalten, wenn man sie nur für die Städte berechnet. Nach 1930 wird dann der Konfessionsfaktor sogar zur wichtigsten Einflußgröße des nationalsozialistischen Wählerverhaltens überhaupt. Die NSDAP entwickelt sich nun immer stärker zu einer Partei des protestantischen Bevölkerungsanteils. In katholischen Gebieten, wo die Bewohner noch stark religiös integriert waren, dominierten Zentrum oder BVP eindeutig; die NSDAP hatte hier nur sehr geringe Erfolgsaussichten. Erst bei der Märzwahl 1933 gelangen ihr hier einige kleinere Einbrüche. Aber auch in Gebieten hoher protestantischer Kirchlichkeit schnitt die NSDAP tendenziell schlechter ab als in Gebieten niedriger Kirchlichkeit²⁵⁾.

Welche Faktoren sind für diese unbestreitbar größere Anfälligkeit des protestantischen Bevölkerungsteils gegenüber dem Nationalsozialismus verantwortlich zu machen? War es die höhere Arbeitslosigkeit, die stärkere landwirtschaftliche Verschuldung oder der geringere Urbanisierungsgrad des evangelischen Bevölkerungsanteils? Keiner dieser drei Faktoren läßt sich statistisch als ausschlaggebend für die größere NS-Anfälligkeit des evangelischen Deutschland festmachen. Zwar standen vor allem die protestantischen Landbewohner in Nord-, Mittel- und Ostdeutschland, den Gebieten mit den größten NSDAP-Erfolgen, unter etwas stärkerem wirtschaftlichem Druck als die katholische Landbevölkerung in Süd- und Westdeutschland; so war die Agrarverschuldung in den protestantischen Gebieten generell höher als in den katholischen Regionen; auch brachen natürlich in den Gebieten mit höherer Verschuldung mehr Höfe zusammen als anderswo; doch bleibt der Zusammenhang von Pro-

²⁵⁾ Waldman 1973, S. 79—99; Waldman 1975 (Anm. 23), S. 19.

testantenanteil und NSDAP-Erfolgen — wenn auch geschwächt — selbst dann erhalten, wenn man den Einfluß dieser beiden Faktoren statistisch kontrolliert ²⁶⁾.

Ebenso geht es mit einigen weiteren potentiellen Einflußfaktoren wie z. B. dem Urbanisierungsgrad und der Arbeitslosigkeit: Ihre Berücksichtigung bringt den Zusammenhang von Protestantismus und NSDAP-Anteil nicht zum Verschwinden. Dies läßt sich möglicherweise darauf zurückführen, daß der offizielle Protestantismus dem Nationalsozialismus vor 1933 aufgeschlossener gegenüberstand als der politische Katholizismus. Nach außen verhielt sich die protestantische Geistlichkeit gegenüber dem Nationalsozialismus neutral, während der katholische Klerus sich kritisch zur Wahl der NSDAP äußerte. Sicher ist, daß im Gegensatz zum Katholizismus der Protestantismus nicht in der Lage (und möglicherweise auch gar nicht willens) war, einen Damm gegen die nationalsozialistische Flut zu errichten. Eine organisierte Gegnerschaft eines Teils der protestantischen Geistlichkeit gegenüber dem Nationalsozialismus, wie sie z. B. nach 1933 in Form der Bekennenden Kirche entstand, entwickelte sich erst unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Soziale Schicht, Berufszugehörigkeit und NSDAP-Wahl

Wie Thomas Childers herausarbeiten konnte und wie angesichts der Vervielfachung ihres Stimmenanteils wohl auch kaum anders zu erwarten, bestehen zwischen der NSDAP vor 1930 und nach 1930 erhebliche Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft. Die immer stärker werdende „Verprotestantisierung“ wurde im vorangehenden Abschnitt erwähnt. Eine weitere, für ihren Erfolg bei den Wahlen letztlich wohl entscheidende Veränderung fand beim sogenannten neuen Mittelstand statt, d. h. bei den Angestellten und Beamten. Vor 1930 wurde die NSDAP in erster Linie von Angehörigen des alten Mittelstandes gewählt, d. h. von Handwerkern, kleineren Kaufleuten und selbständigen Bauern sowie ihren jeweiligen Familienangehörigen. Bei den Beamten und Angestellten sowie besonders bei den Arbeitern hingegen schnitt die NSDAP vor 1930 bei weitem nicht so gut ab. Die stärkste Bezie-

hung zur NSDAP wiesen die Selbständigen im Handwerk auf.

Nach den Reichstagswahlen von 1928 orientierte die NSDAP ihre Propaganda um und verfolgte nun zunehmend eine auf die neuen Mittelschichten und ihre Bedürfnisse gerichtete Strategie. Unterstützt von der kurz darauf ausbrechenden Großen Depression und der bereits zwei Jahre früher akut gewordenen Agrarkrise führte diese Umorientierung schließlich zum Erfolg und ließ die NSDAP schon bei den nur zwei Jahre später durchgeführten neuerlichen Reichstagswahlen zur zweitstärksten Partei nach der SPD werden. Die größten Erfolge errang die NSDAP dabei auf dem Lande und in den Kleinstädten des protestantischen Nord-, Mittel- und Ostdeutschlands. Besonders groß waren ihre Stimmengewinne in agrarischen Gebieten, in denen die bäuerlichen Familienbetriebe überwogen. In den östlich der Elbe gelegenen Provinzen, wo agrarische Großbetriebe vorherrschten, und in Gebieten, deren Struktur von landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben geprägt wurde, gelang es der NSDAP dagegen nicht, derartig stark in die Landbevölkerung einzubrechen. In ersteren konnte sich die DNVP relativ gut behaupten, in den letzteren waren die SPD und verschiedene kleinere Regional- und Interessenparteien noch immer relativ erfolgreich.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Beziehung von Agrarverschuldung und NSDAP-Wahlerfolgen keineswegs so eindeutig ist, wie das häufig vermutet wird. Der landwirtschaftliche Verschuldungsgrad war absolut und relativ am höchsten in den ostelbischen Gutsbezirken; hier aber konnte sich die DNVP insgesamt recht gut behaupten. In den weniger verschuldeten Agrargebieten westlich der Elbe hingegen erzielte die NSDAP ihre größten Erfolge. Eine eindeutige Beziehung zwischen dem landwirtschaftlichen Verschuldungsgrad und der Zahl der Hofzusammenbrüche auf der einen sowie der Zahl der NSDAP-Stimmen auf der anderen Seite läßt sich deshalb nur *innerhalb* der Regionen östlich und westlich der Elbe feststellen ²⁷⁾. Analog dazu konnte Weber eine positive Beziehung zwischen der Zahl der Konkurse und dem Stimmenanteil der NSDAP bei der Juliwahl 1932 feststellen ²⁸⁾. Es ist unbestreitbar,

²⁷⁾ Waldman 1973, S. 109 ff.

²⁸⁾ Weber 1969 (Anm. 3), S. 213/14; Weber kontrolliert bei seinen Berechnungen allerdings nicht den Einfluß möglicher alternativer Erklärungsfaktoren.

²⁶⁾ Waldman 1973, S. 182; Waldman 1975, S. 16.

daß sich — vor allem ab 1930 — die Mittelschichten stärker von der NSDAP angezogen fühlten als die Arbeiterschaft. War demnach die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eine rein bürgerliche Bewegung? Sicherlich nicht. Unter den Mitgliedern, die sie zwischen 1925 und 1930 hinzugewann, waren knapp 25 % Arbeiter (bei einem Arbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung von rund 50 %); angesichts der starken Überrepräsentation der jüngeren Generation unter den NSDAP-Mitgliedern dürfte es sich vor allem um jüngere Arbeiter gehandelt haben²⁹⁾.

Aber auch bei den Wählern gelang es der NSDAP, einen beachtlichen Arbeiteranteil für sich zu mobilisieren. Zwar liegen genauere Schätzungen des Anteils der Arbeiter an der NSDAP-Wählerschaft bisher nicht vor, doch dürfte er kaum geringer gewesen sein als bei den NSDAP-Mitgliedern, wenn man berücksichtigt, daß sich Arbeiter — nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen — seltener parteipolitisch zu engagieren pflegen als Mittelschichtenangehörige³⁰⁾. Im Vergleich zu den Mittelschichtenangehörigen, die nach 1930, sofern sie nicht katholisch gebunden waren, weit überdurchschnittlich nationalsozialistisch wählten, stimmte die Arbeiterschaft folglich stark unterdurchschnittlich für die NSDAP, was uns jedoch nicht übersehen lassen darf, daß sich die Arbeiter insgesamt als weniger resistent gegenüber dem Nationalsozialismus wiesen, als allgemein angenommen wird.

So unbefriedigend erforscht das Gebiet des Arbeiterwahlverhaltens für die NSDAP auch heute noch ist, so wissen wir doch einiges darüber, aus welchen Beschäftigungszweigen die nationalsozialistischen Arbeiterwähler vornehmlich kamen. Besonders geringe Erfolge erzielte die NSDAP bei den Arbeitern industrieller Großbetriebe, vor allem bei solchen aus der Eisenindustrie und dem Bergbau. Dagegen gelang es ihr, sehr viele Arbeiter aus kleineren, handwerklich organisierten Betrieben, kommunalen Versorgungsunternehmen und aus dem Handelssektor für sich zu gewinnen. Auch bei den Heimarbeitern etwa im Erzgebirge erzielte sie größere Erfolge³¹⁾.

²⁹⁾ Madden 1976 (Anm. 8), S. 237, 248.

³⁰⁾ Vgl. Neisser 1930 (Anm. 2), S. 658 f., der auf Grund seiner (allerdings höchst anfechtbaren) Berechnungen auf rund 10 % Arbeiter kommt, die der NSDAP die Stimme gaben; dies würde bedeuten, daß rund 15–20 % der NSDAP-Stimmen von 1930 von Arbeiter stammten; vgl. auch Winkler 1976 (Anm. 1), S. 2.

Winkler äußert die Vermutung, daß sich als gemeinsamer Nenner des Arbeiterwahlverhaltens für die NSDAP die Tatsache herausgeschält habe, daß der Nationalsozialismus vor allem bei gewerkschaftlich nicht gebundenen Arbeitern Erfolge verzeichnen konnte³²⁾. Waldman, der diesen Fragenkomplex als erster eingehender untersucht, kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß zwischen der Zahl der an einem Ort ansässigen Gewerkschaftsmitglieder und dem Stimmenanteil der NSDAP kein statistisch nachweisbarer Zusammenhang bestehe. In den Großstädten des Reiches läßt sich sogar eine leicht positive, bis 1933 noch wachsende Beziehung zwischen der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und den NSDAP-Stimmen nachweisen. Dieses Resultat läßt sich empirisch wiederum damit erklären, daß die Gewerkschaften in denjenigen Städten am stärksten vertreten waren, wo auch die Zahl der Mittelschichtenangehörigen besonders groß war. Diese wiederum neigten, wie wir wissen, weit überdurchschnittlich zur NSDAP. Möglicherweise spiegelt die positive Beziehung zwischen der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und der NSDAP-Stimmen nichts anderes als einen sogenannten Milieueffekt wieder, der sich dadurch erklärt, daß die Angehörigen der Mittelschichten noch stärker als gewöhnlich in Gemeinden für die NSDAP stimmten, wo die Gewerkschaften besonders stark waren. Doch ist dies lediglich eine Vermutung, die der eingehenderen Nachprüfung bedarf. Waldman jedenfalls kommt zu dem Ergebnis, daß in den Großstädten die Gewerkschaftsmitgliedschaft weder fördernd noch hemmend für die Ausbreitung der NSDAP gewesen sei. Die relative Immunität der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus müsse daher auf andere von künftigen Studien noch herauszuarbeitende Einflußfaktoren zurückgeführt werden³³⁾.

³¹⁾ Vgl. Childers 1976 (Anm. 7); Pratt 1948 (Anm. 2), S. 164 ff.; Waldman 1973 (Anm. 8), S. 174.

³²⁾ Vgl. Winkler 1976 (Anm. 1), S. 2.

³³⁾ Waldman 1973, S. 189–191; sollte Waldman mit seiner Analyse recht behalten, so würde dies eine Parallele zur ebenfalls gern überschätzten Immunisierungsfunktion der Gewerkschaftsverbände für das NPD-Wahlverhalten in den sechziger Jahren bedeuten; vgl. hierzu meinen Aufsatz: Wählerwanderungen vom Liberalismus zu rechtsextremen Parteien. Ein Forschungsbericht am Beispiel des NSDAP-Aufstiegs 1928–1933 und der NPD-Erfolge 1965–1970, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Der Liberalismus im politischen Systems Deutschland (erscheint voraussichtlich 1979).

Interessant ist weiter in diesem Zusammenhang, daß sich zwar — vor allem 1930 — eine positive Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und NSDAP-Stimmen nachweisen läßt, daß sich aber die beschäftigungslosen Arbeiter und Angestellten erheblich in ihrer NSDAP-Sympathie unterscheiden. Arbeitslose Angestellte wählten nach allem, was wir heute wissen, deutlich häufiger die NSDAP als die beschäftigten Angestellten, während die arbeitslosen Arbeiter weit stärker als die beschäftigten Arbeiter KPD wählten; ein nennenswerter Zusammenhang von Arbeiterarbeitslosigkeit und NSDAP-Erfolgen jedenfalls läßt sich nicht nachweisen. Diese Tendenz

wurde in mehreren Untersuchungen für die Großstädte des Reiches nachgewiesen; für die mittleren und kleineren Orte dagegen läßt sich kein konsistentes Muster feststellen³⁴⁾. Allerdings vermindern sich die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern beträchtlich, wenn man die Beschäftigungsbranche (Schwer- oder Leichtindustrie etc.) in die Analyse mit einbezieht. Es zeigt sich dann, daß die Unterschiede zwischen den Arbeitslosen und den Beschäftigten einer Branche erheblich geringer sind als die Unterschiede im Stimmverhalten der Arbeitslosen (bzw. Beschäftigten) zwischen den verschiedenen Branchen³⁵⁾.

VI. Fazit

Die Ergebnisse des vorstehenden Abschnitts scheinen eher Lipsets Position zu unterstützen, der die NSDAP als eine Bewegung des mittelständischen Extremismus ansah, die nach 1928 von der „Panik im Mittelstand“ (Theodor Geiger) profitieren konnte; doch widersprechen sie den Auffassungen, die Reinhard Bendix vertreten hat (und von denen er unter dem Eindruck der Lipsetschen Argumente später wieder abrückte), nur scheinbar. Zwar überwiegt unter den Wählern der NSDAP von 1930 ab unbestreitbar das mittelständische Element; doch gelang es der NSDAP, mit ihrer Ideologie der Volksgemeinschaft und ihrem übersteigerten Nationalismus, Angehörige aller Bevölkerungsschichten, Angestellte und Arbeiter, Bauern und Beamte, Freiberufler und Hausfrauen, Junge und Alte, Protestanten und Katholiken, Grenz- und Binnenlandbewohner, Unternehmer und Arbeitslosen etc., in so großer Zahl für sich zu mobilisieren, daß bei aller Überrepräsentation des protestantischen Mittelschichtenbereichs sie stärker als jede andere politische Gruppierung jener Jahre Volkspartei charakter trug. Die KPD wies ein konfessionell nicht ausgeprägtes, dafür aber praktisch ausschließlich von Arbeitern bestimmtes Wählerprofil auf; die SPD hingegen war eine überwiegend protestantische Partei, der es zwar auch, und dies in erheblichem Maße, gelang, Angestellte für sich zu mobilisieren;

bei der oberen Mittelschicht und den mittleren und größeren Bauern jedoch konnte sie, ebenso wie die KPD, keine nennenswerten Erfolge erzielen. Zentrum und BVP waren so etwas wie Volksparteien des katholischen Bevölkerungsteils; in protestantischen Gebieten blieben sie chancenlos; dies trifft umgekehrt auch für die DNVP zu, der es gelang, unter den Protestanten Wähler aller sozialen Schichten für sich zu mobilisieren, bei allem Übergewicht der Oberschicht in der Parteiführung. Die beiden liberalen Parteien DDP und DVP wandten sich in erster Linie an das protestantische oder konfessionell nicht gebundene Bürgertum; und die verschiedenen Interessen- und Regionalparteien schließlich blieben stets mit eng umgrenzten Schichten des Bürgertums oder landsmannschaftlichen Aspekten verbunden, so die Wirtschaftspartei mit dem Handwerk, der Landbund mit den Bauern oder die Deutsch-Hannoversche Partei mit der Vorstellung der Wiedererrichtung eines eigenen Landes Hannover innerhalb des Deutschen Reiches. Im Vergleich mit diesen Parteien muß die Wählerbasis der NSDAP geradezu als breit, ja das ganze Volk umfassend charakterisiert werden.

Die hier dargestellten Ergebnisse zeigen sehr deutlich, daß es mit einfachen Erklärungen des nationalsozialistischen Wählerverhaltens nicht getan ist. Weder die Theorie Lipsets noch die Bendixsche Hypothese entsprechen voll den Resultaten der neueren, hier referierten Untersuchungen zum Thema. Wegen des knapp bemessenen Raumes wurden eini-

³⁴⁾ Vgl. Pratt 1948 (Anm. 2); Childers 1976 (Anm. 7); Waldman 1973 (Anm. 8), S. 174.

³⁵⁾ Vgl. Waldman 1975 (Anm. 23), S. 28.

ge Detailergebnisse ausgelassen; auf regionale und lokale Aspekte wurde aus den gleichen Gründen ganz bewußt nicht eingegangen. Alle Angaben beziehen sich daher, dies sei nochmals betont, grundsätzlich auf das Reich als Ganzes, d. h. auf durchschnittliche Tendenzen des nationalsozialistischen Wählerverhaltens. Weiter sei daran erinnert, daß es sich bei den hier geschilderten Resultaten immer nur um eine Art von Wahrscheinlichkeitsaussagen handelt: Die angeführten Ergebnisse stellen lediglich Schätzungen von Zusammenhängen auf der Individualebene aus gemessenen Zusammenhängen auf der Ebene von Gebietseinheiten dar. Strenggenommen dürfte es nicht heißen: Arbeitslose Angestellte haben stärker NSDAP gewählt, beschäftigungslose Arbeiter hingegen eher KPD, sondern die Aussage müßte lauten: In Gebieten oder Gemeinden mit hoher Angestelltenarbeitslosigkeit hatte eher die NSDAP, in Gebieten mit hoher Arbeiterarbeitslosigkeit dagegen eher die KPD Erfolge. Von Gebietsverteilungen auf individuelle Zusammenhänge zu schließen, wie dies in der historischen Wahlforschung üblich ist, erscheint nur gerechtfertigt, wenn bestimmte statistische Verteilungsannahmen erfüllt sind. Wem die Generalvermutung, daß dies in der Mehrzahl der Fälle gegeben sein dürfte, zu riskant erscheint, muß die hier als Individualzusammenhänge geschilderten Ergebnisse in einer Weise interpretieren, die Fehlschlüsse ausschließt: als Beziehungen, die nur auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten gemessen werden konnten und auch nur dort mit Sicherheit zutreffen.

Dies soll nicht heißen, daß es sich bei den hier dargestellten Ergebnissen um felsenfest geltende, unwiderruflich zutreffende Erkenntnisse handelt; so etwas gibt es in der empirischen Forschung nicht. Vielmehr habe ich versucht, den gegenwärtigen Stand der Erforschung nationalsozialistischen Wählerverhaltens in all seiner Lückenhaftigkeit wiederzugeben; daß durch die Verwendung neuer, heute vielleicht noch gar nicht entdeckter Verfahren oder die Erschließung genauerer Quellen diese Ergebnisse, wenn schon nicht total revidiert, so doch erheblich modifiziert werden können, steht außer Frage. Zwar konvergieren die einschlägigen, hier referierten Untersuchungen in den wichtigsten Fragen; doch bestehen bei Detailproblemen noch immer Unstimmigkeiten zwischen ihnen, die teils auf unterschiedliche Verfahren der Datenauswertung, teils auch auf unterschiedli-

che Datensätze und Fragestellungen zurückzuführen sind.

Auch bleiben genügend offene Fragen, um noch mindestens eine weitere Generation von historischen Wahlforschern zu beschäftigen. Fragen des Arbeiterwahlverhaltens sind bis heute ebensowenig befriedigend erforscht wie das Problem des Effektes der nationalsozialistischen Wahlkampfführung oder des unterschiedlichen Organisationsgrades der NSDAP in den verschiedenen Landesteilen.

Weitere Problemkreise, mit denen sich die künftige Erforschung des nationalsozialistischen Wählerverhaltens beschäftigen sollte, sind die Auswirkung regionaler politischer Traditionen, die Resistenz von Wählern gegenüber dem Nationalsozialismus in Gemeinden und Landkreisen, wo die alten politischen Organisationsformen dem Ansturm des Nationalsozialismus Stand hielten etc.

Was die historische Wahlforschung praktisch nicht gestattet, ist eine statistisch abgesicherte Analyse der Motivationen, NSDAP zu wählen. Wohl ist der Nachweis möglich, daß zwischen der Zahl der ortsansässigen Juden und der Zahl der NSDAP-Stimmen ein negativer Zusammenhang besteht, d. h., daß die NSDAP dort mehr Stimmen erhielt, wo wenige oder keine Juden wohnten. Doch daraus schließen zu wollen, daß Antisemitismus bei der Stimmabgabe für die NSDAP keine nennswerte Rolle gespielt habe, ist verfehlt: Vorurteile können sich entwickeln, ohne daß man dazu persönlicher Kontakte mit der Zielscheibe der Vorurteile bedürfte. Wer von uns hat zum Beispiel schon einmal einen sowjetischen Kommunisten oder einen rhodesischen Farmer getroffen? Aber auch das Gegenteil läßt sich aus dieser negativen statistischen Beziehung von NSDAP-Stimmenanteil und Prozentsatz der ortsansässigen Juden nicht ableiten. Vermutlich war der Antisemitismus tatsächlich kein ausschlaggebender Faktor, um NSDAP zu wählen. Mit den Mitteln statistischer historischer Wahlanalysen läßt sich dies jedoch nicht überprüfen.

Dagegen ist es möglich, zu zeigen, daß in den Gebieten, wo bei der Abstimmung über den Youngplan das Volksbegehren zu seiner Ablehnung besonders viel Stimmen erhielt, die NSDAP wenige Jahre später ebenfalls überdurchschnittlich gut abschneiden konnte. Auch läßt sich schließlich, wie Waldman dies getan hat, belegen, daß in Gemeinden, wo

³⁶⁾ Vgl. Waldman 1973 (Anm. 8), Kap. VI.

der wirtschaftliche Druck besonders stark war, die NSDAP im Durchschnitt nicht nennenswert größere Erfolge erzielen konnte als in solchen Gebieten, wo die Agrarkrise und die Folgen der Großen Depression nicht so stark zu spüren waren. Doch daraus schließen zu wollen, daß wirtschaftliche Ängste, ja Panik keine entscheidende Rolle für die Wahl Hitlers und seiner Bewegung gespielt hätten, bedeutete eine Überinterpretation der in den Daten enthaltenen Informationen.

Zielsetzung dieses Beitrages war es, zwischen bloßen Vermutungen und wissenschaftlich (vorläufig) gesicherten Erkenntnissen über die

Einflußfaktoren des nationalsozialistischen Wählerverhaltens zu unterscheiden und nachzuweisen, wozu heute die historische Wahlforschung bei der Untersuchung der Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus fähig ist und wo ihre (vorerst und vielleicht sogar auf Dauer unübersteigbaren) Grenzen liegen sowie über den Stand unseres heutigen Wissens zu einer wichtigen Frage unserer Vergangenheit zu informieren, die heute kaum weniger aktuell ist als vor fünfzig Jahren und weiterer intensiver Forschungsanstrengungen zu ihrer möglichst vollständigen Beantwortung bedarf.

Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933—1945

I. Verdrängte Geschichte

1. Zum Stand der Forschung

Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hat dem Arbeiterwiderstand gegen Hitler bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst in den letzten Jahren erweiterte sich der traditionelle Themenkanon von Gedenkfeiern und Schulbuchartikeln über den Dreiklang von Graf Stauffenberg, Kardinal von Galen und die Geschwister Scholl, also von Militär, Kirche und bürgerlicher Jugend, hinaus¹⁾. Die Bedeutung dieser Gruppen soll nicht bestritten werden, bedenkenswert bleibt aber, daß ihre Hervorhebung mit der Vernachlässigung anderer bedeutender Beiträge zum Widerstand, vor allem aus der Arbeiterschaft, einherging. Zur Erklärung dieser Erinnerungsschwäche reicht es nicht aus, daß ein spektakuläres Ereignis wie das Attentat des 20. Juli 1944 sich deutlicher einprägt als die graue Mühsal von Zellenarbeit und Aufklärung in Arbeiterorganisationen. Auch eine schlechte Quellenlage oder die Beschwerden der Erschließung regional verstreuter Dokumente können bestenfalls Schwächen in der Darstellung, nicht aber ihr beinahe vollständiges Fehlen erklären.

Man wird daher nicht die spezifische Rolle ausblenden können, die gerade Zeitgeschichte als — kontroverse — Legitimationsgrundlage in beiden deutschen Staaten spielt: Lange schien die bundesdeutsche Forschung den Anspruch der DDR, in der bruchlosen Kontinuität des „proletarischen Klassenkampfes“ unter Führung der KPD und von antifaschistischen Volksfrontbündnissen unter ebenfalls kom-

munistischer Hegemonie zu stehen, stillschweigend zu akzeptieren. Scheinbar folgerichtig neigte sie dazu, den kommunistischen und mit ihm den gesamten Arbeiterwiderstand sozialistischer Prägung aus dem geschichtlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland auszublenden. Hinzu kam, daß seit der Bildung des ersten Kabinetts Adenauer 1949 die dem kirchlichen, militärischen und konser-

INHALT

- I. Verdrängte Geschichte
 1. Zum Stand der Forschung
 2. Gab es den Arbeiterwiderstand?
- II. Arbeiterparteien in der Illegalität
 1. Abwehrversuche und Versagen 1933
 2. Organisierte Untergrundarbeit
 3. Politische Neubesinnung
- III. Verweigerung und Protest im Arbeiteralltag
 1. Dimensionen der Alltagskonflikte
 2. Ein neues Protestpotential: Jugendliche und Ausländer
- IV. Zur didaktischen Darstellung des Arbeiterwiderstandes

vativen Widerstand zuwiderlaufenden Erinnerungen an den antinazistischen Kampf des demokratischen Sozialismus in Untergrund und Exil systematisch vergessen und übergangen wurden — bis hin zu periodisch wiederkehrenden diffamierenden Attacken gegen prominente sozialdemokratische Emigranten.

Erst seit dem Ende der sechziger Jahre wandte sich eine jüngere Generation von Forschern in der Bundesrepublik mit Studien über einzelne Regionen oder Gruppen dem Widerstand „von unten“ zu²⁾. Damit wurden erste Schritte gemacht, die Verdrängung des Arbeiterwiderstands in der Bundesrepublik ebenso wie dessen einseitig der kommunistischen Tradition

¹⁾ Vgl. Otto-Ernst Schüdekopf, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Seine Darstellung in Lehrplänen und Schulbüchern der Fächer Geschichte und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Berlin/München 1977; frühe Würdigungen des Arbeiterwiderstandes u. a. in: Annedore Leber (Hrsg.), Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstands von 1933 bis 1945 in Lebensbildern, Berlin 1962; dieselbe (Hrsg.), Das Gewissen steht auf, 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945, Berlin 1966; Terror und Widerstand 1933—1945. Dokumente aus Deutschland und dem besetzten Europa. Bild- und Dokumentationskassette, hrsg. von Eberhard Aleff, Ilse Kemter, Friedrich Zipfel, Berlin 1966.

²⁾ Vgl. Reinhard Mann, Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ein Literaturbericht, in: NPL, 1977, S. 425—442; vgl. ferner Ger van Roon, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979.

zugewandte Heroisierung in der DDR in Frage zu stellen.

Zunächst galt es vor allem, die Geschichte der Untergrund- und Exilorganisationen nach Umfang, Lebensdauer, Verhältnis von Führung und Mitgliedschaft sowie der ideellen Auseinandersetzungen zu rekonstruieren. Das ist inzwischen in einiger Breite geschehen, ohne daß sich diese Forschungsergebnisse bereits in der außerwissenschaftlichen Öffentlichkeit durchgesetzt hätten. Während sich also die Historiker schon dem nächsten Arbeitsfeld zuwenden und sich vornehmlich um die Erhellung des sozialgeschichtlichen Hintergrunds, des Alltags der Arbeiterbevölkerung im Dritten Reich bemühen³⁾, sind Schulbücher, populärwissenschaftliche Literatur oder Fernsehsendungen, die den Widerstand auch „von unten“ darstellen, immer noch die Ausnahme⁴⁾.

2. Gab es den Arbeiterwiderstand?

Es ist heute in der Forschung anerkannt, daß viele Arbeiter, vornehmlich Mitglieder der ehemaligen linken Parteien und der Gewerkschaften, Widerstand geleistet haben und daß sie schon allein von der Zahl her das Hauptkontingent der politisch Verfolgten darstellten⁵⁾. Läßt sich aber generalisierend von

„Arbeiterwiderstand“ sprechen, wo dieser Begriff doch eine gewisse Homogenität von politischer Untergrundarbeit, individueller Proteste wie kollektiver Verweigerung einer ganzen sozialen Klasse suggeriert? In einem methodisch strengen Sinn sollte man nur dann von Widerstand sprechen, wenn die Motive und Handlungen der betreffenden Personen auf den Sturz des NS-Regimes insgesamt hielten⁶⁾. Hierzu zählen sicherlich die organisierte Untergrundarbeit, die Flugblattverteilung, Zellenbildung oder Sabotage.

Wie verhält es sich aber mit Akten individueller Hilfeleistungen oder mit Protesten gegen Einzelmaßnahmen des Regimes? Wie wertet man verbotene Handlungen wie das Abhören ausländischer Sender, das Erzählen regimekritischer Witze oder die Aufrechterhaltung eines Gesprächszusammenhangs unter Gleichgesinnten? Das Regime bestrafte solche Nonkonformität und dokumentierte damit, daß sein Anspruch zur totalen Durchdringung der Gesellschaft und zur Formierung der „Volksgenossen“ in den NS-Organisationen auch die vielleicht unpolitisch gemeinte individuelle Abweichung von der nationalsozialistischen Norm objektiv in die Konfrontation mit dem Regime als ganzem trieb⁷⁾.

Unserer methodischen Unterscheidung zwischen intentionalem politischem Handeln (Widerstand im engeren Sinne) und unangepaßtem Alltagsverhalten (Verweigerung, Protest) liegt letztlich die alte Trennung von Staat und Gesellschaft zugrunde, die sich mit der Ent-

³⁾ Vgl. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1933–1939, Opladen 1975; Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München/Wien 1977; eine nützliche Kompilation von Quellen zum NS-Alltag in: Harald Focke u. Uwe Reimer (Hrsg.), Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten. Ein aufklärendes Lesebuch, Reinbek 1979; demgegenüber bescheidet sich George L. Mosse, Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler, Königstein/Ts. 1978, mit einer unkritischen Aneinanderreihung von hauptsächlich NS-offiziösen Äußerungen.

⁴⁾ „Es gab nicht nur den 20. Juli ...“ Dokumente aus einer Sendereihe im Westdeutschen Fernsehen, hrsg. von der Pressestelle des Westdeutschen Rundfunks, Köln 1979; ein neueres Beispiel heimatgeschichtlicher Publikation von Erinnerungen und Dokumenten auch über den Arbeiterwiderstand gibt Ernst Schmidt, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 bis 1945. Erlebnisse — Berichte — Forschungen — Gespräche, Frankfurt 1979.

⁵⁾ Nach den Akten des Wiedergutmachungsamts der Stadt Dortmund lassen sich allein in dieser Stadt insgesamt 1925 aus politischer Gegnerschaft Verfolgte namhaft machen. Davon waren 511 Sozialisten, 1260 Kommunisten (nach Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand

und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969, S. 244). In Oberhausen lassen sich insgesamt 382 politisch Verfolgte benennen. Davon waren 20 v. H. Bergarbeiter und 16 v. H. Metallarbeiter. Nur knappe zehn v. H. der politisch Verfolgten stammten nicht aus der Arbeiterschaft (nach Michael Zimmermann, Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Oberhausen, Staatsexamensarbeit Bochum 1977, S. 288). Diese Zahlen aus Industriestädten würden natürlich in einem reichsweiten Vergleich etwas relativiert. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß Arbeiter weit überproportional am Widerstand beteiligt waren.

⁶⁾ Peter Hüttenberger, Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“, in: Theorien in der Praxis des Historikers, hrsg. von Jürgen Kocka, Sonderheft 3 von „Geschichte und Gesellschaft“, Göttingen 1977, S. 117–139.

⁷⁾ Auch eine Faschismustheorie, die von der Polykratie der nationalsozialistischen Herrschaftsorganisation ausgeht, wird die Tendenz zur totalen Formierung der Beherrschten konstatieren. Vgl. Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft, 2. Jg. 1976, Heft 4, S. 417–442.

wicklung der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert herausbildete. Der Faschismus zeichnete sich aber gerade dadurch aus, daß er diese Trennung zurücknahm, den Alltag zwangsweise politisierte und auf der anderen Seite auch die Autonomie des traditionellen Beamtenstaats zerbrach⁸⁾. Insofern rückte der nationalsozialistische Totalitätsanspruch einen Großteil des alltäglichen Konflikthandelns in die Sphäre des Antinazismus. Lohn- und Arbeitskonflikte erhielten beispielsweise in einer Rüstungswirtschaft — ob gewollt, oder nicht — eine Stoßrichtung gegen den Krieg. Wie weit sich diese Konfrontation aber auch im Denken und Verhalten der Betroffenen ausdrückte und somit auch intentional als Widerstand begriffen werden kann, ist nur schwer generalisierend zu bestimmen. Außerdem läßt sich zwar der Aktionsbereich einer politischen Gruppe klar umgrenzen, nicht jedoch das Handlungsfeld einer gesellschaftlichen Schicht wie der Arbeiterschaft, die sich nach Qualifikation, nach Branchen (Boom in der Rüstungsindustrie, Stagnation in der Export- und Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft), Geschlecht (Anwachsen der Frauennarbeit im Krieg), Nationalität (bis zu einem Drittel ausländischer Arbeiter im Krieg) unterschied. Mit der Einschränkung, daß ihre innere Zusammensetzung und ihre äußeren Abgrenzungen nicht exakt bestimmbar sind, können jedoch einige verallgemeinernde Angaben zum Verhalten der Arbeiterschaft zunächst zur nationalsozialistischen Bewegung, dann dem NS-Staat gegenüber gemacht werden.

Die Mitglieder und Anhänger der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bestimmten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus vor und nach 1933 aus ihren Einschätzungen des Gegners, die sich schon in der Weimarer Republik herausgebildet hatten, aus den gesellschaftspolitischen Grundkonzepten, von denen ihre Strategien ausgingen, und aus den traditionellen Handlungsmustern, die sich in ihren Organisationen verfestigt hatten. Nach der Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur entwickelten sie außerdem — in mannigfacher Verschrän-

⁸⁾ Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933—1944*, Köln/Frankfurt 1977.

kung — drei unterschiedliche Konzepte von Widerstand: als Bewahrung der Tradition, der Gesinnung und des Zusammenhalts (informelle Gesprächskreise, getarnte Vereine), als Entwerfen von Plänen für eine nachfaschistische Demokratie und als unmittelbare Aktion, die das NS-Regime beeinträchtigen (Streik, Sabotage) oder seinen Sturz vorbereiten wollte (Untergrundorganisation).

Wesentlich schwerer fällt es aber, die Haltung derjenigen Arbeiter zu beschreiben, die nicht in der Tradition der sozialistisch-kommunistischen oder gewerkschaftlichen Bewegung standen. Auch sie kommen in zahlreichen Verfahren der NS-Polizei und Justiz wegen „Heimtücke“ und „Volksopposition“ vor, auch sie artikulierten Unzufriedenheit und Protest. Es wäre verfehlt, solche unorganisierte Verweigerung zu ignorieren; denn ihr Ausmaß erlaubt Rückschlüsse darauf, inwieweit sich größere Bevölkerungsteile der Nazifizierung des Alltagslebens entziehen konnten. Andererseits darf das NS-Klischee von der „Volksgemeinschaft“ nicht einfach durch die Behauptung, die Mehrheit der Einwohner habe zur „Volksopposition“ gehört, ausgetauscht werden, nur weil Unzufriedenheit und Unangepaßtheit weit verbreitet waren⁹⁾.

In der Folge soll daher der Begriff „Arbeiterwiderstand“ nur umgangssprachlich als erster Hinweis auf das Problemfeld verwendet werden, während wir die Bezeichnung „Widerstand“ im engeren Sinne dem intentionalen Handeln, das den Sturz des Regimes wollte, vorbehalten. Gleichzeitig soll aber das weite, schillernde Feld der Verweigerung und Nonkonformität beachtet werden, das den alltäglichen Hintergrund auch des politischen Widerstands abgab und in dem sich für jedermann täglich die Entscheidungsfrage stellte, ob er sich der nationalsozialistischen Herausforderung unterwerfen oder aber seine eigene Identität auch auf die Gefahr hin, verfolgt zu werden, behaupten sollte.

⁹⁾ Eklatant apologetisch: Wolfgang Domarus, *Nationalsozialismus, Krieg und Bevölkerung. Untersuchungen zur Lage, Volksstimmung und Struktur während des Dritten Reiches*, München 1977; auch die bereits erwähnte Publikation des Instituts für Zeitgeschichte (Broszat, a. a. O.) entgeht der Gefahr der Überschätzung volksoppositioneller Reaktionen nicht immer.

II. Arbeiterparteien in der Illegalität

1. Abwehrversuche und Versagen 1933

Es hat lange kritische und selbstkritische Erörterungen über die Schwächen und Fehler der Arbeiterparteien gegeben, die mit ihrer Politik dem Nationalsozialismus zweifellos die Machtergreifung erleichtert haben. Vor aller Kritik muß jedoch zunächst die Feststellung stehen, daß keine politische Gruppierung den Nationalsozialismus so prinzipiell abgelehnt hat, wie die Arbeiterbewegung. Sie wußte sich darin in einer langen demokratischen und sozialistischen Tradition, die von ihrer Gegnerschaft gegen den wilhelminischen Obrigkeitsstaat über ihren außenpolitischen Pazifismus und bis zu ihrem Eintreten für die soziale Emanzipation der abhängig Beschäftigten reichte. Nie hat sie einen Zweifel daran gelassen, daß sie den Nationalsozialismus als antimarxistisch und antiliberal, diktatorisch und auf militärische Revanche sowie auf die politisch-gewerkschaftliche Entmündigung der Arbeitenden zugunsten des Bündnisses mit der alten sozialen Oberschicht ausgerichtet bekämpfen würde.

Die Immobilität von SPD wie KPD gegenüber dem Anwachsen des Nationalsozialismus und dessen endlichem Zugriff auf die Macht resultierte freilich daraus, daß beide Parteien in der Bestimmung des politischen Hauptgegners, in ihren strategischen Vorstellungen und ihren praktischen Handlungsmustern sich nicht von den Erfahrungen der Konstituierungsphase der Weimarer Republik lösen konnten. Die KPD verdeckte in Fortführung der Alternative „Räte-Deutschland oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie“ die spezifische diktatorische Qualität des Nationalsozialismus unter einer generellen Etikettierung des ganzen parlamentarischen Systems und aller — nichtkommunistischen — Parteien als „faschistisch“ und „sozialfaschistisch“¹⁰⁾. Die SPD glaubte — wie schon im Krisenjahr 1923 — durch Zugeständnisse an die bürgerliche Rechte die nationalsozialistischen Republikfeinde isolieren zu können, bis mit dem Ausklingen der wirtschaftlichen Krise Normalität und Sta-

bilität wiederhergestellt sein würden¹¹⁾. Für beide überwog die traditionelle Konkurrenz innerhalb des Arbeiterblocks gegenüber der gemeinsamen Bedrohung durch den Faschismus so sehr, daß selbst zeitweilige taktische Allianzen mit der NSDAP möglich waren¹²⁾, nicht aber mit dem sozialistischen Konkurrenten gegen die NSDAP.

Die Unfähigkeit, vor oder zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung einen massiven Widerstand der Arbeiterschaft zu organisieren, wie er beim Kapp-Putsch 1920 noch erfolgreich gewesen war, resultierte nicht nur aus der — jeweils verschieden begründeten — Unterschätzung des Nationalsozialismus durch KPD und SPD, im Gegensatz zu den realistischen Warnungen der kleinen linken Gruppen (SAP, KPO, ISK). Hinzu kam eine über die politischen Kontroversen hinausreichende soziokulturelle Spaltung des Arbeiterlagers, seit die Kommunisten konkurrierende Gewerkschafts-, Sport-, Kultur- und Jugendorganisationen aufgebaut hatten und gleichzeitig aus den sozialdemokratisch dominierten älteren Verbänden ausgeschlossen wurden. Nicht zuletzt wirkte sich die soziale Spaltung in erwerbslose und erwerbstätige Arbeiter aus, die schwerlich gemeinsam mobilisierbar waren¹³⁾. Schon vor 1933 war also die Zersplitterung der politischen Kultur der Weimarer Republik und die Zerklüftung der Arbeiterschaft weit über die Rivalität von Partei- und

¹¹⁾ Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Königstein/Ts./Düsseldorf 1979, S. 101—278; Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974.

¹²⁾ Die KPD nahm 1931 am Volksbegehren gegen die sozialdemokratische Regierung Preußens teil, das die NSDAP und die DNVP eingeleitet hatten. 1932 akzeptierte sie die Mitarbeit der NSDAP am Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der gegen das Votum der Gewerkschaftsführung zustande kam. In beiden Fällen läßt sich zwar von parallelen Aktionen, nicht aber von einer echten Allianz sprechen. Auch die zeitweilige Anpassung der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor dem 1. Mai 1933 an den nationalsozialistischen Kurs und die zweideutige Taktik der SPD-Reichstagsfraktion im Frühjahr 1933 resultierten aus einer Fehleinschätzung der Lage, nicht aber aus einer Annäherung an den Nationalsozialismus.

¹⁰⁾ Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932—1935, Frankfurt/New York 1976; Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929—1934, Berlin 1970.

Gewerkschaftsrichtungen hinaus fortgeschritten.

In beiden Parteien fehlte es nicht an Rufen zur Einheit und zur gemeinsamen Mobilisierung aller Kräfte gegen den Nationalsozialismus. Sie besaßen jedoch gegenüber der Eigendynamik der jahrelangen Parteienkonkurrenz und gegenüber der Unvereinbarkeit der strategischen Orientierungen der jeweiligen Parteiführungen keine Durchsetzungschance. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob eine einheitlichere Arbeiterbewegung dem nationalsozialistischen Ansturm hätte standhalten können. Eine letztlich nicht erfolgreiche geschlossene Abwehrreaktion der Arbeiter hätte zumindest ihre Anhänger vor jenem weit verbreiteten Gefühl der Depression, Hilflosigkeit und Wehrlosigkeit bewahrt, das sich nach der kampflosen Niederlage 1933 und der demütigenden Erfahrung des SA-Terrors in den Arbeitersiedlungen ausbreitete.

2. Organisierte Untergrundarbeit

Die Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterparteien vermochten sich zwar 1933 nicht zu einer großen demonstrativen Gegenaktion aufzuraffen, aber viele von ihnen nahmen Verbot und Verfolgung nicht passiv hin, sondern beteiligten sich an Widerstandsaktionen.

SPD

Der Parteiapparat der SPD zerfiel zwischen den Reichstagswahlen im März 1933 und dem endgültigen Verbot im Juni 1933¹⁴⁾. Nach dieser Phase der Unentschiedenheit mit Ansätzen zur Untergrundarbeit und Illusionen über legale Wirkungsmöglichkeiten formierten sich drei neue Initiativen zum Widerstand. Als erste fanden sich vornehmlich linke oppositionelle Sozialdemokraten zusammen, die sich in ihrer Kritik an der Vorstandspolitik bestätigt sahen

¹³⁾ Eva-Cornelia Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928*, Frankfurt/New York 1977; Oskar Negt/Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung. Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt 1976.

¹⁴⁾ Frank Moraw, *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie*, Bonn-Bad Godesberg 1973; Lewis J. Edinger, *Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945*, Frankfurt/Hannover 1960; Bärbel Hebel-Kunze, *SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1933 bis 1935*, Frankfurt 1977.

und eine Erneuerung des Sozialismus anstrebten. Sie gründeten bedeutende regionale Gruppen wie die Sozialistische Front im Raum Hannover oder den Roten Stoßtrupp in Berlin. Parallel dazu hielten an vielen Orten kleine und mittlere Partei-, Reichsbanner- und Gewerkschaftsfunktionäre Kontakt und bewahrten so einen lockeren organisatorischen Zusammenhalt. Seit dem Sommer 1933 versuchte dann auch der nach Prag emigrierte (SOPADE-)Parteivorstand über die Grenzsekretariate in Brüssel, Antwerpen, Karlsbad und anderen Orten Kontakte ins Inland zu knüpfen. Über solche Wege gelangten detaillierte Stimmungsberichte ins Ausland¹⁵⁾ und sozialdemokratische Schriften wie der „NEUE VORWARTS“ (sowie seine verkleinerte illegale Ausgabe „Sozialistische Aktion“) nach Deutschland.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, verzichtete die Sozialdemokratie auf den Aufbau formeller illegaler Massenorganisationen mit Zellen, Leitungen und Kassierung, die unweigerlich die Gestapo auf die Spur der Widerstandskämpfer geführt hätten. Statt dessen verließen sie sich auf die engen traditionellen Bindungen unter ihren Anhängern, die sich in nachbarschaftlichen Diskussionskreisen, Rundfunkzirkeln, Sportvereinen oder Konsumgenossenschaften weiter trafen. Dem lag eine nüchternunromantische Einschätzung der Widerstandsmöglichkeiten im Dritten Reiche zugrunde, aber auch ein großes Vertrauen in die Parteimitglieder, die ohne organisatorische Impulse der alten Gesinnung die Treue hielten. Während sich die vielfältigen informellen Kontakte bis 1945 hielten, zerschlug die Gestapo die meisten fester gefügten Gruppen und die an das Verteilernetz der „Sozialistischen Aktion“ angeschlossenen Lesezirkel bis 1935/36. Es gelang allerdings Julius Leber und seinen Freunden im Laufe des Krieges, von Berlin aus ein für die Gestapo kaum faßbares System lockerer Verbindungen zu örtlichen Vertrauensleuten im Reich aufzubauen, das sich bei einer Veränderung der Machtverhältnisse durch einen Militärputsch leicht hätte aktivieren lassen. Folgerichtig traten sie daher als Repräsentanten der Arbeiterschaft an den Kreisauer Kreis, die Goerdeler-Gruppe und an Stauffenberg heran.

¹⁵⁾ Aus diesen Informationen an die sozialdemokratischen Grenzstützpunkte entstanden die sogenannten „grünen Berichte“, die der SOPADE-Vorstand im Ausland veröffentlichten ließ und die eine der besten und präzisesten Informationsquellen über die Stimmung im Dritten Reich darstellen.

Schon vor 1933 hatten sich kleinere Gruppen wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) und die Kommunistische Partei Deutschlands — Opposition (KPO) von der SPD und KPD abgespalten und deren Immobilismus kritisiert¹⁶⁾. Mit ihrem engeren Zusammenhalt, ihrer geringeren Mitgliederzahl und dem hohen Grad an politischer Motivation konnten sie zunächst relativ geschlossen illegal weiterarbeiten. Gerade die Niederlage 1933 schien ihre These zu bestätigen, daß eine sozialistische Erneuerung der Arbeiterbewegung vordringlich sei. Diese Parole griffen auch Gruppen auf, die sich erst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung herausbildeten, wie der schon erwähnte Rote Stoßtrupp, die sogenannte Deutsche Volksfront in Berlin oder das Hannoveraner Komitee für proletarische Einheit¹⁷⁾. Zwei neu gebildete Gruppen hingegen versuchten, die sozialistische Rekonstruktion gleichzeitig illegal im Reich und im Exil zu forcieren: die Revolutionären Sozialisten Deutschlands unter Führung der bis 1935 noch im SOPADE-Vorstand vertretenen Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel und die Gruppe „Neubeginnen“ (genannt nach dem Titel einer im Sommer 1933 erschienenen Flugschrift¹⁸⁾). Alle diese linkssozialistischen Gruppen konnten zunächst einigen Einfluß erringen, aber ihr Kreis verengte sich mit der Konsolidierung der NS-Diktatur, als die Hoffnungen auf einen schnellen Umsturz schwanden. Ihre meisten Gruppen fielen bis 1938 der Gestapo zum Opfer.

¹⁶⁾ Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965; Jörg Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), Untergrund und Exil 1933—1945, Frankfurt/New York 1978; Werner Link, Die Geschichte des IJB und des ISK, Meisenheim 1964; Karlheinz Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), Meisenheim 1964.

¹⁷⁾ Rüdiger Gripenburg, Die Volksfronttaktik im sozialdemokratischen Widerstand gegen das Dritte Reich, Marburg 1969; Hans-Peter Riesche u. a. (Hrsg.), „Was soll man tun?“. Ein frühes Dokument aus dem kommunistisch orientierten proletarischen Widerstand. Hrsg. vom „Komitee für proletarische Einheit“ (1933), in: Arbeiterbewegung, Theorie und Geschichte, Jahrbuch 6, Frankfurt 1979, S. 185—226.

¹⁸⁾ Jutta von Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934 bis 1937, Köln 1973; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neubeginnen“, Marburg 1957.

Weil Gewerkschaften breite Zusammenschlüsse zur Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter sind, konnte es unter den Bedingungen des Gestapo-Terrors keine illegale Gewerkschaftsbewegung als Massenorganisation geben¹⁹⁾. Es war nur möglich, ein Netz von Vertrauensleuten aus ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären aufrechtzuerhalten. Diese Funktionäre informierten sich gegenseitig und bewahrten die Infrastruktur für eine zukünftige Reorganisation. Dies geschah sowohl von seiten der Einzelgewerkschaften, wie etwa der Eisenbahner²⁰⁾ und Hafendarbeiter, die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation unter dem engagierten Antifaschisten Edo Fimmen angeschlossen waren, oder der Bergarbeiter, die seit 1935 einen Arbeitsausschuß gebildet hatten²¹⁾, aber auch durch die in Berlin ansässige illegale Reichsleitung der Gewerkschaften (unter Wilhelm Leuschner) und durch die Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften (ADG) unter Hermann Schlimme²²⁾.

Der unmittelbar gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb waren die Arbeiter beraubt. Da aber die sozialen Konflikte auch weiter existierten, als man darüber nicht mehr reden durfte, brachen sich andere, spontane und unorganisierte Formen der Interessenvertretung Bahn (langsam arbeiten, Arbeitsplatzwechsel, individuelle Versuche zur Lohnerhöhung) und führten durch ihr massenhaftes Vorkommen zu manchem Zugeständnis durch die Unternehmer und das NS-Regime. Selbst solche NS-Organisationen wie die Deutsche Arbeitsfront (DAF) konnten nicht umhin, einige Arbeiterförderungen aufzugreifen.

KPD

Die KPD, die mit einem Parteiverbot, aber auch nicht mit Verfolgungen in dem dann erfahrenen Ausmaß gerechnet hatte, konnte ihre Organisationsstruktur relativ bruchlos,

¹⁹⁾ Kommunistische Initiativen, zu illegalen gewerkschaftlichen Massenorganisationen zu kommen, sind daher unter dem Zugriff der Gestapo schnell gescheitert.

²⁰⁾ Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967.

²¹⁾ Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933—1945, Frankfurt 1976, S. 210—230.

²²⁾ Ulrich Borsdorf, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 385 bis 414.

wenn auch mit großen Verlusten an Funktionalen schon im März/April 1933 in die Illegalität überführen²³⁾. Diese Organisation blieb trotz Unterbrechungen durch Verhaftungsserien bis etwa 1935 bestehen und umfaßte zeitweise bis zu 10 v. H. des Mitgliederbestandes von 1932. Insgesamt dürfte jeder zweite der 300 000 Kommunisten für einige Zeit mehr oder minder intensiv an illegalen Aktivitäten beteiligt gewesen sein. Zumindest für diese Anfangsjahre kann die KPD als Prototyp jener Kategorie von Widerstand gelten, in der sich eine Gruppe mit fester politischer Tradition gegen ihre Auflösung wehrt und im wesentlichen auf den bisherigen Denk- und Verhaltensmustern beharrt. Der Organisationswille, die außerordentliche Energie- und Risikobereitschaft der Kommunisten resultierten in erster Linie aus einem Gettosyndrom, in dem sich ultralinke politische Radikalisierung seit 1928, die durch Erwerbslosigkeit bedingte soziale Degradierung, Verbitterung und Isolierung der Parteimitglieder und eine durch die Erfahrung der Verfolgung verursachte psychologische Verhärtung vereinten, wie dies ein Aufruf der KPD-Bezirksleitung Niederrhein von Juni 1933 ausdrückte: „Je härter der Kampf, je zäher werden wir und hoffungsfroh sagen wir: Je eher kommt unser Sieg und um so schöner wird er sein!“²⁴⁾ Die KPD bewahrte ihre hierarchische Gliederung von der Zelle bis zum ZK, das die Organisation über eine Auslandsleitung (in Prag bzw. in Paris) mit Stützpunkten an der Grenze und — bis zu ihrer Verhaftung im März 1935 — über eine Inlandsleitung in Berlin straff kontrollierte. Über den Parteiapparat, Parallelorganisationen wie die „Technik“ (für die Herstellung und Verbreitung von Widerstandsschriften), den „Abwehrapparat“ (mit Abteilungen zur Betriebsspionage sowie zur „Zersetzung“ von NSDAP, Reichswehr, Polizei — und der SPD), die Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation (RGO), die Rote Hilfe, den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und andere Gruppierungen produzierte die KPD eine Fülle von Flugschriften, deren jährliche Gesamtauflage (zumindest bis 1935/36) die Million überstieg. Eine illegale Druckerei in Solingen-Ohligs stellte 1934

300 000 Schriften her, darunter alle zehn Tage etwa 10 000 bis 12 000 Exemplare des Zentralorgans „Rote Fahne“.

Diese illegale Massenarbeit, die unzählige Opfer kostete, weil sie der Gestapo verhältnismäßig viele Eingriffsmöglichkeiten bot²⁵⁾, lebte von der Hoffnung auf einen schnellen Umsturz. Sie konnte sich nach Verhaftungswellen ein-, zweimal reorganisieren, dann war das kommunistische Kräfte-reservoir jedoch erschöpft. Bis 1935 verfloß die Revolutionshoffnung und die Reintegration der bisher zu 90 v. H. erwerbslosen Kommunisten ins Arbeitsleben verbot allein schon aus Zeitgründen einem Parteimitglied die Fortführung jener aufwendigen Untergrundtätigkeit. Gleichzeitig zerstörte die politische Wende der kommunistischen Internationale zu einer realistischeren Situationsanalyse 1934/35 auch noch die bisherige Motivation zum offensiven Widerstand. Im Gegensatz zu den Behauptungen der DDR-Historiker führte die Einleitung der Volksfrontlinie also nicht zu einem Aufschwung des Widerstands, sondern zum Zerbröckeln seiner bisherigen Basis. Die Mehrheit der Mitglieder wollte sich nicht länger „verheizen“ lassen, und viele aktivistische Kader saßen hinter Gefängnismauern.

Daher ließ sich seit 1936 nur noch ein lockeres Informantennetz der KPD-Auslandsleitungen in den angrenzenden deutschen Gebieten aufrechterhalten, während die Masse der Mitglieder in informellen Freundeskreisen von Kollegen und Nachbarn ungefährdete Kontakte bewahrte und sich gegenseitig in der Gesinnung bestärkte.

Der von 1936 bis 1939 auf kleinerer Stufenleiter weitergeführte kommunistische Widerstand erlosch unter dem Eindruck des Hitler-Stalin-Paktes, der kriegsbedingten Zerstörung von illegalen Verbindungen und der Blitzkriegseuphorie eines Teils der deutschen Bevölkerung fast vollständig. Erst nach dem deut-

²³⁾ In manchen Erinnerungen, aber auch in der zeitgeschichtlichen Literatur werden die Massenverhaftungen von Kommunisten oftmals auf das Spitzelwesen zurückgeführt. Dies ist meines Erachtens nur bedingt richtig: sicher gab es, ähnlich wie in manchen anderen Untergrundorganisationen, auch in der KPD Spitzel. Das besondere Ausmaß der Verhaftungen aber hatte zwei naheliegendere Ursachen: zum einen den außerordentlichen Umfang der kommunistischen Widerstandsaktivität in den ersten Jahren des Dritten Reiches, zum anderen den hierarchischen und verschachtelten Aufbau der Untergrundorganisation, der es der Gestapo erlaubte, gleich ganze Parteiorganisationen von oben nach unten oder umgekehrt „aufzurollen“.

²³⁾ Horst Duhnke, Die KPD von 1933—1945, Köln 1971; Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933—1939, Frankfurt 1974; Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933—1945, Phil. Diss., Bochum 1979.

²⁴⁾ Ebenda, S. 139.

schen Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurden die zwar eingefrorenen, aber nicht ganz aufgegebenen Kontakte reaktiviert. In Hamburg, Berlin, Mannheim, München, in Sachsen, Thüringen und im Rhein-Ruhr-Gebiet bildeten sich regionale kommunistische Organisationen und von Berlin wurde während des Krieges dreimal der Versuch unternommen, eine reichsweite Parteileitung zu konstituieren (1940/41 unter Arthur Emmerlich; 1941/42 unter Robert Uhrig, Alfred Kowalke und Wilhelm Knöchel; 1943/44 unter Anton Saefkow, Franz Jacob und Theodor Neubauer). Diese Reorganisationsansätze erreichten jedoch einen wesentlich kleineren Kreis als 1934/35; sie fielen Verhaftungsmaßnahmen zum Opfer, bevor sie sich weiter entfalten konnten.

Grenzen der Untergrundorganisation

In der Ausbildung illegaler Widerstandsbestrebungen lassen sich deutlich zwei Impulse unterscheiden, aus denen differierende organisatorische Konzepte erwuchsen: Besonders zu Beginn des Dritten Reichs dominierte der Wille, unter Anpassung aller Kräfte (und Inkaufnahme von Opfern) eine Bewegung zum schnellen Sturz Hitlers zu initiieren. Gleich, ob es sich um eine kommunistische Massenorganisation oder um Konzepte kleiner aktiver Kadergruppen handelte, wie bei manchen sozialistischen Richtungen, lag doch der Akzent auf formellen Organisationen und offensiver Aufklärungsarbeit durch Flugchriften.

Diese Widerstandsformen, die dem traditionellen Politikverständnis der Arbeiterbewegung verhaftet blieben, traten mit der Konsolidierung des NS-Regimes und den wachsenden Erfolgen der Gestapo immer mehr zugunsten vorsichtigerer Verhaltensweisen des Zusammenhalts zurück. Damit begann der zweite Hauptimpuls des deutschen Antifaschismus — die Bewahrung des Zusammenhalts und der Gesinnung — in den Mittelpunkt zu treten. „Schweijksche“ Überlebensstrategien, Versuche, im Kleinen zu helfen und im Alltag den nationalsozialistischen Zugriff abzuwehren, vollzogen sich nicht in organisatorischen Grenzen, blieben nicht auf den Sonderraum der Untergrundarbeit beschränkt. Solche informelle Resistenz mußte nicht unpolitisch sein, sondern konnte im Gegenteil den traditionell abgezielten Raum politischer Interaktion (Organisations- und Propagandaarbeit) überwinden und das Alltagsverhalten neu durchdringen. Die nationalsozialistische Penetration des Alltagslebens erforderte also von den Widerstandskämpfern eine abwehrende Politisie-

rung ihres eigenen Alltagsverhaltens. Es hat den Anschein, als ob es, ähnlich wie vor 1933, auch im Widerstand zunächst jene traditionelle geschlechterspezifische Arbeitsteilung gegeben hätte, die dem Mann die politischen, der Frau die häuslichen, sozialen, karitativen Aufgaben zudiktierte. Erinnernte Lebensgeschichten von Verfolgten scheinen aber darauf hinzuweisen, daß die Rolle der Frau im Widerstand wuchs, je mehr sich dieser auf die informellen, alltäglichen Bereiche konzentrierte.

Es ist allerdings — wie bereits erwähnt — methodisch außerordentlich schwierig, zwischen der bewußten Entfaltung informeller Widerstandskonzepte und dem resignativen Rückzug ins Private zu unterscheiden. Sicherlich stand für die meisten ehemaligen Mitglieder der Arbeiterparteien die Erfahrung, entscheidender politischer Artikulations- und Wirkungsmöglichkeiten enthoben zu sein, im Mittelpunkt. Dennoch wäre es unangemessen, den Rückgang formeller Widerstandsorganisationen nur als Resignation und nicht auch als die Erschließung neuer, den Bedingungen des Dritten Reichs angepaßterer Formen des Protestes und der Verweigerung zu begreifen. Nur so läßt sich die Energie und die Hoffnung erklären, die überlebende Kämpfer der Arbeiterbewegung 1945 erfüllte, obwohl sie teilweise ein Jahrzehnt lang von politischer Betätigung im engeren Sinne durch Inhaftierung oder Überwachung ausgeschlossen worden waren.

Was sich unter dem Druck des NS-Terrors nicht voll entfalten konnte — der Erneuerungswille der Arbeiterbewegung und die Bereitschaft, über die traditionellen Parteigrenzen hinaus zu kooperieren —, zeigte sich in der langen, beinahe vergessenen spontanen Bewegung der Antifaausschüsse in nahezu allen deutschen Regionen im Frühjahr 1945²⁶⁾. In der kurzen Zeit bis zu ihrer Unterdrückung oder Kanalisierung durch Besatzungsprärogative in West und Ost manifestierten sie den Entwurf einer nationalen und demokratisch-sozialistischen Erneuerung aus dem Widerstand heraus. Wo ihre programmatischen Vorstellungen sich über die drängendsten Erfordernisse des Tages hinaus konkretisieren konnten, wurden Umriss einer Republik deutlich, die durch demokratische Selbst- und Mitbestimmung und eine gesellschaftliche Umgestaltung im Sinne des Sozialismus charak-

²⁶⁾ Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

terisiert waren. Die Geschichte der Antifas 1945 weist die Legende von der Stunde Null, in der das deutsche Volk nur aus passiven Besiegten bestanden hätte, zurück. Sie stellt das Bindeglied zwischen Widerstand und Exil auf der einen, Neuaufbau der deutschen Institutionen und Verfassungsberatungen auf der anderen Seite dar.

Die ideelle und moralische Bedeutung antinazistischer Bestrebungen in Gruppen der deutschen Arbeiterbewegung und in breiten Schichten der Arbeiterschaft hervorzuheben, ist historisch genau so notwendig, wie auf ihre letztlich geschichtliche Wirkungslosigkeit zu verweisen. Der Arbeiterwiderstand hat das NS-Regime zu keiner Zeit ernsthaft gefährdet, weder in seiner organisierten Form von 1933 bis etwa 1935 (und teilweise während des Krieges) noch in seinen spontanen Äußerungen in den alltäglichen Konflikten um Lohn, Arbeit und Brot.

Allerdings muß bedacht werden, daß das NS-Regime sich zwar bis zu seinem militärischen Ende im Mai 1945 halten konnte, dennoch aber in seiner Geschichte mehrere tiefgreifende Krisen durchlebte, die es ernstlicher bedrohten, als dies im Rückblick erscheint. Erinert sei an den sogenannten Röhms-Putsch 1934, die Sudetenkrise 1938 oder den 20. Juli 1944. In solchen Situationen gab es Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umwälzung: Unzufriedenheit der Bevölkerung, Krise der politischen Führung und zumindest 1938 und 1944 ein militärisches Potential, das dem NS-Staat gewachsen sein mochte. Der 20. Juli 1944 war schon im Ansatz gescheitert, aber sowohl die organisatorischen Vorbereitungen der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kommunistischen Führer 1944 wie die spontanen Antifa-Initiativen 1945 weisen auf ein gewisses Aktionspotential der Arbeiterbewegung hin.

Wir wissen, daß ein Teil der militärischen Verschwörer den Demokratievorstellungen der Arbeiterbewegung fremd gegenüberstand. Aber selbst ein zwar erfolgreicher, aber zunächst bei den begrenzten Zielen der Militärs verharrender Umsturz hätte demnach aus dem Kreis der Arbeiterbewegung eine breitere spontane Massenbewegung nach sich gezogen. In einer solchen Umbruchsituation ließen sich die Anstrengungen, die bisher auf die Bewahrung der geistigen Tradition und des persönlichen Zusammenhalts und auf Entwürfe für eine Nachkriegsordnung gerichtet waren, aktivieren und zur Erkämpfung eines größeren Ak-

tionsraums für die Arbeiterbewegung nutzen. Nicht anders entwickelte sich übrigens die italienische Resistenza nach dem Sturz Mussolinis durch den faschistischen Großen Rat im Sommer 1943. In diesem Sinn umriß der Arbeiterwiderstand auch ein Demokratiepottential, das auf die Stunde seiner Entfaltung in der Krise des NS-Regimes wartete.

Eine Gesamtwürdigung des Arbeiterwiderstands müßte also von der Bewahrung der demokratisch-sozialistischen Tradition über die alltäglichen Formen nicht angepaßten Verhaltens und hartnäckiger Verteidigung legitimer sozialer Interessen bis hin zu den Ansätzen illegaler Organisation, antinazistischer Aufklärung durch Wort und Schrift und zur Vorbereitung eines demokratischen Neuanfangs gespannt werden. Sie dürfte weder vergessen machen, daß aktives Handeln unter den Bedingungen des NS-Terrors das Geschäft von Minoritäten bleiben mußte, noch daß alle Formen breiterer und offensiverer nationaler Résistance, auf die die Völker Westeuropas zu Recht stolz sind, zumindest in Keimformen auch in Deutschland vorhanden waren.

Widerstand im Exil

1933 setzte ein breiter Strom politisch und rassistisch verfolgter Deutscher ins benachbarte Ausland ein. Oft wird zwischen Exil und Widerstand eine scharfe Trennungslinie gezogen. Aber die Exilorganisationen wirkten auf mannigfache Weise ins Reich zurück, sei es, daß die schon erwähnten politischen oder gewerkschaftlichen Auslandsleitungen dem innerdeutschen Widerstand eine Infrastruktur und Rückzugsmöglichkeiten zur Verfügung stellten, sei es, daß sie Informationen und politische Stellungnahmen ausarbeiteten und verbreiteten. Die Exildeutschen arbeiteten unter schweren materiellen Bedingungen, oft vom Gastland kaum geduldet²⁷⁾. Dennoch besaßen sie Möglichkeiten zur offeneren Diskussion, zur Publikation und zum Zusammentreffen unterschiedlicher Richtungen, die es ihnen erlaubten, eine weitaus größere Kommunikationsdichte und theoretische Reichweite zu erlangen als die meisten den Zufällen der Verfolgung unterworfenen Diskussionsgruppen im Inland. Trotz unvermeidlicher Emigrantenquerelen bleibt die Fülle literarischer und poli-

²⁷⁾ Siehe u. a. Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940 bis 1945, Hannover 1968; Hans Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933—1950, Band 1 u. 2, Darmstadt/Neuwied 1972.

tischer Entwürfe des Exils beeindruckend. Nicht zuletzt die Künstler und Schriftsteller übernahmen eine Stellvertreterfunktion für die in Deutschland mundtot gemachte demokratisch-humanistische Kultur. Das Klima dieser Diskussionen aber wurde entscheidend von den Impulsen der sozialistischen Arbeiterparteien und von den zeitweiligen Hoffnungen, die sich an die Volksfrontidee knüpften, bestimmt²⁸⁾. Das pathetische Wort vom „anderen Deutschland“ hat also angesichts der Leistungen des Exils seine Berechtigung. Um so bitterer stimmt, daß die deutsche Nachkriegsgesellschaft nur so selten daran anknüpfte.

3. Politische Neubesinnung

Die Erfahrung der Niederlage von 1933 hatte sowohl im Inland wie unter den Exildeutschen die Bereitschaft geweckt, ihre eigene politische Vergangenheit selbstkritisch zu überdenken und zu einem neuen, kooperativen Verhältnis zu den anderen politischen und ideellen Gruppierungen zu kommen²⁹⁾.

Solche Diskussionen begannen schon im Frühjahr 1933 in der Sozialdemokratie mit der kritischen Untersuchung des Scheiterns des Weimarer Verfassungskompromisses und der defensiven sozialdemokratischen Politik der Krisenjahre vor 1933. Damit wurde unter Führung der linkssozialistischen Gruppen die Grundlage für eine Neuorientierung der SPD gelegt. Drei Etappen lassen sich hier unterscheiden: erstens die Fehlerdebatte von 1933/34 (von der Flugschrift „Neubeginn“ bis zum „Prager Manifest“ des SOPADE-Vorstands; zweitens die Konzentrationsdebatte von 1937/38, in der die sozialistischen Gruppierungen einen ersten vergeblichen Anlauf zur Vereinigung machten; drittens die Diskussionen der Kriegsjahre in der Berliner Illegalität, dem Exil in Schweden, der USA und bei der „Union Deutscher Sozialistischer Gruppen in Großbritannien“. Ihre Themen waren das Versagen der SPD 1918, die alten politischen und sozialen Eliten aus der Macht zu verdrängen, die Unfähigkeit, die politische Demokratie um die soziale Demokratie zu ergänzen, und der Verzicht auf eine offensive Verteidigung der Republik gegen ihre Gegner. Das projektierte

neue Deutschland sollte diese Fehler vermeiden.

Aus der Erfahrung der gemeinsamen Verfolgung und des zwar selten koordinierten, aber doch im Hauptziel gleichgerichteten Widerstands erwuchs auf diesem Boden ein demokratischer Konsensbegriff, der den Pluralismus der politischen Kräfte nicht als unvermeidliches Übel, das zu Koalitionen zwingt, abwertete, sondern als Einheit der antinazistischen Strömungen unter Anerkennung ihrer je verschiedenen Traditionen und Interessen ansah.

Auch die kommunistische Bewegung — und mit ihr die KPD — machte angesichts der faschistischen Diktatur einen Lernprozeß in Richtung auf eine größere Kooperationsbereitschaft durch. Er darf noch nicht deswegen als bloß taktisch abgewertet werden, weil er auch dem außenpolitischen Kalkül der UdSSR entsprach und dementsprechend in anderer historischer Konjunktur (1939; 1948) revidiert werden konnte. Nicht nur die heute gegenüber Moskau eigenständige kommunistische Bewegung in einigen westeuropäischen Ländern, die sich auf die Traditionen der Résistance beruft, sondern auch die Praxis deutscher kommunistischer Antifaschisten in den dreißiger und vierziger Jahren, deren Einfluß durch die Massenrepressalien 1937/38 und 1948/53 seitens der KPdSU zurückgedrängt wurde, lassen die strategische Wende der Kommunisten als ernst zu nehmenden ersten Schritt in einem (dann durch die KPD/SED gestoppten) Lernprozeß erscheinen: Die Parteikonferenzen der KPD von Brüssel 1935 und Bern 1939, auf denen sie sich zur Einheits- und Volksfront sowie zur demokratischen Republik bekannten, waren nicht nur taktisches Kalkül der Führung, sondern drückten eben auch die historischen Erfahrungen der auf den Konferenzen anwesenden kommunistischen Widerstandskämpfer aus dem Reich aus. Am Ende eines solchen längeren Lernprozesses hätte nach dem Entwurf vieler Widerstandskämpfer eine geeinte, nationale, unabhängige, demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung stehen sollen³⁰⁾.

Daß diese historischen Prozesse durch die Realitäten des Kalten Krieges abgebrochen wurden, spricht nicht gegen ihre zeitweilige Wirksamkeit. Es darf auch nicht übersehen werden,

²⁸⁾ Ursula Langkau-Alex, *Volksfront für Deutschland?*, Bd. 1, Frankfurt 1977.

²⁹⁾ Detlev Peukert, *Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 11/1977, S. 1367–1886.

³⁰⁾ Hierzu liefern die unveröffentlichten Erinnerungen Herbert Wehners von 1946 eindringliche Schilderungen.

daß die Begeisterung deutscher Kommunisten für das Sowjetmodell zunächst noch nicht durch die Erfahrung der Stalinschen Massenmorde erschüttert worden war. So boten die kommunistischen Bekenntnisse zur antifaschistischen Kooperation auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage bei aller berechtigten Vorsicht gegenüber der Ambivalenz und Reversibilität solcher Angebote eine Chance zur Stärkung der Front gegen Hitler, die es zu nutzen galt. Sie wurde selbst von Teilen der Verschwörer des 20. Juli 1944 und von einem Teil der in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Generale, die dem Nationalkomitee 'Freies Deutschland' oder dem Bund Deutscher Offiziere beitraten, aufgegriffen. Nicht anders als in Frankreich oder Italien umfaßte in den Jahren 1945—1947 auch in Deutschland der „Verfassungsbogen“ der antifaschistischen Parteien die Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen, Christdemokraten und einen Teil

der Konservativen. Die Erfahrungen des Kalten Krieges, die Hatz auf Oppositionelle seitens der stalinisierten SED und die Verfolgungen im Zuge des KPD-Verbots in der Bundesrepublik zerstörten diese Tradition. Das ändert aber nichts daran, daß sie einmal ihre Bedeutung hatte.

Sicherlich wäre es falsch, eine gerade Kontinuitätslinie zwischen den Verfassungsplänen des deutschen Widerstands und den Beratungen der Länderverfassungen und des Grundgesetzes nach 1945 zu ziehen. Die Situation im besetzten und sukzessive geteilten Deutschland unterschied sich denn doch erheblich von den Zukunftsvorstellungen der Widerstandskämpfer und Emigranten. Aber es ist dennoch unverkennbar, daß in die westdeutschen Verfassungen wesentliche Traditionselemente der Arbeiterbewegung, zumal des Arbeiterwiderstandes, eingegangen sind.

III. Verweigerung und Protest im Arbeiteralltag

1. Dimensionen der Alltagskonflikte

Während die ältere historische Literatur, insbesondere aber Schulbücher und Publizistik, immer wieder die scheinbar evidente Korrelation zwischen Wachstum der Arbeitslosigkeit und Wachstum der NSDAP-Wählerschaft hervorhoben, ist heute unbestritten, daß sich die Anhängerschaft der NSDAP vorwiegend aus den Mittelschichten und nur zu einem geringen Teil aus der Arbeiterschaft rekrutierte³¹⁾. Der Block der für die KPD und SPD abgegebenen Arbeiterstimmen (sowie der Arbeiterwähler im Zentrum) blieb bis 1933 im wesentlichen stabil, wenn sich auch innerhalb dieses Blocks eine Gewichtsverschiebung zugunsten des radikalen Parts abspielte.

Die Arbeiterpolitik des Dritten Reichs versuchte, Entmündigung und Mobilisierung der Arbeiter miteinander zu koppeln. Sie wollte die sozialen Konflikte einer kapitalistischen Industriegesellschaft dadurch beseitigen, daß sie die historisch gewordenen Interessenvertretungsformen wie Streiks, Tarifverhandlungen und Gewerkschaften verbot. Damit wurden zwar die Arbeiter ihrer Möglichkeiten zu

kollektiver Gegenwehr beraubt, nicht aber die Konflikte aus der Welt geschafft. Sie brachen sich nunmehr in neuen individuellen und spontanen Formen Bahn, in Unzufriedenheit, Langsamarbeiten, Arbeitsplatzwechsel usw. Insofern die Nationalsozialisten über die politische Entwaffnung der Arbeiter hinaus auf ihre Gewinnung in faschistischen Massenorganisationen zielten, mußten diese manche Forderungen der Arbeiter in demagogischer Absicht aufnehmen.

Statt der Abschaffung des Klassenkampfes im Sinne einer präventiven Pazifizierung der Heimatfront schon vor Kriegsausbruch, überlagerten sich nunmehr Rivalitäten innerhalb des NS-Herrschaftsapparates mit elementarem sozialem Druck von unten. In diesem Dickicht von Konflikten setzte sich ökonomische Entwicklungen wie die Erhöhung der Löhne bei Verknappung des Arbeitskräfteangebots nunmehr quasi naturwüchsig durch. Angetreten, eine diktatorische Ordnung in den industriellen Beziehungen zu schaffen, zerstörte der Nationalsozialismus vor allem die Instrumente zur rationalen (etwa tarifpolitischen) Konflikt austragung. Insofern hatte sich der Faschismus auch auf sozialpolitischem Gebiet unlösbar in den eigenen Widersprüchen verfangen, bevor noch der Kriegsverlauf dem Regime ein Ende setzte. Für die Arbeiterschaft bedeutete dies, daß sie trotz der politischen Entrech-

³¹⁾ Zusammenfassung der Forschungsergebnisse u. a. bei Eike Hennig, *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht*, Frankfurt 1977. Siehe auch den Beitrag von Jürgen W. Falter in diesem Heft.

tung und bürokratischen Reglementierung systemimmanente Möglichkeiten der Interessenartikulationen nutzen und die widerstreitenden Fraktionen und Zielsetzungen des NS-Regimes in einem gewissen Maße gegeneinander ausspielen konnte.

Auch nach 1933 konnte das NS-Regime entgegen dem propagandistischen Augenschein in der industriellen Arbeiterschaft keine aktive Unterstützung erlangen. Die internen monatlichen Lageberichte der Gestapostellen malten besonders für die Krisenmonate des Sommers 1934 und des Herbstes 1935 ein düsteres Bild „vorrevolutionärer“ Zustände³²⁾. Auch wenn man einige interessenbedingte Übertreibungen seitens der Gestapo in Rechnung stellt, dokumentieren sie doch eine tiefe Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem schleppenden Gang der Arbeitsbeschaffungsprogramme und den im Vergleich zu den auf niedrigstem Krisenniveau zunächst stagnierenden Löhnen besorgniserregenden Preisen für alltägliche Konsumgüter. Die entsprechenden Berichte dokumentieren übrigens, daß nicht die spektakulären zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramme Hitlers — wie Autobahnbau und Arbeitsdienst — die Arbeitslosigkeit und die Unzufriedenheit der Bevölkerung beseitigt haben, sondern sie belegen anschaulich über die ohnehin bekannten Statistiken hinaus, daß die Vollbeschäftigung erst in der zweiten Hälfte des Vierjahresplans, also im Gefolge hektischer Aufrüstung, eintrat.

Auch im Rüstungsboom der Jahre 1937—1939 und trotz des im Vergleich zum Ersten Weltkrieg hohen Lebensstandards während der ersten Kriegsjahre blieben der Unmut über die beengte soziale Lage der Arbeiterschaft und die Kritik zumindest an jenen Aspekten des Regimes, die den Ablauf des gewohnten Alltags beeinträchtigten (Unterdrückung der Meinungsfreiheit, der Religionsausübung ect.), konstante Berichtspunkte in den internen NS-Dokumenten³³⁾.

Zweifellos signalisieren diese Stimmungsberichte, daß das Propagandabild totaler Volks-

gemeinschaft nicht der Realität entsprach. Kritisch zu hinterfragen bleibt jedoch, ob die Stimmung eigentlich nur gemessen an diesem selbstgesetzten Idealbild so miserabel war, oder ob sie tatsächlich elementares antinazistisches Potential widerspiegelte. Wir wollen die Anzeichen dafür, daß der Nationalsozialismus insgesamt von weiteren Bevölkerungskreisen abgelehnt oder zumindest nicht aktiv unterstützt wurde, nicht anzweifeln. Aber ein Großteil der registrierten Mißstimmungen entsprang „normalem“ Alltagsverhalten, das erst durch den totalitären Machtanspruch des Nationalsozialismus zum abweichenden Verhalten wurde. Die Stimmungsberichte indizieren zwar Konfliktpotential, nicht aber unbedingt intentionalen Widerstand.

Etwas anders verhält es sich mit den 1937 bis 1939 eskalierenden Konflikten um Löhne und Arbeitsbedingungen in der Rüstungsindustrie. Hier stärkte der spürbare Arbeitskräftemangel die Marktposition des einzelnen Arbeiters, der durch Arbeitsplatzwechsel (oder die Drohung damit) eine übertarifliche Entlohnung erlangen konnte. Dadurch erreichten die Reallöhne 1938/39 in rüstungswichtigen Branchen ein Niveau, das über dem bisherigen Höchststand von 1928 lag. Solange die Rüstungsbetriebe untereinander um die knappen Arbeitskräfte konkurrierten, konnten staatliche Regulierungsmaßnahmen vom einzelnen Arbeiter relativ gefahrlos unterlaufen werden. Objektiv haben solche Arbeitsverweigerungen und Lohnforderungen der Aufrüstung geschadet. Eine — allerdings kleine — Minderheit weiterhin politisch aktiver Antifaschisten nutzte diese Kampfmittel für ihre Ziele. Wenn aber die nationalsozialistischen Behörden in vielen Fällen die Hypothese von den „roten Drahtziehern“ als wohlfeile Erklärung heranzogen, um nicht die systemimmanenten Widersprüche analysieren zu müssen, dann ist damit noch nichts über die tatsächliche Intention der meisten Beteiligten ausgesagt. Für diese handelte es sich einfach um den individuellen Versuch, sich auf dem Arbeitsmarkt so günstig wie möglich zu ‚verkaufen‘. Erfolge dürften wohl eher zu einer Aufwertung individualistischer („jeder ist sich selbst der nächste“) denn kollektiver („gewerkschaftliche Solidarität“) Verhaltensformen geführt haben. Die Erfahrung, daß sich individuelle Leistungen unter Ausnutzung der Rüstungskonjunktur bezahlt machen, während das Modell gewerkschaftlicher Interessenvertretung in der Weltwirtschaftskrise versagt hatte, trug langfristig eher zum Abbau von Klassenkampfdenkens bei. Auf dieser schwer

³²⁾ Die Publikation dieser im Geheimen Preußischen Staatsarchiv Berlin-Dahlem liegenden Lageberichte der preußischen Provinzen ist inzwischen mit zwei Bänden über Pommern begonnen worden; vgl. Broszat, a. a. O., sowie Peukert, Die KPD im Widerstand, a. a. O., S. 274—294.

³³⁾ Eine ausführliche Sammlung dieser Dokumente bei Mason, a. a. O.; Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939 bis 1944, Neuwied 1965.

faßbaren sozialpsychologischen Ebene scheint mir Mason die älteren Auffassungen Schoenbaums und Dahrendorfs über die — ungewollte — „Modernisierung“ der industriellen Beziehungen im Dritten Reich nicht völlig widerlegt zu haben ³⁴).

2. Ein neues Protestpotential: Jugendliche und Ausländer

Wer vom Arbeiterwiderstand im Dritten Reich spricht, darf nicht übersehen, daß im Laufe des Krieges beinahe jeder dritte Arbeitsplatz von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen besetzt wurde. Verhaftungen ausländischer Arbeiter wegen „Bummelei“, Arbeitsverweigerung oder Sabotage nehmen 1943/44 den Hauptanteil in den Verhaftungsstatistiken des Reichssicherheitshauptamts ein ³⁵). Da sich bei ihnen nationale, ideologische und soziale Konfliktmotive bündelten, bildeten die Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter nach dem Ausmaß ihrer illegalen Organisation, der Häufigkeit von Widerstandsakten und der Radikalität in der Zielsetzung die Hauptmasse der aktiven antinazistischen Kräfte in Deutschland während des Krieges. Erhalten gebliebene Programme illegaler Ausländergruppen wie der „Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ (BSW) im süddeutschen Raum beinhalten immer auch den bewaffneten Kampf bis zum Aufstand. Aus dem Kölner Raum sind für Herbst 1944 sogar partisanenähnliche Formationen ausländischer Arbeiter in Verbindung mit deutschen Deserteuren, Kommunisten und oppositionellen Jugendlichen belegt, die neben mehrstündigen Feuergefechten auch erfolgreiche Attentate auf den Kölner Gestapo-Chef und andere NS-Größen verantworteten ³⁶).

Fast vergessen ist auch ein Phänomen spontanen Jugendprotestes, das besonders im

³⁴) David Schoenbaum, *Die braune Revolution*, Köln/Berlin 1968.

³⁵) Von 2 090 Festnahmen der Gestapostelle für den Regierungsbezirk Köln im August 1943 entfielen auf die Bereiche: „Kommunismus/Marxismus“ 4, „Reaktion“ 90, „Widerstandsbewegungen“ 40, Kirchen 1, Juden 3, Wirtschaft 6, Umgang mit Ausländern 36, sonstige Straftaten 235, Arbeitsniederlegungen deutscher Arbeiter 53, Arbeitsniederlegungen ausländischer Arbeiter 1 620; nach: Bundesarchiv Koblenz, R 58/211.

³⁶) *Widerstand und Verfolgung in Köln 1933 bis 1945*. Katalog zur Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, Köln 1974; J. A. Brodski, *Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941 bis 1945*, Berlin 1975.

Rheinland auftrat, sich aber im Laufe des Krieges auf das ganze Reichsgebiet ausbreitete: die Banden der sogenannten Edelweißpiraten ³⁷). Ihre Geschichte kann als paradigmatisch für das Verhalten auch anderer Gruppen Jugendlicher im Dritten Reich angesehen werden. Diese spontane Bewegung vornehmlich von Arbeiterjugendlichen zwischen Schulentlassung und Wehrdienst entstand in den dreißiger Jahren aus Gruppen, die sich dem HJ-Dienst entzogen und ihre Freizeit selbstverantwortlich gestalten wollten. Dabei übernahmen sie für ihre abendlichen Treffs in Parks und Trümmergeländen und für ihre Wanderfahrten am Wochenende zwar bündische Kommunikationsformen (Kluft, Lieder, Fahrtenwesen). Sie knüpften aber weder personell noch ideologisch an die mehr bürgerlich bestimmten bündischen Traditionen an. Ihr Hauptziel einer selbstbestimmten Freizeitgestaltung entfernte sie zunächst nur von der HJ, um sie dann in Reaktion auf deren Repressionsmaßnahmen zu erbitterten Gegnern zu machen. Vom Protest gegen militärischen Drill und autoritäres Verhalten führte ein widersprüchlicher Weg zum Widerstand. Er äußerte sich in Überfällen auf HJ- und SA-Uniformierte oder NSDAP-Lokale, im Verbreiten antifaschistischer Losungen, im Sammeln und Verteilen alliierter Flugblätter und teilweise in der Zusammenarbeit mit deutschen Untergrundgruppen und Vereinigungen ausländischer Kriegsgefangener.

Die meisten Widerstandshandlungen jenseits der politischen Gruppen der Arbeiterbewegung sind ihrer Natur nach individuell gewesen. Unter dem Stichwort „Volksopposition“ faßten die NS-Quellen solche unterschiedlichen Akte wie das Weitererzählen politischer Witze und Gerüchte, das Abhören von ausländischen Rundfunkstationen und individuelle Hilfsaktionen für Verfolgte zusammen. Das Ausmaß solcher Volksopposition läßt sich nur schwer bestimmen. Weder kann man die Relation zwischen polizeilich ermittelten oppositionellen Akten und den unentdeckten Nonkonformisten angeben, noch läßt sich immer feststellen, ob das aktenkundige „Delikt“ einmaliger Natur war, also vielleicht einer vorübergehenden Verärgerung entsprang, oder aber nur die „Spitze eines Eisbergs“ permanent abweichen-

³⁷) Daniel Horn, *Youth Resistance in the Third Reich: A Social Portrait*, in: *Journal of Social History*, 7 (1973), S. 26—50; dazu erscheint 1980 im Bund-Verlag, Köln, meine Dokumentation: *Edelweißpiraten. Arbeiterjugend gegen HJ und Gestapo*.

den Verhaltens war. Dennoch illustrieren diese Fälle oftmals anschaulicher und lebensnäher als die Geschichte illegaler Widerstandszellen, vor welchen Konflikten der „kleine Mann“ stand, wenn es galt, einen aufrechten Gang zu bewahren.

Mißstimmung in der Bevölkerung, sozialer Druck mit politischen Auswirkungen und Akte der Volksopposition sprechen eindeutig gegen das NS-Propagandabild einer geschlossenen und fanatisierten Volksgemeinschaft. Dennoch bestand unter der Bevölkerung ein gewisser

Konsens mit dem Nationalsozialismus, beispielsweise in Fragen der Außenpolitik. Außerdem resignierten auch viele Unzufriedene und richteten sich innerhalb der ohnehin nicht beeinflussbaren Strukturen des Regimes ein. Als Gegenbild zur Volksopposition muß zudem auf das verbreitete Denunziationsunwesen hingewiesen werden. Ein differenzierteres Bild der inneren Lage im Dritten Reich und der Haltung der Arbeiterschaft wird daher verschiedene Abstufungen von Konformität wie Nonkonformität umfassen müssen.

IV. Zur didaktischen Darstellung des Arbeiterwiderstands

Der Darstellung des Widerstands als Teil der demokratischen Tradition in Deutschland gebührt schon deshalb ein besonderer Platz, weil er der Kontinuitätslinie der Kriege und Obrigkeiten die Kontinuität des Eintretens für den Frieden und die Demokratie zur Zeit ihrer schwersten Bedrohung in der deutschen Geschichte entgegengestellt. Aber nicht nur die Inhalte unserer Verfassungsordnung lassen sich aus dem Antifaschismus besser begreifen, auch der Ernst des demokratischen Neubeginns wird deutlich, wenn unter seinen Repräsentanten Männer und Frauen des Widerstands und des antifaschistischen Exils hervorgehoben werden. Gleichzeitig schärft die Konfrontation der deutschen Nachkriegsgeschichte mit den Zielsetzungen des Widerstands das Bewußtsein davon, daß wir noch in der Spannung zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit stehen und daß Gefährdungen des demokratischen Rechtsstaats auch heute schon in den Anfängen gewehrt werden muß.

Im Gegensatz zum Widerstand von Generälen und Kirchenführern, dessen historische Bedeutung nicht bestritten werden soll, kann die Geschichte des Arbeiterwiderstands, zumal auch Jugendlicher aus der Arbeiterschaft, den Lernenden näher an eine ihm vertraute soziale Lebenswirklichkeit heranführen und damit vermeiden helfen, daß die Geschichte des Widerstands in einer Art legitimatorischer Hagiographie erstarrt.

Widerstand aus dem Volk und im Alltag erlaubt gerade dann eine positive Identifikation, wenn er im örtlich vertrauten Rahmen oder zumindest durch das anschauliche Beispiel einzelner Personen repräsentativ wird. Selbst ein Interview mit einem noch lebenden Zeugen des Widerstands, das vom rein histo-

rischen Standpunkt oftmals gegenüber anderen Quellengattungen unergiebig bleiben mag, ist wegen seiner Anschaulichkeit und Unmittelbarkeit für Unterricht und öffentliche Medien hervorragend geeignet. Es wäre wichtig, solange noch solche Zeitzeugen leben, einen Fonds an Filmen und Videobändern mit Interviews anzulegen und für die didaktische Nutzung aufzubereiten.

Solange die nationalsozialistische Mythologie und Propaganda, wie der Hitler-Film von Joachim Fest gezeigt hat, noch das heutige Bild des Dritten Reichs weitgehend prägen, gewinnen die inzwischen zugänglichen authentischen Dokumente des Widerstands eine erhöhte Bedeutung. Noch immer gibt es kaum eine umfassende und anschauliche Dokumentation des deutschen Widerstands, kaum Sammlungen von Dokumenten, die über den engen Kreis von Fachwissenschaftlern hinaus zugänglich wären³⁵⁾. Wichtig wäre auch, Schlüsseltexte aus internen NS-Dokumenten, wie den SD-Meldungen aus dem Reich, so für die Schulen aufzubereiten, daß der Widerspruch zwischen Volksgemeinschaftspropaganda und innerer Realität im NS-Staat augenfällig würde.

Bisher hat man oftmals in dem Bemühen, die Verwerflichkeit totalitärer Machtentfaltung zu dokumentieren, ungewollt dem Mythos gefrönt, das Dritte Reich wäre ein Ausbund an Effektivität, hierarchischer Ordnung und „Triumph des Willens“ gewesen. Eine solche Darstellung ist nicht nur von der historischen Forschung inzwischen überholt, sie birgt auch die Gefahr, daß Schüler auf die von den National-

³⁵⁾ Focke/Reimer, a. a. O.

sozialisten demonstrierte „Ästhetik der Macht“ hereinfallen. Demgegenüber kann ein alltagsorientierter Unterrichtsansatz, der die Sozialgeschichte des Dritten Reichs einbezieht, aufzeigen, wie unfähig die nationalsozialistische Polykratie gewesen ist, rationale Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln, und so zur Entmythologisierung des Faschismus beitragen.

Die Beschäftigung mit der sozialen Wirklichkeit im Dritten Reich, den alltäglichen Pressionen und den Versuchen, dem Anpassungsdruck zu widerstehen, kann auch die in Teilen der Jugend wieder verbreiteten vagen Illusionen über materielle Besserstellung und sozialen Aufstieg, wie sie sich etwa an die Arbeitsbeschaffungs- und Autobahnlegenden knüpfen, in Frage stellen.

Es hat sich gerade in der Diskussion über den Film „Holocaust“ gezeigt, daß die Präsentation eines emotional nachvollziehbaren Beispiels weitaus eindringlicher wirkt als trockene Dokumentationen oder die statistische Auflistung von Millionen NS-Opfern. Eine didaktische Beschränkung auf die Darstellung einzelner Terrorakte in der engeren Heimat der Schüler und auf das emotional nachvollziehbare Schicksal einzelner Personen wird daher anzustreben sein. Ähnliches gilt für eine didaktische Herleitung der Bedeutung der Grund- und Menschenrechte aus konkret erfahrbaren Situationen, in denen sie durch den Faschismus verletzt worden sind.

Es ist eine alte Maxime, die Problematik des Widerstands an Beispielen jugendlicher Antifaschisten dem Schüler näherzubringen. Wie weit das dabei häufig gewählte Schicksal der Geschwister Scholl dem Erfahrungshorizont eines heutigen 14—16jährigen entspricht, sei dahingestellt. Zumindest dürften die Anknüpfungspunkte bei den erwähnten Protestbewegungen der dem Schüler gleichaltrigen jugendlichen Oppositionellen, denen es primär um die Gegenwehr gegen den HJ-Drill und um eine selbstgestaltete Freizeit ging, größer sein³⁰⁾.

³⁰⁾ Hans Jochen Markmann, Widerstand und Verfolgung von Jugendlichen und Kindern in der Zeit des Nationalsozialismus (1939—1945) im Unterricht, Pädagogisches Zentrum Berlin 1979.

An Personen des Widerstands können nicht zuletzt positive Gegenbilder sozial verantwortlichen Handelns (bei aller zu beachtenden Vielfalt der Motive, Werthaltungen und Äußerungsformen) gekennzeichnet werden. Über die sicher notwendige Aneignung von Kenntnissen hinaus können dabei auch einer Demokratie gerechte Vorbilder und Werte vorgestellt werden. Gerade eine erfahrungsorientierte Didaktik des Widerstands könnte sich hiermit auch affektive Lernziele setzen.

Da weder der ganze Arbeiterwiderstand im Schulunterricht behandelt werden kann noch — auch nur zu dessen Gunsten — auf die Darstellung anderer antifaschistischer Bestrebungen (christlicher, militärischer und bürgerlicher Widerstand) verzichtet werden darf, stellt sich die Frage nach der Auswahl und der thematischen Einordnung. Will man den Widerstand in seinen verschiedenen Komponenten, seinen Grenzen und Wirkungsmöglichkeiten darstellen, böte sich an, von einem Brennpunkt der Entwicklung (entweder der Machtergreifungsphase oder der Zeit um den 20. Juli 1944) auszugehen und von hier aus das Zusammenwirken bzw. die fehlende Koordination der verschiedenen Strömungen darzustellen. Besonders der 20. Juli 1944 böte nicht nur die Gelegenheit, die konservative und militärische Opposition vorzustellen, sondern auch die gleichzeitigen sozialdemokratischen und kommunistischen Bestrebungen, die Stimmung der Bevölkerung, die Lage in den Betrieben und das Aufbegehren der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen.

Eine andere Möglichkeit der Darstellung wäre, eine soziale Gruppe oder einen Verhaltenskomplex durch die verschiedenen Formen des Widerstands hindurch zu verfolgen, beispielsweise das Verhalten der Jugend im Bereich sozialistischer, kommunistischer, katholischer Strömungen, der Bündischen Bewegung genauso wie der spontanen Edelweißpiratengruppen und solcher studentischer Gruppen wie der Weißen Rose vergleichend darzustellen. In allen Fällen jedoch sollten die Vielschichtigkeit und der Pluralismus antifaschistischen Verhaltens ebenso zum Ausdruck kommen wie ihre grundlegende Gemeinsamkeit, die den Verfassungskonsens von 1949 prägte.

Deutsch-amerikanische Schulbuchrevision

Die Notwendigkeit, nationale Stereotypen abzubauen, haben viele sogar vor dem Zweiten Weltkrieg erkannt, als Gespräche zwischen französischen und deutschen Historikern stattfanden. Nach dem Krieg waren es vor allem zwei große staatliche Organisationen, die UNESCO und der Europarat, die neben ihren vielen anderen kulturellen Aufgaben erheblich dazu beitrugen, die Schulbuchverbesserung in Europa auf eine breite und solide Basis zu stellen¹⁾. Überzeugte Träger dieser Idee in Deutschland wurden zunächst die Geschichtslehrerverbände und der erste Leiter des Ausschusses für Geschichtsunterricht, Professor Dr. Georg Eckert, der sich seit 1949 bemühte, die abgebrochenen internationalen Kontakte wieder aufzunehmen und Tagungen mit ausländischen Kollegen „in freier Diskussion und im Geist wahrer Toleranz“ durchzuführen²⁾. So entstanden die ersten Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit den Geschichtslehrerverbänden Frankreichs, Großbritanniens und Dänemarks.

In diesem Beitrag möchte ich mich aber auf die deutsch-amerikanische Schulbuchrevision beschränken, die bereits Gegenstand von sechs Historikerkonferenzen war, und zwar 1952, 1955, 1960, 1961, 1963 und 1967.

Diese Gespräche werden nun nach einer Pause von zwölf Jahren in dem nach seinem verstorbenen Gründer benannten Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig wiederaufgenommen. Eine Tagung dürfte noch in diesem Jahr unter der Leitung des neuen Institutsdirektors, Professor Dr. Karl Ernst Jeismann, stattfinden. Als Amerikaner begrüße ich die Wiederaufnahme des Dialogs. Ich bin aber der Auffassung, daß die Konferenzen nicht nur in Braunschweig stattfinden sollen. Sie müssen auch in Amerika abgehalten werden, möglichst in New York, um die Teilnahme von amerikanischen Schulbuchautoren und Schulbuchverlagen zu erleichtern.

Vorarbeiten für die neue Runde sind bereits im Gange. Die deutsche Botschaft in Wa-

shington hat sich etwa zwanzig Geschichtslehrbücher beschafft, die zur Zeit in den Schulen New Yorks, Chicagos und San Franciscos verwendet werden. Diese sind dem Georg-Eckert-Institut zur Begutachtung geschickt worden. Gleichzeitig besorgt das Institut die in den Gymnasien am häufigsten gebrauchten Schulbücher für Geschichte. Demnächst werden amerikanische Experten vom Institut gebeten, Gutachten über die deutschen Bücher zu erstellen. Deutsche Experten werden die amerikanischen Lehrbücher bewerten. Die Gutachten werden dann die Grundlage für die Diskussion in den kommenden Konferenzen bilden, wobei ich vorschlagen möchte, ausgewählte amerikanische Bücher auch von amerikanischen Experten und deutsche Bücher auch von deutschen Experten begutachten zu lassen, denn oftmals kommt die schärfste Kritik aus den eigenen Reihen, und ich habe den Eindruck aus früheren Konferenzen, daß amerikanische Experten einige deutsche Bücher zu milde kritisiert haben, was natürlich umgekehrt auch gilt. Der Sinn dieser Diskussion besteht nicht nur darin, Empfehlungen zur Schulbuchrevision zu formulieren, sondern das Problembewußtsein der Konferenzteilnehmer auch den Schulbuchautoren nahezubringen.

Die Durchsetzung der Empfehlungen kann das Georg-Eckert-Institut natürlich nicht gewährleisten. Es kann und wird die Empfehlungen den Kultusministerien sowie auch den Schulbuchautoren und Verlagen in Deutschland zur Verfügung stellen. Es kann deren Anwendung aber nicht erzwingen. Die Durchsetzung in Amerika stellt sich als langwieriger dar; denn während in Deutschland elf Kultusministerien über Schulbücher zu befinden haben, spielt sich diese Auswahl der Bücher in Amerika sogar auf Gemeindeebene ab: In 50 Staaten mit tausenden von Schulsystemen wird die Wahl der Schulbücher frei getroffen. Eines muß in diesem Zusammenhang betont werden: Die internationale Schulbucharbeit steht und fällt mit dem Prin-

¹⁾ Otto Ernst Schüddekopf, Zwanzig Jahre Schulbuchrevision in Westeuropa 1945—1965, Braunschweig 1966, S. 19.

²⁾ Ebd. S. 25.

Überarbeitete Fassung eines Vortrages vor dem Rhein-Ruhr-Klub e. V. am 29. März 1979 in Düsseldorf.

zip der Freiwilligkeit, d. h. der Überzeugung der Geschichtslehrer. Und es ist gut so, denn Schulbuchautoren sollen unabhängig nach ihrer Überzeugung schreiben — und nicht unter Zwang.

Die Verbreitung der Empfehlungen in Amerika muß noch organisiert werden, denn eine amerikanische Institution von der Art des Georg-Eckert-Instituts fehlt.

Als Partner in den Konferenzen der fünfziger und sechziger Jahre trat die Kulturabteilung der amerikanischen Botschaft auf, nicht etwa ein Ausschub der American Historical Association (AHA), unser Geschichtslehrerverband, wie man vielleicht hätte erwarten können. Die AHA wird diesmal die Schirmherrschaft auch nicht übernehmen, obwohl sie bereit ist, die Ergebnisse zu publizieren. Andere Organisationen kommen unter Umständen in Frage, etwa der American Council on Germany, die Conference Group on Central European History, die Western Association for German Studies, der National Council for the Social Studies und, natürlich, die amerikanische Kommission für die UNESCO. Als ich im Dezember und Januar in Amerika war, habe ich mit Vertretern aller dieser Institutionen gesprochen und bin auf grundsätzliches Interesse gestoßen. Eine Mitträgerschaft von amerikanischer Seite halte ich für unerlässlich, denn diese Arbeit der Schulbuchrevision darf nicht als deutsches Unternehmen verstanden werden. Erfreulicherweise setzt sich die amerikanische Botschaft für die Wiederaufnahme der Konferenzen ein und wird bis auf weiteres als fester Partner des Georg-Eckert-Instituts fungieren. Ferner muß die Kulturabteilung des State Department, die International Communications Agency, erwähnt werden. Dort fand bereits im Februar dieses Jahres eine organisatorische Vorkonferenz unter Beteiligung der deutschen Botschaft in Washington statt. Eine zweite Vorkonferenz fand am 9. April statt. Unter den amerikanischen Teilnehmern befanden sich

Mr. Richard Straus,
Senior Advisor on Academic Exchange ICA,

Dr. Robert Leestma,
Associate Commissioner,
US Office of Education,

Professor Donald S. Detwiler,
Co-Chairman,
Committee for History in the Classroom
Southern Illinois University,

Professor Gerald R. Kleinfeld,
Western Association for German Studies,
Arizona State University,

Mr. Seymour Fersh,
American Association of State Colleges
and Universities,

Mr. John W. Hager,
Association of American Colleges,

Dr. William Pierse,
Executive Secretary,
Council of Chief State School Officers,

Dr. Owen Kiernan,
Executive Director,
American Association of Secondary School
Principals,

Mr. Benjamin Cox,
President,
National Council for the Social Studies,

Die deutschen Teilnehmer waren:

Dr. Ulrich Littmann,
Geschäftsführer der Fulbright-Commission,

Staatssekretär Prof. Dr. Freiherr von
Campenhausen,
Niedersächsisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst,

Frau Elfriede Hillers, M. A.,
Wiss. Mitarbeiterin des Georg-Eckert-Instituts
in Braunschweig,

Dr. Manfred Heid,
Goethe House New York,

Dr. Arnold Ebel,
DAAD New York.

Die Deutsche Botschaft war durch den Kulturattaché Frau Dr. Haide Russell und Herrn Legationsrat Dr. Rudolf Schmidt vertreten.

Neben den genannten Institutionen kann man mit der Kooperation von anderen Gruppen rechnen, die bereits in der Vergangenheit Schulbuchrevisionen in beschränktem Umfang durchgeführt haben. In Deutschland möchte ich auf die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Staatl. Studienseminare hinweisen, die jahrelang in der Akademie Eichholz in Wesseling bei Köln in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung der Amerikanischen Botschaft Seminare über amerikanische Literatur veranstaltete. Von besonderer Bedeutung war die Konferenz im April 1970, die die Möglichkeiten der Behandlung Amerikas im Geschichts- und Gemeinschaftskunde-Unterricht

zum Thema hatte³⁾. Bei diesem Seminar kam es darauf an, Einblicke in den Geist Amerikas zu geben und Anregungen über die Behandlung Amerikas im Unterricht der Gymnasien zu vermitteln. Während der Diskussion wies Erwin Helms auf die Bemühungen der Gesellschaft für Amerikastudien seit Ende des Zweiten Weltkrieges hin, Amerika im deutschen Schulunterricht besser zu repräsentieren, als dies früher der Fall gewesen sei. In diesem Zusammenhang seien die Arbeiten von Helms und Erich Angermann erwähnt. Ich werde noch darauf zurückkommen.

In Amerika wurde 1962 an der Southern Illinois University eine umfangreiche Arbeit von Kurt Glaser und Stanley Kimball unter dem Titel „Germany in the Light of American History Books“ verfaßt. Diese Arbeit ist ein herausfordernder Kommentar über die Behandlung Deutschlands im amerikanischen Unterricht, dargestellt anhand von zwölf Geschichtsbüchern, die ausführlich begutachtet wurden. Genau zehn Jahre später, im März 1972, fand an der Indiana University in Bloomington eine Tagung über das Thema „Wie Nachkriegsdeutschland im Unterricht in Amerika behandelt werden soll“⁴⁾ statt. Hier wurden Referate gehalten, jedoch weder Bücher systematisch diskutiert noch konkrete Vorschläge für eine Schulbuchrevision gemacht.

Nach dieser ziemlich langen Einleitung nun zur Sache: Warum überhaupt Schulbuchrevision? Einfach deshalb, weil stereotype und Klischeevorstellungen weder Amerika noch Deutschland dienen. Und gerade weil wir Verbündete sind, sollten wir besonders darauf achten, daß das Bild des anderen wahrheitsgetreu wiedergegeben wird. Man bedenke, daß die künftigen Träger der Industrie und der Politik in beiden Ländern ihre erste Begegnung mit dem anderen Partner in den jeweiligen Lehrbüchern machen werden. Bessere Lehrbücher wirken länger als das Umarmen von zwei Politikern, die der Welt zeigen wollen, daß sie Freunde sind. Diese Freundschaft baut vor allem auf Vertrauen und Respekt. Daher muß zunächst Sorge dafür getragen werden, daß Lehrbücher dieses

Vertrauen und diesen Respekt begründen, anstatt der neuen Generation alte Vorurteile einzuprägen. Dabei ist Kritik selbstverständlich angebracht; Schulbücher sollen nicht das beschönigen oder verniedlichen, was verwerflich war, aber sie sollen diese geschichtlichen Aspekte auch nicht überbetonen oder verallgemeinern. Hier geht es allerdings nicht nur um falsche oder tendenziöse Informationen in Schulbüchern, sondern vielmehr um die Auslassung von wichtigen Momenten, die zum Verständnis des anderen notwendig sind.

Zwar gibt es einige ausgezeichnete Bücher, deren Verbreitung nur befürwortet werden kann. Aber man soll sich nicht damit zufrieden geben, denn es gibt andere Lehrbücher, die dringend einer Korrektur bedürfen. So bemängelten amerikanische Teilnehmer in den früheren Konferenzen an deutschen Schulbüchern z. B., daß darin zuwenig über die amerikanische Kultur oder über den Einfluß amerikanischer Denker auf die deutschen Demokraten von 1848 stehe, statt dessen zu viel über Slums, Rassendiskriminierung und Vietnam-Krieg. Um ein konkretes Beispiel zu nennen, verweise ich auf das vielverwendete Buch „Grundriß der Geschichte für die Oberstufe“, das mir ziemlich oberflächlich und anti-amerikanisch in der Behandlung des Vietnam-Krieges erscheint. Dies läßt sich vielleicht dadurch erklären, daß die 3. Ausgabe, die mir vorliegt, aus dem Jahre 1970 stammt, als die Weltpresse das amerikanische Engagement in Vietnam anprangerte. Neun Jahre danach sehen die Dinge etwas anders aus, vor allem in Hinblick auf die Tausende und Abertausende von vietnamesischen Flüchtlingen, die ihr Leben auf kaum seetüchtigen Booten riskieren, um das sogenannte „befreite“ kommunistische Vietnam zu verlassen. Nun lesen wir, was deutsche Oberprimaner über das amerikanische Engagement in Vietnam lernen. Man verweist sie auf die amerikanischen Studentenunruhen der sechziger Jahre. Diese Unruhen, die sehr viel Gründe hatten, werden mit einem längeren Zitat vom DDR-Schriftsteller Havemann erklärt: „Dieser Krieg und alles, was in zynischer Offenheit in Presse und Fernsehen über ihn berichtet wurde, verwandelte die ganze politische Führung des Staates [also der USA] mit allen ihren salbungsvollen Reden in Heuchler und Lügner. Jedes große Wort, das diese Bosse in den Mund nahmen, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichberechtigung, Menschenwürde, Liebe,

³⁾ Möglichkeiten der Behandlung Amerikas im Geschichts- und Gemeinschaftskunde-Unterricht, Hrsg. von der Akademie Eichholz, Wesseling bei Köln, April 1970.

⁴⁾ Louis Helbig und Eberhard Reichmann (Hrsg.), Teaching Postwar Germany in America, Bloomington 1972.

alles wurde zur schamlosen Lüge in ihren verlogenen Mäulern. Von dieser Frustration zum Entschluß, den revolutionären Kampf gegen das ganze System ... aufzunehmen, war nur ein Schritt." ⁵⁾

Nun, ich war Student an der Harvard University in den unruhigen Jahren 1967—1970. Aus vielerlei Gründen war ich mit dem Krieg nicht einverstanden. Aber unsere Verwicklung dort war nicht, wie Herr Havemann uns vorwirft, von Heuchelei und Lüge bestimmt. Die Politiker, die Amerika in den Vietnamkrieg brachten, nämlich Kennedy, McNamara, Rusk und Johnson, waren keine „Bosse“. Doch kam es zu Verbrechen wie My Lai und zu Korruption auf verschiedenen Ebenen. Dennoch darf man nicht alles schwarz malen. Es gab legitime Gründe, und es war auch anständig zu versuchen, die beschränkten politischen und bürgerlichen Freiheiten in Südvietnam zu verteidigen. Man bedenke, daß, als 1954 die Staaten getrennt wurden, eine Million Menschen vom Norden in den Süden flüchteten — und nicht umgekehrt. Als freiheitsliebender Mensch fühle ich mich diesen Flüchtlingen verpflichtet. Viele waren Katholiken, die im Süden die religiöse Freiheit suchten. Nun wissen wir, daß nach der Unterwerfung des Südens durch den Norden 1975 auch diese beschränkten Freiheiten aufgehoben wurden. Nicht ohne Grund fliehen heute noch Vietnamesen. Und auch nach dem Abzug der Amerikaner hat es leider keinen Frieden in Indochina gegeben. Das Morden geht ohne uns weiter. Was lesen wir darüber in dem sehr verbreiteten Lehrbuch „Menschen in ihrer Zeit“ ⁶⁾? Es wird hier suggeriert, daß eine Großmacht bedenkenlos neue Waffen erprobte, um vor der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß keine andere Macht gewaltsam ihre Ziele erreichten könne; sodann werden die Friedensverhandlungen in Paris 1973 als „Zweites München“ bezeichnet. Mir leuchtet der Vergleich nicht ein, vor allem nicht, wer hier die „Guten“ und wer hier die „Bösen“ waren. Es wird auch nichts darüber gesagt, daß sich weder Nordvietnam noch der Vietkong an das Abkommen hielten. Vier Seiten später fragt man den Schüler: „Ist imperialistischer Militarismus die Konsequenz der Gesellschaftsordnung der USA? ... Wem nützt die Demokratie der USA? Hilft sie nur weni-

⁵⁾ J. Dittrich und E. Dittrich-Gallmeister, Grundriß der Geschichte für die Oberstufe, II. Die moderne Welt, Stuttgart 1970, S. 313.

⁶⁾ F. Lucas, H. Bodensieck, E. Rumpf, Menschen in ihrer Zeit, Bd. 6., S. 158 ff.

gen Familien, Banken und multinationalen Großfirmen, reich zu bleiben und weiter ausbeuten zu können? ... Wird im Ausland geheim und notfalls militärisch interveniert, wenn Rohstofflager und Absatzgebiete der Konzerne verlorenzugehen drohen? Wurde deshalb in Vietnam gekämpft?“ Diese Fragen werden im Text nicht beantwortet. Ich weiß nicht, ob der deutsche Oberprimaner uns Amerikaner als Imperialisten und Ausbeuter sieht oder sehen soll. Angesichts der komplizierten geschichtlichen Lage in Indochina wäre es aber zu wünschen, daß deutsche Lehrbücher künftig ihre knappe Behandlung des Vietnamkrieges nicht nur mit den Stimmen von Kritikern schmücken, sondern auch Hintergrundstudien ⁷⁾ berücksichtigen.

In der Schulbuchkonferenz von 1963 war der Vietnamkrieg noch kein aktuelles Thema. Andere Probleme — wie etwa die Behandlung der Revolution von 1848 — wurden besprochen. So sagte Edgar Rosen von der University of Missouri, er hielt es für sehr wichtig, daß die amerikanische Anteilnahme an der Bewegung von 1848 nicht übersehen werde. Die Rolle des amerikanischen Gesandten in Berlin, Donaldson, und die Tatsache, daß er Abschriften der amerikanischen Verfassung im März in den Straßen Berlins verteilen ließ ... solle in den Schulbüchern Erwähnung finden ⁸⁾. Ich stimme dieser Bemerkung voll zu. Auch in der Konferenz von 1955 war dieses für Deutschland und Amerika wichtige Thema diskutiert worden. Die Empfehlung besagt: „1848/49 spielte das amerikanische Verfassungsrecht in den Diskussionen der Frankfurter Nationalversammlung eine große Rolle. In politischen Broschüren jener Jahre finden sich zahlreiche Vorschläge, die amerikanische Verfassung ganz oder zum Teil als Vorbild für eine neue deutsche Verfassung zu benutzen. Diesem Einfluß ist es zum Teil zuzuschreiben, daß — schon vor dem März 1848 — die Konzeption eines deutschen Bundesstaates auftauchte, die sich zu einem gewissen Grade auf die Verfassung der Amerikanischen Union stützte, die mit der Verfassung des Deutschen Bundes verglichen wurde. Auf der Grundlage dieser bun-

⁷⁾ Etwa M. Conley, The Communist Insurgent Infrastructure in South Vietnam, Washington 1967, oder Henry Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf 1969.

⁸⁾ Elemente eines atlantischen Geschichtsbildes. Gutachten, Diskussionen und Empfehlungen der 5. amerikanisch-deutschen Historiker-Tagung in Braunschweig, November 1963, hrsg. von Georg Eckert, Braunschweig.

desstaatlichen Konzeption nach dem Vorbild der amerikanischen Verfassung versuchte die Paulskirchenversammlung, einen deutschen Bundesstaat zu errichten und eine Verfassung auszuarbeiten...“⁹⁾

In der Konferenz der Akademie Eichholz wurden 1970 andere Probleme angesprochen. So beschäftigte sich Erwin Helms mit den aufschlußreichen Abhandlungen von Peter Pistorius („Die Vereinigten Staaten von Amerika im Deutschen Schulbuch“) und Otto Ernst Schüddekopf („Die Vereinigten Staaten von Amerika im deutschen Geschichtsunterricht“). Er empfahl eine eingehendere Beschäftigung mit dem amerikanischen Puritanismus und seinen Auswirkungen auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellung der Amerikaner: „Da der Geschichtsunterricht dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Führungsmacht der freien Welt mit Recht große Aufmerksamkeit widmen soll, erscheint es angebracht, aufzuzeigen, daß die Wurzel ihres Führungsanspruchs in dem religiösen Sendungsbewußtsein der Puritaner zu suchen ist.“¹⁰⁾ Das Referat von Osborn Smallwood („Der Neger in der amerikanischen Gesellschaft heute“) war geeignet, die klischeehaften Vorstellungen in Deutschland über die amerikanischen Schwarzen zu beseitigen. Er stellte fest, daß man „in Deutschland übertriebene Vorstellungen von den Slums hat. Sie sind schlimm. Ich kenne sie, weil ich in Boston und New York freie juristische Beratung für die Armen gemacht habe. Doch sind arme Schwarze eine Minderheit unter den Schwarzen. Man muß immer wieder betonen, daß das Negerproblem in Amerika nicht so sehr ein Rassenproblem, sondern vielmehr ein Sozialproblem ist“¹¹⁾.

Nun komme ich zur Selbstkritik, d. h. zu einem Urteil über die amerikanischen Lehrbücher. Wie werden die Deutschen in unseren Schulbüchern behandelt? In einigen Büchern sehr fair. Wenn ich das Textbuch von Shepard Clough und Otto Pflanze, *European History in a World Perspective* 1975, kenne, so bin ich darauf sehr stolz.

Eine anderes Buch, „The Record of Mankind“ von Wesley Roehm und Morris Buske ver-

dient dieses Prädikat nicht, obwohl es sich bemüht, objektiv zu sein. Die Ära Adenauer und das Ziel der Wiedervereinigung werden verständnisvoll behandelt; es stimmt jedoch bedenklich, daß trotz der knappen Schilderung der Bundesrepublik Deutschland Kurt Georg Kiesinger als ehemaliger Nazi vorgestellt und daß die in der Bundesrepublik vollkommen unbedeutende NPD herausgestellt wird. Andere Schulbücher verdienen schärfere Kritik, obwohl ich mit Befriedigung feststellen muß, daß — seitdem ich Geschichte in High School und College in den sechziger Jahren studierte — eine Menge Klischees inzwischen beseitigt worden sind. Hier möchte ich mich auf das Gutachten von Professor Richard Dietrich über das Buch von Joseph Strayer und Hans Gatzke „The Course of Civilization“ berufen. In der Schulbuch-Konferenz von 1963 monierte er: „Was Preußen selbst betrifft, so wird Friedrich Wilhelm I. etwas zu stark als der Soldatenkönig herausgestellt.“¹²⁾ Friedrich der Große wird ein Vertreter des „aufgeklärten Despotismus“¹³⁾ genannt. Ferner wird die Entwicklung des Militarismus in Europa nur am deutschen Beispiel illustriert¹⁴⁾. In der Behandlung des Ersten Weltkrieges wird als Dokument eine Strophe aus dem „Haßgesang“ Ernst Lisauers abgedruckt, der aber erst nach Ausbruch des Krieges 1914 in der Kriegsstimmung verfaßt wurde und in Deutschland selbst auf Ablehnung gestoßen ist¹⁵⁾. Die Auswirkungen der Hungerblockade gegen Deutschland werden verniedlicht. Schuld an dem Hunger sei die schlechte deutsche Verteilung gewesen¹⁶⁾.

Bei anderen Büchern waren Auslassungen zu kritisieren, so etwa die Reformen des Freiherrn vom Stein und die liberale Gesetzgebung Bismarcks. Bedenken wurden auch gegen die Darstellung der Geistesgeschichte in den meisten Büchern geltend gemacht. Es ist doch merkwürdig, wenn die deutsche Klassik eigentlich nur mit Goethe und Schiller „besetzt“ wird. Über die Bedeutung der Klassik wird praktisch nie etwas gesagt. Bei der Erörterung der Romantik fehlen ebenfalls viele Namen, z. B. Herder. Bei der Moderne tauchen nur die Namen Thomas Mann und Hes-

⁹⁾ Deutschland und Vereinigten Staaten. Empfehlungen der zweiten amerikanisch-deutschen Historiker-Konferenz Braunschweig (23.—31. August 1955), in: Intern. Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Braunschweig 1956, S. 9.

¹⁰⁾ Möglichkeiten . . . , a. a. O., S. 6.

¹¹⁾ Ebd. S. 48.

¹²⁾ Elemente eines Atlantischen Geschichtsbildes, a. a. O., S. 62.

¹³⁾ Ebd. S. 54.

¹⁴⁾ Ebd. S. 63.

¹⁵⁾ Ebd. S. 64.

¹⁶⁾ Ebd. S. 65.

se auf. Warum nicht auch Rilke oder Hauptmann?

Diese Bemerkungen entsprechen durchaus meinen eigenen Erfahrungen mit Lehrbüchern. Auch die bereits erwähnte Studie von Glaser und Kimball deckt eine große Anzahl von Mißdeutungen und Auslassungen auf.

Walter Wallbank und Alastair Taylor sprechen in ihrer Arbeit „Civilization Past and Present“ von dem „Potsdam-„Führer“ — gemeint ist Friedrich Wilhelm I.¹⁷⁾ Bei Crane Brinton und John Christopher „A History of Civilization“ wird Preußen als „bewaffnetes Lager“ und die Armee als eine „gigantische Strafanstalt“¹⁸⁾ bezeichnet. Friedrich der Große sei „kaum aufgeklärt“ gewesen und hätte „eine durchaus mittelalterliche Gesinnung über das Verhältnis zwischen den Klassen“ besessen¹⁹⁾. Einschätzungen bzw. Urteile dieser Art wiederholen sich in den anderen elf Büchern.

In sämtlichen untersuchten Büchern fehlt überdies eine Auseinandersetzung mit dem Minderheitenproblem zwischen den Kriegen. Die Volksdeutschen in der Tschechoslowakei und Polen werden schlicht und pauschal als Fünfte Kolonne abserviert; kein Wort über das Selbstbestimmungsbestreben der Sudetendeutschen. Diese hätten die Kooperation mit den Tschechen verweigert, weil sie sich für besser gehalten und deshalb die liberale Prager Demokratie gesprengt hätten; kein Wort über die Sudetendeutschen Sozialdemokraten oder über den deutschen Widerstand gegen Hitler und den 20. Juli 1944.

Die Darlegung des Kriegsverlaufs hingegen geschieht in den meisten Büchern korrekt, allerdings werden die Folgen des Krieges nur sehr unvollständig benannt. Man vermißt eine Schilderung über die Vertreibung der über 3 Millionen Sudetendeutschen und 9 Millionen Reichsdeutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und weiterer Millionen aus Ungarn und Südosteuropa. Diese Beobachtung von Glaser muß ich unterstreichen, denn ich habe selbst im Geschichtsunterricht nie etwas über die Vertreibung der Deutschen erfahren. Man hätte mindestens drei oder vier Absätze über dieses ungeheuerliche Geschehen schreiben können. Dieses Thema

¹⁷⁾ Glaser, *Germany in the Light of American History Books*, Alton Illinois 1962, S. 18 (als Manuskript abgedruckt).

¹⁸⁾ Ebd. S. 22.

¹⁹⁾ Ebd.

ist gewiß sehr viel wichtiger als das der Berliner Luftbrücke. Auch die neuen Geschichtsbücher, die ich im Georg-Eckert-Institut gesehen habe, vernachlässigen dieses Thema.

Erst vor wenigen Wochen erschien im Longman Verlag in London ein Lehrbuch für die Oberstufe in England unter dem Titel „Twentieth Century History“. Auf dem Umschlag sehen wir das Bild einer Flüchtlingsfamilie; sehr wahrscheinlich handelt es sich um Sudetendeutsche. Der Verfasser dieses Lehrbuches, Tony Howarth, widmet der Vertreibung der Deutschen ganze sechs Seiten im Text. Ich glaube, dies ist das erste Lehrbuch im englisch sprechenden Raum, in dem überhaupt versucht wird, der historischen Bedeutung dieses Vorganges gerecht zu werden.

In einem dpa-Interview über das Deutschenbild in Amerika, das ich im Juli 1978 gab, habe ich aus einem Repetitoriumsheft für Geschichte, das heute noch verwendet wird, zitiert aus: Gerald Kurland, *Monarch College Outlines, Western Civilization II*. Dieses Werk gehört zu den ganz besonders fragwürdigen Lehrmitteln bei uns, aber die Hefte sind bei den College-Studenten sehr beliebt. Über den Nationalismus im 19. Jahrhundert in Europa erfahren wir, daß der deutsche Nationalismus besonders „rassistisch“ war; bei der Darstellung der deutschen Geistesgeschichte wird die von den deutschen Denkern zu Hitler führende Linie aufgezeigt: „Fichte war der erste große Philosoph, der die völkische Überlegenheit der Deutschen fundierte; diese Behauptung wurde schriller, bis sie in die Barbarei Nazi-Deutschlands überging.“ Auch bei der Frankfurter Nationalversammlung 1848 sei der deutsche Rassismus spürbar gewesen: „Die deutsche Erklärung sprach ausschließlich von Menschenrechten der Deutschen, statt von denen für jedermann. Dies offenbarte eine rassistische Neigung, die in den nächsten Generationen wachsen“ mußte. Dem Historiker Treitschke schließlich wird mit Bezug auf den Darwinismus nachgesagt, er habe ihn „zur Verherrlichung des Krieges angesetzt und so dem deutschen Volk eine Blutgier eingegeben, die zwei Weltkriege verursachte“.

In diesem Zusammenhang möchte ich Professor Stern von der Columbia Universität zustimmen, der anläßlich der Schulbuchkonferenz von 1963 sagte: „Die Vorstellung ‚Von Luther bis Hitler‘ ist sehr unangemessen.“²⁰⁾

²⁰⁾ *Elemente . . .*, a. a.°O., S. 98.

Unangemessen ja — und vielleicht gerade deshalb so populär!

Diese Beispiele mögen extrem erscheinen. Aber sie sind auch nicht wegzudenken. Rechnen Sie nun, wieviele Studenten sich mit solchen Repetitoriumsheften Wissen für eine Prüfung einpauken. Oft bleibt etwas hängen; allerdings nehmen unsere kritischeren Studenten „Ahnenforschung“ dieser Güte nicht für bare Münze. Die Masse aber pflegt ihre Vorurteile. Dazu veröffentlichte im August 1976 Peter Gay, Historiker an der Yale University, einen Artikel unter dem Titel „Thinking about the Germans“²¹⁾, in dem er die antideutschen Klischees anprangerte:

„Jahrzehnte von Frieden und Wiederaufbau haben das alte Mißtrauen nicht beseitigen können. Das Gespenst des Deutschen als „Hun“ (Hunne) bleibt erdrückend... Viele Amerikaner, die keine Deutschen kennen, nie in Deutschland gewesen sind, keine Familie oder Freunde in den Lagern verloren haben, weigern sich noch, nach Deutschland zu reisen, deutsche Produkte zu kaufen und grinsen zynisch über Deutschlands Beteuerung, sich geändert zu haben.“

Peter Gay ist ein emigrierter deutscher Jude, der sich selbst über Jahre weigerte, die deutsche Sprache zu lesen oder Deutschland wieder zu betreten. Mit Sorge beobachtete er die Nachkriegsentwicklung Deutschlands. Heute lehrt er: „Unglaublich, wie manche Liberale und Demokraten die Idee auch finden mögen: die Bundesrepublik strebt an, was wir anstreben; ihre Wertskala ist unsere.“ Von seinen Diskussionen mit Studenten über die Deutschlandfrage berichtet er: „... die Skepsis über die Bundesrepublik ist weit verbreitet, ausgeprägt ... und nicht angemessen.“

Vor dem Hintergrund mangelhafter Kenntnisse über die deutsche Geschichte soll jetzt die Wirkung eines Schwerpunktunterrichts über die Ausrottung der Juden beurteilt werden. Bereits im September 1977 wurden in allen Schulen Philadelphias Pflichtkurse über den „Holocaust“ eingeführt. Mittlerweile sind es mehr als 150 Schulsysteme, die das Thema „Holocaust“ zum Pflichtfach gemacht haben. Die Aufklärung über dieses Kapitel der Geschichte ist unbestreitbar ein wichtiges Erfordernis, aber es wäre doch zu fragen, ob Schüler in der 9. und 10. Klasse mit ihren 14 oder

15 Jahren nicht überfordert werden, wenn sie einem so komplexen Thema gegenüberstehen, ohne vorher ausreichende Geschichtskennntnisse gesammelt und ihr Urteilsvermögen angemessen entwickelt zu haben. Obwohl einige „prep Schools“ ihren Schülern einen ausgezeichneten Geschichtsunterricht bieten, haben amerikanische Pädagogen festgestellt, daß Grundkenntnisse in Geschichte in den meisten High Schools nur unzureichend vermittelt werden. Als Beispiel für den Holocaust-Unterricht kann das „Teacher Resource“ Buch, das gegenwärtig an den Schulen Philadelphias verwendet wird, gelten. Dazu ist zunächst festzustellen, daß der Text das Thema nicht differenzierend genug behandelt und auf andere Völkermorde nicht eingegangen wird: Man vermißt die Auseinandersetzung mit den Massakern an Armeniern, Ukrainern, Kulaken und (nicht zuletzt) vertriebenen Deutschen. Es wird vor allem der Bezug zur Gegenwart nicht herausgearbeitet, einer Gegenwart, in der Hunderttausende von Menschen ermordet werden. Die Hauptmängel des Philadelphia-Buches lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Es wird unterstellt, daß die gesamte deutsche Bevölkerung über die Ausrottung der Juden informiert war und diese Ausrottung sogar befürwortete. So fragt man die Schüler: „Wie war es möglich, daß eine Gesellschaft, die man zu den kultiviertesten Europas rechnet, so verwandelt wurde, daß Völkermord dem staatsbürgerlichen Verantwortungsbeußtsein entsprach?“ Diese Unterstellung taucht mehrfach im Buche auf.

2. Die Nichtbehandlung des deutschen Widerstandes gegen Hitler könnte zu der Annahme führen, alle Deutschen seien aktive oder sogar fanatische Nazis gewesen. Die Schwierigkeiten und Risiken des Widerstandes in einem totalitären Staat, das Opfer von Tausenden deutscher Hitlergegner, die Tatsache, daß deutsche Sozialdemokraten zu den ersten KZ-Insassen gehörten — alle diese relevanten Gesichtspunkte dringen nicht ins Bewußtsein des Schülers. Eine Chronologie stellt lediglich fest, „Nazi-Offiziere“ hätten am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Hitler unternommen. Daraus könnte man nun folgern, daß die Attentäter ehrgeizige nationalsozialistische Putschisten gewesen seien, die nur gegen Hitler, aber nicht gegen die NS-Ideologie eingestellt waren.

3. Die Bestrafung der NS-Verbrecher durch die Bundesrepublik Deutschland wird nicht

²¹⁾ New York Times, 3. August 1976, S. 29; 4. August 1976, S. 33.

gewürdigt. Man liest, daß NS-Prozesse bis 1963 durchgeführt worden seien.

4. Der nachhaltige Eindruck von KZ-Filmen, die im Rahmen des Pflichtkurses gezeigt werden, die merkwürdige Schulaufgabe, Gedichte über die Ausrottung der Juden zu schreiben — all dies bedeutet eine starke emotionale Belastung für Vierzehn- und Fünfzehnjährige.

Es liegt auf der Hand, daß solche Pflichtkurse über die Ausrottung der Juden langfristige Konsequenzen haben werden, wobei hinzukommt, daß die Schüler die Überzeugung gewinnen könnten, Völkermord sei ein „teutonisches Phänomen“. Ich habe den Eindruck, daß die Schulen mit „Holocaust“ ziemlich überstürzt gehandelt haben. Zwar bin ich grundsätzlich damit einverstanden, daß darüber gelehrt wird. Dieses ungeheure Ereignis darf nicht unter den Teppich gekehrt werden. Aber der Lehrer muß den richtigen Rahmen suchen und darauf achten, daß seine Schüler keine falschen Schlußfolgerungen ziehen. Im Hinblick auf die Komplexität der Materie wäre deren Behandlung im College vielleicht eher angebracht als in der High School, wenn dort eine vorherige gründliche Beschäftigung mit der Geschichte nicht stattfindet. Bereits über 700 Colleges bieten Kurse über den Holocaust an²²⁾.

Die Liga gegen Diffamierung — Anti-Defamation league of B' nai B' rith — hat sich mit Erfolg für die Aufnahme von „Holocaust“ in Schul- und College-Programmen eingesetzt. Sie hat auch sehr gutes Lehrmaterial zusammengestellt und bietet zum Verleih Spielfilme und Dokumentarfilme wie „Nacht und Nebel“ und das „Hakenkreuz“ und auch Dia-Vorträge für den Klassenunterricht an. Ferner werden mehrere didaktische Abhandlungen und Empfehlungen zur Verfügung gestellt. Mir scheint aber gerade hier der pädagogische Auftrag verfehlt, denn man hat sich nicht genügend Gedanken darüber gemacht, welche Wirkung diese Materialien auf die Adressaten haben können. Ich vermisse die Einsicht, daß sich aus diesen Kursen anti-deutsche Ressentiments entwickeln könnten; unterschwellige, latente Spannungen könnten durch die Holocaust-Kurse, so wie sie jetzt sind, belebt werden.

Anläßlich des Jahrestreffens der American Historical Association in San Francisco im Dezember 1978 wurde ein Nachmittag den di-

daktischen Aspekten von Holocaust gewidmet. Doch kam kein Referent auf die Idee, daß Kurse wie die oben beschriebenen negativ besetzte Stereotypen von den Deutschen hervorrufen könnten. Als ich darauf einging, hatte ich den Eindruck, daß keiner der Anwesenden sich mit diesem Problem beschäftigt hatte. Um einer Klistheebildung vorzubeugen, muß im Pflichtfach Holocaust immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Deutschen von heute nicht identisch mit den Nazis sind, daß auch damals nicht alle Deutschen Nazis waren, daß es eine Widerstandsbewegung gab. Zur Frage, ob und in welchem Umfang die deutsche Bevölkerung eigentlich von der Vernichtung der Juden wußte, muß darauf hingewiesen werden, daß die Funktionsträger in Staat und Partei alles getan haben, um die Ausrottung geheimzuhalteten. Deshalb wurden auch alle sechs Vernichtungslager: Auschwitz-Birkenau, Lublin-Majdanek, Treblinka, Sobibor, Belzec und Chelmo außerhalb des Reichs in besetzten Gebieten gebaut. Deshalb auch die Notwendigkeit einer Tarnsprache. So liest man in den Dokumenten von Evakuierung anstatt von Ausrottung, von Sonderbehandlung anstatt von Erschießung. Deshalb auch der Führerbefehl Nr. 1 über die Geheimhaltung: „... niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigentlichen Aufgabenbereich gehören. Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe wissen muß. Niemand soll früher Kenntnis erhalten, als für die ihm gestellten Obliegenheiten notwendig ist. Niemand darf mehr oder früher geheimzuhaltende Aufträge an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zwecks unvermeidlich ist.“²³⁾

Wir wissen natürlich, daß Gerüchte über die Ausrottung vielfach durchgesickert sind. Zumeist wurden sie aber als Übertreibungen oder Feindpropaganda abgetan. Man konnte aber ohnehin keine Gewißheit über die Ausrottungen erlangen, da eine an die zuständigen Stellen gerichtete Nachfrage durch den Führerbefehl Nr. 1 ausgeschlossen war. Und wenn man auch Gewißheit über die Massensterbe gehabt hätte — was dann? Widerstand gegen die Regierung? Dies ist eine Frage, die sich jeder in einem totalitären Staat stellen muß. Gerade dies sollte ein Hauptanliegen des Holocaust-Unterrichts sein, nämlich zu zeigen, welche seelische Spannungen der mo-

²²⁾ The Chronicle of Higher Education, 1. 5. 78, S. 1.

²³⁾ IMT Bd. 8, S. 263.

ralisch denkende Mensch in einem totalitären Staat zu ertragen hat. Wie soll sich z. B. der durchschnittliche Sowjetbürger verhalten, der weiß, daß Dissidenten in psychiatrischen Anstalten verschwinden oder verbannt werden? Die meisten verdrängen das Problem; sie wollen nichts davon wissen, ob ein Menschenrechtler umkommt. Jeder will seine Ruhe haben. Ist es aber anders bei uns im Westen? Wladimir Bukowski, der selbst zwölf Jahre in sowjetischen Lagern und psychiatrischen Anstalten verbrachte, wies unlängst darauf hin, daß der Westen desinformiert bleiben wolle, obwohl die Hälfte der sowjetischen Dissidenten in Haft sitze und die Repression gegen Andersdenkende trotz der Helsinkivereinbarungen ständig zunehme²⁴⁾. Dies ist die aktuelle Frage zu Holocaust. Sie sollte von Lehrern in der Bundesrepublik und in Amerika ausgearbeitet werden, denn unsere Schüler sollen auch die Gegenwart in der Perspektive unserer Geschichte betrachten lernen.

Ich hoffe, mit dieser Darstellung den Sinn von deutsch-amerikanischen Schulbuchgesprächen verdeutlicht zu haben. Für beide Seiten werden sie vorteilhaft sein, denn wir wollen unsere Freundschaft festigen und nicht durch Mißdeutungen der Geschichte trüben lassen. Unsere Schulbücher werden also qualitativ und quantitativ überprüft. Für die vorgebrachte Kritik sind wir in Amerika besonders dankbar, weil bei uns Schulbücher weder in der *American Historical Review* noch in einer anderen ernsthaften Zeitschrift besprochen werden. Wir sind also gern bereit, begründete Kritik von amerikanischen und auch von deutschen Historikern zu hören. Gutachten, die für die deutsch-amerikanischen Schulbuchkonferenzen erstellt werden, gehen natürlich den Schulbuchautoren zu. So erwiderte 1952 Fremont Wirth in einem Brief an Georg Eckert: „Ich halte Ihre Arbeit für sehr wichtig. Ich lege Wert darauf, meine Bücher möglichst genau im Detail zu halten und werde sie nach sorgfältigem Studium entsprechend verbessern.“²⁵⁾ Ähnlich äußerte sich Howard Wilson: „Ich schätze Ihre scharfsinnige Analyse und positive Kritik sehr; ich werde sie im Auge behalten, wenn die nächste Ausgabe überarbeitet wird. Ich hoffe, daß ein System entwickelt werden kann, um solche Gutachten, wie Sie sie geschrieben haben, zwischen Historikern und

Schulbuchautoren zu tauschen. Dies würde zur internationalen Völkerverständigung beitragen.“²⁶⁾

Jetzt stellt sich die Frage, wer an den kommenden Konferenzen teilnehmen wird. Während der sechs Tagungen der fünfziger und sechziger Jahre waren auf deutscher Seite ganz hervorragende Historiker vertreten wie Hans Rothfels, Walter Hubatsch und Helmut Krausnick, auf amerikanischer Seite Andreas Dorpalen, Robert Waite und der jetzige Präsident der American Historical Association, John Hope Franklin, der als ganz junger Professor 1955 auch nach Braunschweig kam.

Zu bedauern ist die Tatsache, daß die amerikanische Teilnahme im Verhältnis zur deutschen stets zu gering war; so setzte sich z. B. in der letzten Konferenz 1967 die Gelehrtengruppe aus 15 deutschen und nur fünf amerikanischen Teilnehmern zusammen. Dies war typisch. Bei der ersten Konferenz 1952 waren es sechs Amerikaner, 1955 waren es fünf, 1960 nur vier, 1961 waren es acht, 1963 wieder nur fünf. Vertreter von amerikanischen Verlagen waren nie bei Konferenzen anwesend, wohl aber Vertreter namhafter deutscher Verlagshäuser.

Ein wichtiges Ziel muß es diesmal sein, künftige Tagungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika abzuhalten, um dadurch eine größere Zahl amerikanischer Teilnehmer und vor allem Schulbuchautoren und Verlage zu erreichen. Ich korrespondiere mit einer Reihe amerikanischer Professoren, die sehr an einer deutsch-amerikanischen Schulbuchrevision interessiert sind.

Ich denke, daß eine Einigung über die besprochenen Probleme erreicht werden wird, wenn bundesdeutsche und amerikanische Historiker zusammenkommen. Zwischen uns liegt kein ideologischer Graben, wir gehen meist von den gleichen Prämissen aus und bekennen uns zu einer demokratischen Rechtsordnung. Das Problem wird vielmehr darin liegen, die Empfehlungen bekannt zu machen und in die Praxis umzusetzen. Meist sind Schulbuchverleger nicht daran interessiert, ein ausgewogenes Geschichtsbild anzubieten. Sie entscheiden sich für „problem oriented“ Schulbücher, die provokante Thesen aufstellen.

Vielleicht werden durch diesen Beitrag Vertreter von Schulbuchverlagen angesprochen.

²⁴⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 3. 1979, S. 4.

²⁵⁾ Int. Jahrb. f. Geschichtsunterricht, Bd. 2, 1953, S. 252 f.

²⁶⁾ Ebd. S. 257.

Wenn ja, kann ich nur darum bitten, die Empfehlungen der alten deutsch-amerikanischen Konferenzen zu berücksichtigen. Sie waren in der Tat sehr gut²⁷⁾. Übrigens besitzen wir keinen Überblick darüber, wieweit die alten Empfehlungen tatsächlich von Schulbuchautoren berücksichtigt worden sind. Zur Zeit wird diese Frage im Institut untersucht.

Aber auch wenn wir die angestrebte Verbesserung der Schulbücher erreichen, werden wir nur einen Teilerfolg verbuchen können, denn nach Umfragen formen sowohl die deut-

²⁷⁾ Der vollständige Satz der Konferenzprotokolle und Empfehlungen ist beim Georg-Eckert-Institut erhältlich.

schen wie die amerikanischen Schüler ihr Amerika- bzw. Deutschlandbild nicht nur aus Schulbüchern, sondern auch aus Zeitungen, Unterhaltungsheften und vor allem aus dem Fernsehen, wo Verallgemeinerungen und Stereotypen nicht selten sind.

Als nur einem Unterrichtsmittel unter mehreren sind dem Schulbuch Grenzen gezogen. Es wäre unbillig, von ihm eine universale Funktion zu fordern²⁸⁾. Dennoch haben wir eine würdige Aufgabe vor uns, die wir mit Überzeugung und Optimismus angehen müssen.

²⁸⁾ Vgl. dazu Peter Pistorius, Die Vereinigten Staaten von Amerika im deutschen Schulbuch, Köln 1969, S. 7 (als Manuskript gedruckt).

Jürgen W. Falter: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924 bis 1933.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28—29/79, S. 3—21

Die Wahlerfolge der NSDAP stellen ohne Zweifel eine der wichtigsten Bedingungen für die Machtübernahme Hitlers im Jahre 1933 dar. Um so verwunderlicher ist es, daß die im einschlägigen Schrifttum über das Ende der Weimarer Republik vermittelten „Erkenntnisse“ über die parteipolitische Herkunft und den sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler noch immer sehr dürftig, ja stellenweise schlichtweg falsch sind; oft stellen sie nicht mehr dar als wissenschaftlich unzureichend belegte Vermutungen. Ziel dieses Beitrages ist es, diese „wahlhistorische Folklore“ mit den Resultaten neuerer, auch „härteren“ methodischen Anforderungen standhaltenden Untersuchungen zum nationalsozialistischen Wählerverhalten zu konfrontieren.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen zeigen, daß zwar die NSDAP bei allen Reichstagswahlen nach 1928 stärker als jede andere Partei vom Zuzug ehemaliger Nichtwähler profitierte, daß aber der Löwenanteil der Wechselwähler zur NSDAP von ehemaligen Anhängern der bürgerlichen Mittelparteien, der kleineren Interessen- und Regionalparteien, der Rechtsparteien und der SPD gestellt wurde. Lediglich die beiden katholischen Parteien und die KPD erwiesen sich gegenüber dem nationalsozialistischen Ansturm als weitgehend immun. Weiter zeigt sich, daß die NSDAP bis 1932 (wenn auch mit abnehmender Tendenz) sehr viel stärker von Männern als von Frauen gewählt wurde. Die größten Wahlerfolge erzielten die Nationalsozialisten in kleineren protestantischen Gemeinden und in den Agrargebieten Nord-, Mittel- und Ostdeutschlands; in katholischen Gegenden hingegen schnitten sie deutlich schlechter ab.

Aufgegliedert nach der sozialen Schicht seiner Wähler war der Nationalsozialismus am erfolgreichsten beim Mittelstand, während er bei der Arbeiterschaft eher unterdurchschnittlich abschnitt; dennoch darf der Arbeiteranteil unter den NSDAP-Wählern nicht unterschätzt werden; genauere Zahlen fehlen jedoch bisher. Die Vermutung, daß Arbeitslose besonders häufig NSDAP gewählt hätten, ist — so allgemein formuliert — nicht länger haltbar; sie trifft lediglich für arbeitslose Angestellte zu, während arbeitslose Arbeiter sehr viel stärker zur KPD hin tendierten. Insgesamt zeigen sämtliche neueren Untersuchungen zum nationalsozialistischen Wählerverhalten, daß die Wählerschaft der NSDAP heterogener zusammengesetzt war und die Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus viel komplizierter verlaufen sind, als allgemein angenommen wird. Daß in diesem Zusammenhang noch längst nicht alle Fragen zufriedenstellend beantwortet sind, steht dabei außer Frage.

Detlev Peukert: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933—1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28—29/79, S. 22—36

In Schule und Öffentlichkeit tritt der deutsche Arbeiterwiderstand gegen Hitler immer noch gegenüber den traditionellen Themen kirchlicher, militärischer und bürgerlicher Opposition zurück. Dabei hat die Forschung im letzten Jahrzehnt gerade auf diesem vorher so vernachlässigten Gebiet viel geleistet. Mit der Frage nach dem Arbeiterwiderstand verschiebt sich das zeitgeschichtliche Erkenntnisinteresse an den Formen und Inhalten des Widerstands zum einen auf die demokratische und sozialistische Traditionslinie des Antifaschismus, ihre Bewahrung trotz Verfolgung in organisierter wie ideeller Form. Es stellt sich heraus, daß Untergrundorganisationen von Sozialdemokraten, Sozialisten, Gewerkschaftern und Kommunisten einen hartnäckigen Kampf gegen das Regime geführt haben. Obwohl ihnen der unmittelbare Erfolg versagt blieb, wirkten auch die Impulse des Arbeiterwiderstands auf die Konstituierung der deutschen Nachkriegsdemokratie ein. Zum anderen rücken die Handlungsbedingungen des Alltagslebens der (Arbeiter-)Bevölkerung, ihre Möglichkeiten zur Verweigerung, zu Protest, kurz: die sogenannte „Volksopposition“, stärker ins Licht. Spontane Opposition in den Betrieben, von ausländischen Zwangsarbeitern oder durch Gruppen Jugendlicher machten dem Regime, wie Stimmungsberichte der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS zeigen, erhebliche Sorgen.

Die Beschäftigung mit dem Alltag unter dem Nationalsozialismus und dem alltäglichen Verhalten der Bevölkerung von der Anpassung bis zu Verweigerung und Widerstand eröffnet auch eine neue didaktische Dimension im Geschichts- und Sozialkunde-Unterricht. Sie regt zum forschenden Lernen in der eigenen Umgebung an und erlaubt — wie Holocaust gezeigt hat — einen stärker emotionalen und identifizierenden Zugang zum Widerstand, indem eine Anknüpfung an den eigenen Erfahrungshorizont der Lernenden ermöglicht wird.

Alfred M. de Zayas: Deutsch-amerikanische Schulbuchresivion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28—29/79, S. 37—46

Bereits in den Jahren 1952, 1955, 1960, 1961, 1963 und 1967 fanden deutsch-amerikanische Historikertreffen statt, bei denen deutsche und amerikanische Schulbücher kritisch besprochen wurden, um Vorschläge für den Abbau von Stereotypen und Mißdeutungen zu machen. Die Gespräche werden nach einer Pause von zwölf Jahren in diesem Jahr im Georg-Eckert-Institut in Braunschweig wieder aufgenommen.

An den heutigen deutschen Schulbüchern wird bemängelt, daß in ihnen nicht genug über die amerikanische Kultur steht, zu wenig über den Einfluß amerikanischer Denker auf die deutschen Demokraten von 1848, hingegen zu viel über Slums, Rassendiskriminierung und Vietnam-Krieg. In den amerikanischen Schulbüchern wiederum überwiegt die Darstellung des preußischen Militarismus und der Weltkriege. Wichtige Kapitel der deutschen Geschichte wie der aufgeklärte Absolutismus (öfter als „aufgeklärter Despotismus“ abgetan), die Reformen des Freiherrn vom Stein, Bismarcks liberale Gesetzgebung, der deutsche Widerstand gegen Hitler kommen zu kurz oder werden gar nicht behandelt, wie z. B. auch die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges — eine Thematik, die von amerikanischen Historikern weitgehend unerforscht geblieben ist.

Gerade weil die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten Verbündete sind, sollte besonders darauf geachtet werden, daß das Bild des anderen wahrheitsgetreu wiedergegeben wird. Man bedenke z. B., daß die künftigen Träger von Politik und Wirtschaft in beiden Ländern ihre erste Begegnung mit dem Partner in den jeweiligen Lehrbüchern machen werden. Bessere Lehrbücher wirken länger als das Umarmen von zwei Politikern, die der Welt zeigen wollen, daß sie Freunde sind. Freundschaft baut vor allem auf Vertrauen und Respekt. Daher muß zunächst Sorge dafür getragen werden, daß Lehrbücher dieses Vertrauen und diesen Respekt begründen, anstatt der neuen Generation alte Vorurteile einzuprägen.